

# Informationen

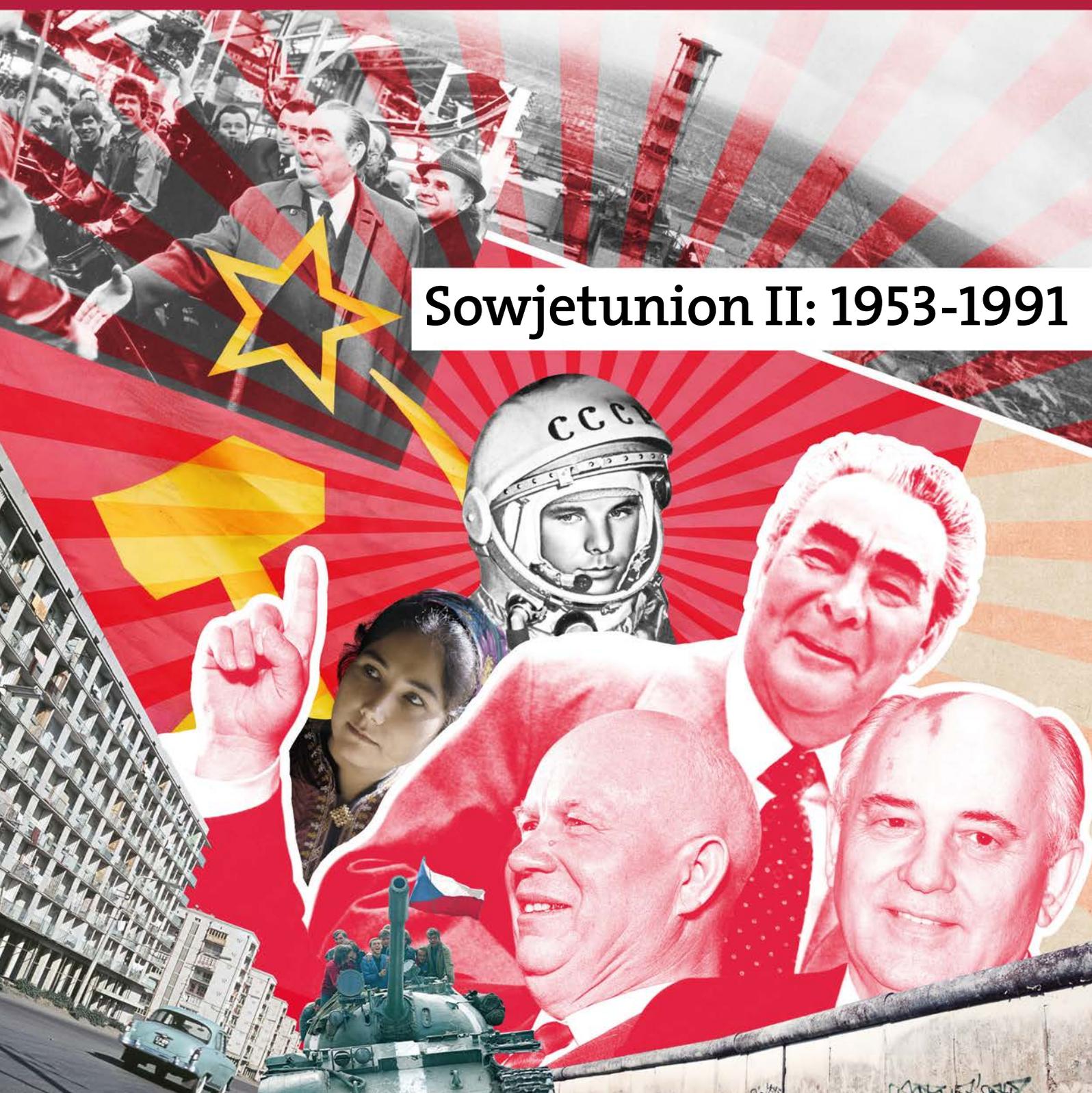
zur politischen Bildung / izpb

bpb:

323 3/2014

B6897F

## Sowjetunion II: 1953-1991



# Inhalt



<b>„Tauwetter“ unter Nikita Chruschtschow</b>	<b>4</b>
Entstalinisierung	4
Die Wiederbelebung der Gesellschaft	9
Neue Utopien und Sozialprogramme	13
Space Race und Kalter Krieg	17

<b>Stabilität und Stagnation unter Breschnew</b>	<b>22</b>
„Kollektive Führung“ unter Breschnew	22
Anhebung des Lebensstandards	26
Neue Utopien und Legitimationsverlust	29
Die Supermacht Sowjetunion	32

<b>Perestrojka und Glasnost</b>	<b>40</b>
Die Epigonen Breschnews: Andropow und Tschernenko	40
Der Reformer M. S. Gorbatschow	41
Der Putsch und das Ende der Sowjetunion	50

<b>Nach dem Ende der Sowjetunion</b>	<b>52</b>
15 neue Staaten	52
Sowjetnostalgie	55
Eurasische Union?	57
Putins Balanceakt	59
Dauerhafte Trennung	64

# Editorial

Wie konnte es zum Zerfall der Sowjetunion kommen? Im Zeitraum von 1953 bis 1991, der im Schwerpunkt dieses Heftes steht, befindet sie sich als Supermacht neben den USA auf dem Höhepunkt ihrer Macht und Weltgeltung.

Anknüpfend an das Vorgängerheft, das vom Aufstieg der Sowjetunion handelt, beschreibt das Autorinnenteam unter Federführung der Historikerin Susanne Schattenberg nun die Entwicklung in der zweiten Jahrhunderthälfte.

Ergänzt durch zahlreiche Illustrationen und Quellentexte sowie durch einen Kartenteil wird anschaulich dargestellt, wie das Konkurrenzverhältnis der beiden Mächte die Staaten der Erde im Zeichen des Ost-West-Konflikts in zwei ideologisch verfeindete Lager spaltet, die sich durch wechselseitige atomare Abschreckung in einem labilen Gleichgewicht halten.

Während die Sowjetunion Befreiungsbewegungen auf anderen Kontinenten unterstützt, werden im eigenen Machtbereich Bestrebungen nach individueller Freiheit, nach Demokratie sowie nach größerer Autonomie der Völker und Staaten gewaltsam unterdrückt.

Stattdessen sollen punktuelle Reformen, Kampagnen und eine Steigerung des Lebensstandards die Loyalität der Bevölkerung sichern und an den revolutionären Elan der Frühzeit anknüpfen. Ziel ist auch, den eklatanten wirtschaftlichen Rückstand zum Westen zu verringern und so die langfristige Überlegenheit des Sozialismus unter Beweis zu stellen.

Doch diesen Bemühungen stehen die Beharrungskräfte des zunehmend versteinerten Systems entgegen. Der Wettstreit mit den USA wirkt auf Dauer kräftezehrend, und wirtschaftliche Erfolge bleiben aus.

In dieser Situation ruft der Versuch Michail Gorbatschows, durch mehr Freiheit und demokratische Teilhabe der Gesellschaft das System zu öffnen und zu reformieren, ungeahnte Folgewirkungen hervor. Unter anderem setzt es Fliehkräfte in dem durch Zwang zusammengehaltenen Vielvölkerreich frei, Staaten in Mittel- und Osteuropa fordern ihre Souveränität ein, und Deutschland wird die Wiedervereinigung ermöglicht.

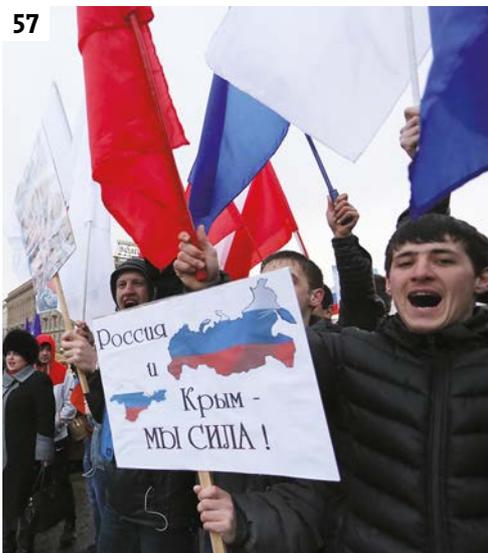
Am Ende steht der Zerfall der Sowjetunion, der auch das (vorläufige) Ende des Ost-West-Konflikts bedeutet und viele Staaten aus der Union in die Autonomie entlässt.

Doch das Ende des Sowjetimperiums bringt nicht nur Gewinner hervor. Im Schlusskapitel skizziert der Politikwissenschaftler Heiko Pleines die Entwicklung nach 1991, die in vielen postsowjetischen Staaten gekennzeichnet ist von sozialer und sicherheitspolitischer Destabilisierung und von den Schmerzen des gesellschaftlichen Umbruchs. Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung enttäuscht Hoffnungen, die mit dem Neuanfang verbunden waren, und Russland trauert um den verlorenen Weltmachtstatus. Wird es künftig seine regionale Hegemonie und seine Rolle als Großmacht behaupten können? Und wenn ja, zu welchem Preis? Fragen, die mit der Krise um die Ukraine eine unerwartete Aktualität gewonnen und das internationale System erschüttert haben.

Christine Hesse



41



57

**Zeittafel** 65

**Literaturhinweise** 66

**Die Autorinnen und der Autor** 66

**Impressum** 67



ake-images

Nikita Chruschtschow (re.), 1894 im Gouvernement Kursk geboren und später in der Ukraine lebend, macht als Protégé Stalins Karriere. Als Parteichef Moskaus darf er auf der Tribüne des Lenin-Mausoleums in Moskau um 1935 neben seinem Förderer die Ehrenbezeugungen der Bevölkerung entgegennehmen.

SUSANNE SCHATTENBERG

# „Tauwetter“ unter Nikita Chruschtschow

**Nach Stalins Tod begann unter Chruschtschow eine neue Ära: Entstalinisierung, Reformen und Kampagnen sollten gesellschaftliche Kräfte freisetzen – mit manchmal unerwarteten Folgewirkungen. Gleichzeitig rang die Sowjetunion im Kalten Krieg mit den USA um Weltgeltung.**

Die nach dem Roman von Ilja Ehrenburg „Tauwetter“ benannte Ära Chruschtschow galt lange Zeit als ungetrübte Befreiung der sowjetischen Gesellschaft, die dank Chruschtschow den Alptraum Stalins abschütteln konnte. Heute gibt es Forscher, die Chruschtschow viel kritischer sehen, vor allem aber ist inzwischen unbestritten, dass die Gesellschaft in ihren Normen und Werten, Feindbildern und Heldengeschichten so stark durch den Stalinismus geprägt war, dass diese Vorstellungen zumindest teilweise weiter wirkten.

## Entstalinisierung

Die Frage, warum das Parteipräsidium nach Stalins Tod Amnestien erließ, das Lagersystem, die Schnellgerichte und die Folter abschaffte und sich von Angst und Terror als Herrschaftsmittel verabschiedete, erscheint nur auf den ersten Blick logisch. Einerseits befand sich das Land in einer Krise: In den Lagern gab es Häftlingsrevolten, die Bauern vegetierten wie Leibeigene dahin, die Städte waren unterversorgt. Andererseits hatten sich Gewalt und Schrecken bewährt, um die stalinistische Ordnung aufrechtzuerhalten. Was also bewegte die Männer im Präsidium, auf dieses Instrumentarium zu verzichten? Neben vielen verschiedenen Gesichtspunkten war es nach dem heutigen Forschungsstand auch die Einsicht, dass es nicht zu einem modernen Staat passe, brachiale Gewalt auszuüben. Die Sowjetmenschen sollten fortan umworben und

überzeugt werden, dass sie im besseren System lebten. An die Stelle von Zwang sollte Erziehung treten.

### Die „kollektive Führung“ nach Stalin

Stalin hatte keinen Nachfolger aufgebaut, sondern systematisch diejenigen entmachtet, die dafür in Frage kamen. 1952 hatte er auf dem XIX., seinem letzten Parteitag das Politbüro in Präsidium umbenannt und auf 25 Mitglieder ausgedehnt, damit jeder Einzelne weniger Macht habe; neben seinem engsten Mitstreiter Molotow hatte Stalin weitere alte Wegbegleiter ausgeschlossen.

Noch bevor Stalins Tod festgestellt war, kamen die Mitglieder von Zentralkomitee (ZK), Ministerrat und Präsidium des Obersten Sowjets unter Chruschtschows Leitung am 5. März zusammen und machten in nur 40 Minuten viele dieser Entscheidungen rückgängig: Malenkow erbt von Stalin das Amt des Ministerratspräsidenten, Berija bekam das Innenressort samt Staatssicherheit überantwortet, Molotow kehrte in sein Amt als Außenminister zurück, das Parteipräsidium schrumpfte wieder auf elf Mitglieder und vier Kandidaten, und es wurden vier ZK-Sekretäre ernannt, von denen einer Chruschtschow war. An die Stelle des allmächtigen Generalsekretärs trat damit eine „kollektive Führung“. Während nach außen die Gemeinschaft und die Einmütigkeit der Entscheidungen herausgestellt wurden, tobte im Inneren ein Machtkampf unter den Zöglingen Stalins, die gar nicht gelernt hatten, sich zu vertrauen und zusammenzuarbeiten. Als Erstes wurde Berija ausgeschaltet: Als er begann, Reformen einzuleiten, das Gulag-Imperium auflöste, die Sondergerichte abschaffte, das Foltern als Verhörmethode verbot, die DDR und Ungarn aufforderte, seinem Beispiel zu folgen, verbündeten sich Malenkow und Chruschtschow, ließen ihn am

26. Juni 1953 verhaften und im Dezember 1953 hinrichten. Ein Beweggrund dafür war die Befürchtung der anderen Präsidiumsmitglieder, Berija werde als alter und neuer Vorsitzender der Staatssicherheit bald auch sie verhaften lassen und der Öffentlichkeit als „Drahtzieher“ des stalinistischen Terrors vorführen. Zum anderen stand die Person Berija wie keine andere für die Gewaltexzesse des Stalinismus, sodass ein wirklicher Neuanfang mit ihm der Öffentlichkeit nicht glaubhaft zu vermitteln war. In der Forschung ist bis heute umstritten, welche Motive Berijas „Aufräumen“ im Frühjahr 1953 zugrunde lagen und ob er wirklich als „Reformer“ gelten kann.

Als nächstes gelang es Chruschtschow, sich im September vom ZK-Plenum zum „Ersten Sekretär“ der Partei wählen zu lassen. Nun führte er die Partei, Malenkow die Regierung. Nach weiteren anderthalb Jahren war Chruschtschows Rückhalt in der Parteibasis so erstarkt, dass er mit Unterstützung



Zur kollektiven Führung nach Stalins Tod gehören u. a. (v. li. n. re.): Malenkow, Berija, Bulganin, Chruschtschow und Woroschilow, hier auf dem XIX. Parteitag 1952.

## Die UdSSR nach Stalins Tod

### Staat



### Partei



der anderen Präsidiumsmitglieder den wegen seiner früheren Nähe zu Berija verhassten Malenkow im Februar 1955 aus dem Amt drängen konnte. Die guten Verbindungen Chruschtschows zur Partei in den Republiken und Regionen zahlten sich erneut 1957 aus, als ihn das Parteipräsidium unter Führung der Alt-Stalinisten absetzen wollte. Chruschtschow schaffte es, zum anberaumten ZK-Plenum alle seine Unterstützer aus der ganzen Union zusammenzuholen, die seine Absetzung verhinderten. Die „Anti-Partei“-Gruppe wurde aus dem Präsidium ausgeschlossen, und Chruschtschow triumphierte, als er im Frühjahr 1958 auch Vorsitzender des Ministerrats wurde.

## Die Auflösung des Gulag, Massenamnestien und Reintegration

MANUELA PUTZ

Der Tod Stalins hatte direkte Auswirkungen auf den Gulag und die Millionen Inhaftierten. Die Hauptverwaltung der Lager wurde erst dem Justizministerium, nach Berijas Exekution wieder dem Innenministerium unterstellt. Berijas Reformen beendeten einzelne Industrieprojekte und übertrugen Zuständigkeiten in andere Behörden mit der Folge, dass die sowjetische Wirtschaft zunehmend von der Zwangsarbeit entkoppelt wurde. Mit der Massenamnestie vom 27. März 1953 wurden 1,2 Millionen Gefangene aus den Besserungsarbeitslagern entlassen. Unter diesem ersten Schub Freigelassener waren jedoch nur wenige, die aus politischen Gründen nach § 58 Strafgesetzbuch der SU/RSFSR verurteilt worden waren. Über deren Entlassung sollten die 1954 eingeführten Revisionskommissionen entscheiden, deren Aufgabe es war, alle Prozessakten der für „konterrevolutionäre Tätigkeit“ verurteilten Gefangenen zu begutachten und letztere zu amnestieren bzw. zu rehabilitieren. Schon bald nach Stalins Tod wurde deutlich, dass die Reformen des Strafvollzugssystems kompliziert sein würden und Politik und Behörden auf allen Ebenen vor eine ganze Reihe neuer Aufgaben stellten. So schlug innerhalb des Lagersystems vor allem in den Jahren 1953/1954 Wut und Frustration der Gefangenen in einzelnen Lagerkomplexen in Widerstand gegen Lageradministration und Wachmannschaften um. Es kam zu Übergriffen, Lagerstreiks und Massenerhebungen.

Für die Welt außerhalb der Lager entwickelte insbesondere die Frage nach dem Umgang mit den rund vier Millionen Menschen, die in den ersten fünf Jahren nach Stalins Tod aus den Lagern entlassen wurden, eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft. Herumstreunende Banden von freigelassenen Berufskriminellen riefen in der Bevölkerung massive Ängste hervor. Zudem trugen sie die Kultur und vulgäre Sprache der Lager in die sowjetische Gesellschaft. Besonders angespannt war die Situation im Baltikum, in Weißrussland, der Ukraine und Moldawien, in die zu Tausenden die zuvor als „Nationalisten“ verurteilten Freiheitskämpfer zurückkehrten. Die Behörden weigerten sich, ihnen Pässe, Wohnungen und Arbeit zu geben. Die sowjetische Führung hatte zudem Schwierigkeiten, der Bevölkerung zu vermitteln, dass diejenigen, die jahrelang als (Volks-)Feinde ausgegrenzt worden waren, nun wieder in die sowjetische Gesellschaft integriert werden mussten.

Die Rehabilitationspolitik stellte einen heiklen machtpolitischen Balanceakt dar. Chruschtschows kulturelles Tauwetter und die Entstalinisierungspolitik gingen daher mit verstärkten politischen Repressionen einher. Während es in den Jahren 1955/56 nur in Einzelfällen zu politischen Verurteilungen kam, wurden in einer neuerlichen Repressionswelle 1957/58 rund 2000 Personen wegen „antisowjetischer Agitation und

Propaganda“ zu Lagerhaft verurteilt. Im Unterschied zum Stalinischen Massenterror richteten sich Chruschtschows Kampagnen gezielt gegen Regimekritiker und Andersdenkende.

## N. S. Chruschtschow als Entstalinisierer

In der Forschung ist man sich nicht einig, warum Chruschtschow 1956 die „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag hielt und damit die Entstalinisierung entscheidend vorantrieb. Lange Zeit stimmten die Forscher im Westen Alexander Solschenizyn zu, er habe „aus einer Bewegung der Seele“ heraus gehandelt, also aus Scham, Reue und Großmut. Jüngst haben sich allerdings Stimmen gemeldet, die in Chruschtschows Schritt reines Kalkül im Kampf um die Macht im Parteipräsidium vermuten. Auch wird immer wieder darauf hingewiesen, dass, seit die Lagerhäftlinge heimkehrten, das Wissen über Stalins Verbrechen sich ohnehin verbreitete und es ratsam schien, die Wahrheiten über den Terror von oben zu steuern und zu dosieren.

Chruschtschow, der 1894 als Sohn eines Gruben- und Landarbeiters im Gouvernement Kursk geboren wurde, hatte nur vier Jahre lang die Schule besucht, bevor er mit 13 Jahren anfing, im Bergwerk im Donbass zu arbeiten. 1918 war er in die Partei eingetreten, für die er in den Bürgerkrieg zog und in den 1920er-Jahren im Donbass Politarbeit leistete. 1929 begann er ein Studium an der Industrieakademie in Moskau, wo er Stalins Frau Nadeschda Allilujewa traf, die ihn ihrem Mann vorstellte. Als dessen Protegé wurde Chruschtschow 1934 Parteichef Moskaus, als der er nicht nur den Bau der Metro beaufsichtigte, sondern ab 1937 auch der „Troika“ angehörte, die die Menschen im Schnellverfahren zum Tod verurteilte. 1938 schickte Stalin ihn als Ersten Sekretär in die Ukraine, wo Chruschtschow für den Tod von 50 000 Menschen verantwortlich zeichnete. Im Krieg diente er als Politikommissar an der Front und erlebte das Leid und Grauen des Krieges hautnah mit. Nachdem er 1947 als Erster Sekretär der Ukraine Hungerhilfe angefordert hatte und deshalb für kurze Zeit bei Stalin in Ungnade gefallen war, setzte dieser ihn 1949 erneut als Parteichef von Moskau ein.

Chruschtschow war also ein Zögling Stalins, und dennoch gibt es Hinweise dafür, dass er die „Geheimrede“ nicht aus Opportunismus hielt. 1938 hatte er zwar für den Parteiausschluss von Bucharin und Rykow, aber gegen die Todesstrafe gestimmt. 1939 soll er angesichts des Terrors in der Ukraine gesagt haben: „Ich habe damit nichts zu tun. Wenn ich es kann, werde ich mit diesem ‚Mudakschwili‘ [Stalin] abrechnen. Ich werde ihm keinen vergeben – weder Kirow, noch [Kommandeur I.O.] Jakir, noch Tuchatschewski, noch die einfachsten Arbeiter.“

## Die „Geheimrede“ 1956

Nicht Chruschtschow allein bereitete die Rede über Stalins Verbrechen vor, sondern das Parteipräsidium setzte 1955 eine Kommission ein, die das Schicksal der Delegierten des XVII. Parteitags 1934 und anderer Personen in den Jahren 1935 bis 1940 prüfen sollte. Der 70-seitige Bericht erschütterte das Präsidium nach Angaben A. I. Mikojans sehr: „Wir waren alle überrascht, obwohl wir viel wussten. Aber alles, was die Kommission berichtete, wussten wir natürlich nicht. Jetzt war dies alles überprüft und von Dokumenten bestätigt.“ Chruschtschow setzte sich mit dem Vorschlag durch, auf dem XX. Parteitag auf einer geschlossenen Sitzung die erschütternden Ergebnisse vorzustellen.

Der Parteitag war am 24. Februar bereits offiziell beendet worden, als am späten Abend Chruschtschow die 1400 Delegierten erneut zusammenrief, um ihnen bis in die Morgenstunden des 25. Februar den im Präsidium abgestimmten Redetext vorzutragen, Fragen wurden nicht zugelassen.

## Chruschtschows Geheimrede auf dem XX. Parteitag vom 25. Februar 1956

Genossen! Im Bericht des Zentralkomitees der Partei an den XX. Parteikongress, in einer Anzahl von Reden der Parteikongressdelegierten und schon zuvor auf Plenarsitzungen des ZK der KPdSU ist vieles über den Persönlichkeitskult und seine schädlichen Folgen gesagt worden.

Nach dem Tode Stalins leitete das ZK der Partei eine Aufklärungspolitik ein, um mit zwingender Konsequenz nachzuweisen, daß es unzulässig und dem Geiste des Marxismus-Leninismus zuwider ist, eine Person herauszuheben und sie zu einem Übermenschen zu machen, der gottähnliche, übernatürliche Eigenschaften besitzt, zu einem Menschen, der angeblich alles weiß, alles sieht, für alle denkt, alles kann und in seinem ganzen Verhalten unfehlbar ist. Ein solcher Glaube an einen Menschen, und zwar an Stalin, ist bei uns viele Jahre lang kultiviert worden. [...]

Stalins Eigenmächtigkeit gegenüber der Partei und ihrem Zentralkomitee trat nach dem XVII. Parteitag, der 1934 abgehalten wurde, voll und ganz in Erscheinung.

Das ZK [...] hat eine Parteikommission [...] beauftragt, Untersuchungen darüber anzustellen, wieso Massenunterdrückungen gegen die Mehrheit der Mitglieder und Kandidaten des ZK, die auf dem XVII. Parteitag der KPdSU (B) gewählt worden waren, möglich gewesen sind.

Die Kommission hat [...] festgestellt, daß Anklagen gegen Kommunisten konstruiert, falsche Anschuldigungen erhoben und schamlose Mißbräuche mit der sozialistischen Gesetzlichkeit geduldet wurden – was zum Tode unschuldiger Menschen führte. Es hat sich erwiesen, daß viele Aktivisten der Partei, der Sowjets und der Wirtschaft, die in den Jahren 1937 bis 1938 zu „Volksfeinden“ gestempelt worden waren, in Wirklichkeit niemals Feinde, Spione, Schädlinge und so weiter waren, sondern immer nur aufrechte Kommunisten. Sie wurden nur als Feinde gebrandmarkt und bezichtigten sich oft selbst, weil sie die barbarischen Folterungen nicht länger ertragen konnten (nach den Weisungen der Untersuchungsrichter – und Wahrheitsverfälscher), aller möglichen schweren und unwahrscheinlichen Verbrechen. Die Kommission hat dem Präsidium des Zentralkomitees umfangreiches Dokumentenmaterial über Massenrepressalien gegen die Delegierten des XVII. Parteitags und gegen Mitglieder des Zentralkomitees, die auf diesem Parteitag gewählt worden waren, unterbreitet. [...]

Es wurde festgestellt, daß von den auf dem XVII. Parteitag gewählten 139 Mitgliedern und Kandidaten des Zentralkomitees der Partei 98 Personen, das sind 70 Prozent, in den Jahren 1937 und 1938 verhaftet und liquidiert wurden. (Entrüstung im Saale.)

Wie war die Zusammensetzung der Delegierten des XVII. Parteitags? Es ist bekannt, daß 80 Prozent der stimmberechtigten Delegierten dieses Parteitags in den Jahren der Verschwörung vor der Oktoberrevolution und während des Bürgerkriegs, also vor 1921, der Partei beigetreten waren. Nach der gesellschaftlichen Herkunft handelt es sich bei der Masse der Delegierten des XVII. Parteitags um Arbeiter (60 Prozent der Stimmberechtigten).

Schon aus diesem Grunde mußte es unfassbar scheinen, daß ein Parteitag mit einer solchen gesellschaftlichen Struktur ein Zentralkomitee gewählt haben soll, daß in der Mehrheit aus Parteifeinden bestand. Der einzige Grund, warum 70 Prozent aller Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees als Feinde der Partei und des Volkes angeprangert wurden, war der, daß man Verleumdungen gegen sie vorbrachte, falsche Anschuldi-

gungen gegen sie konstruierte und die revolutionäre Gesetzlichkeit in unzulässiger Weise aushöhlte.

Das gleiche Schicksal ereilte nicht nur die Mitglieder des Zentralkomitees, sondern auch die Mehrzahl der Delegierten des XVII. Parteitags. Von 1966 Stimmberechtigten oder beratenden Delegierten wurden 1108 Personen, also über die Hälfte aller Delegierten, unter der Beschuldigung gegenrevolutionärer Verbrechen verhaftet. Allein diese Tatsache beweist, wie absurd, fantastisch und widersinnig die Beschuldigungen wegen gegenrevolutionärer Verbrechen waren, die, wie wir jetzt sehen können, der Mehrheit der Delegierten des XVII. Parteitags zur Last gelegt wurden. (Entrüstung im Saale.) [...]

Dies war das Ergebnis des Machtmißbrauchs Stalins, der [...] mit den Mitteln des Massenterrors gegen die Parteikader vorzugehen begann. [...]

Viele Tausende ehrlicher und unschuldiger Kommunisten kamen infolge dieser ungeheuerlichen Rechtsbeugung ums Leben, weil jedes noch so verleumderische „Geständnis“ akzeptiert wurde und weil man Selbstbeschuldigungen und Beschuldigungen anderer Personen durch Gewaltanwendung erpreßte. [...]

Dem NKVD wurde die niederträchtige Praxis gestattet, Listen von Personen zusammenzustellen, für deren Fälle das oberste Militärgericht zuständig war und bei denen die Urteile im voraus feststanden. [...] In den Jahren 1937 bis 1938 wurden 383 solcher Listen mit den Namen vieler Tausender von Tausenden Partei-, Sowjet-, Komsomol-, Armee- und Wirtschaftsfunktionären Stalin zugesandt. Und diese Listen wurden von ihm gebilligt.

Ein großer Teil dieser Urteile wird gegenwärtig überprüft und ein großer Teil von ihnen aufgehoben, weil sie unbegründet sind und auf Fälschungen beruhen. Ich brauche hier nur zu erwähnen, daß seit 1954 der Militärsenat des Obersten Gerichts 7679 Personen rehabilitiert hat, die zum großen Teil erst nach ihrem Tode rehabilitiert werden konnten. [...]

Die Tatsachen zeigen, daß Mißbräuche auf Stalins Befehl und unter Mißachtung der Parteinormen und der sowjetischen Gesetzlichkeit erfolgten. [...] Da er eine unbegrenzte Macht besaß, war er in höchstem Maße selbstherrlich und drückte jedermann physisch und moralisch an die Wand. So entstand eine Situation, in der man seinen eigenen Willen nicht mehr zum Ausdruck bringen konnte. [...]

Genossen! Wir müssen den Persönlichkeitskult entschlossen abschaffen, ein für allemal; wir müssen die entsprechenden Konsequenzen ziehen, und zwar sowohl hinsichtlich der ideologisch-theoretischen als auch der praktischen Arbeit. [...]

Genossen! Der XX. Parteikongress der KPdSU (B) war ein erneuter kraftvoller Beweis für die unerschütterliche Einheit unserer Partei, ihrer Verbundenheit mit dem Zentralkomitee, ihres entschlossenen Willens, die große Aufgabe des Aufbaus des Kommunismus zu vollbringen. (Tosender Beifall.) Und die Tatsache, daß wir die mit der Überwindung des dem Marxismus-Leninismus fremden Persönlichkeitskults verbundenen Grundprobleme in all ihren Formen und auch das Problem der Liquidierung seiner lästigen Folgen dargelegt haben, ist ebenfalls ein Beweis für die große moralische und politische Kraft unserer Partei.

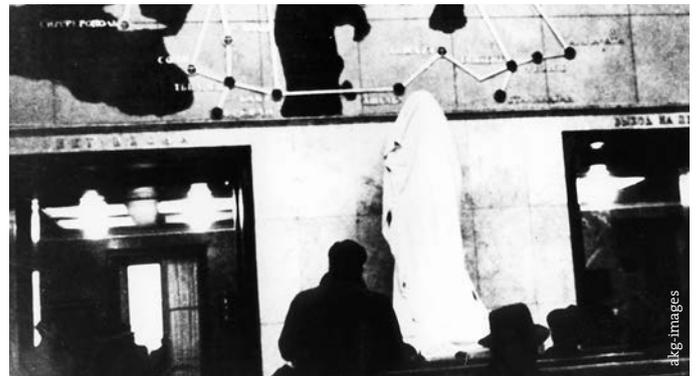
Chruschtschow gegen Stalin, Heft 5 der Hessischen Landeszentrale für Heimatdienst, Wiesbaden o. J. (1956); zit. nach Reinhard Crusius / Manfred Wilke (Hg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt am Main 1977, S. 487, 497-499, 508f., 536f.



akg-images / RIA Nowosti



akg-images



akg-images

In der Nacht vom 24. auf den 25. Februar 1956 informiert Chruschtschow in einem 70-seitigen Bericht die Delegierten des XX. Parteitags über die Verbrechen Stalins. Das zeigt Wirkung: die Stalin-Statue (li.) im Wartesaal des Moskauer Flughafens Wnukowo, einen Tag vor der Rede Chruschtschows und einen Tag nach der Rede (re.).

Chruschtschow thematisierte den Terror gegen die Delegierten des XVII. Parteitags, von denen Stalin 70 Prozent ermorden ließ, die Deportation der Ethnien, den Personenkult und Stalins Fehlentscheidungen im Krieg, die Tausende von Soldaten mit dem Leben bezahlt hatten. Tabu waren die Entkulakisierung und Kollektivierung sowie die Schauprozesse. Chruschtschow unterteilte Stalin in einen „guten“ Parteiführer, der bis 1934 das Land aufgebaut hätte, und einen „schlechten“, der auf Grund persönlicher Charakterzüge ab 1935 begann, das Land zu terrorisieren. „Wer versuchte, sich gegen grundlose Verdächtigungen und Anschuldigungen zur Wehr zu setzen, fiel den Repressalien zum Opfer.“

Die „Geheimrede“, wie sie im Westen genannt wurde, war nur für die Parteiöffentlichkeit bestimmt. Das Präsidium ließ den Text als gedruckte Broschüre an alle Parteizellen im ganzen Land verteilen, die in Betrieben, Fabriken und anderen Organisationen Lesungen durchführten. Da auch auf diesen Veranstaltungen keine Diskussion zugelassen war, wurde das ZK in Moskau mit Tausenden von Anfragen überflutet, wie der Terror möglich gewesen sei und warum die Präsidiumsmitglieder nichts unternommen hätten. Angesichts dieser Entwicklung entschloss sich das Präsidium, am 28. März eine Zusammenfassung in der *Prawda* zu veröffentlichen. Darin rief die Partei auf, die „sozialistische Rechtsstaatlichkeit“ und die „Kollektivführung“ in allen Bereichen der Gesellschaft wieder herzustellen. Sie ermutigte zu „Kritik und Selbstkritik“, um den Personenkult zu überwinden, warnte aber gleichzeitig eindringlich, diesen Prozess zur Diffamierung von Staat und Partei zu missbrauchen. Tatsächlich kam es zu Entlassungen, Parteiausschlüssen und Haftstrafen von fünf Jahren für Personen, die nach den Lesungen offen das politische System in Frage gestellt hatten. Obwohl also

eine rückhaltlos offene und grundlegende Debatte über die Ursachen des Stalinismus unterdrückt wurde, ließ auch die reduzierte Form der „geheimen“ Abrechnung mit Stalin viele Menschen wie den Dissidenten Lew Kopelew (1912-1997) wieder hoffen: „In den ersten Monaten und Jahren nach dem Kongress lebten wir mit einem neuen Freiheitsgefühl, das sich vorher nur in Versen finden ließ.“

### Die Folgen der „Entstalinisierung“ in Ostmitteleuropa

Nach dem Willen des Moskauer Parteipräsidiums sollte die Entstalinisierung nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den „Bruderstaaten“ vollzogen werden. Im Frühjahr 1953 diskutierten die Präsidiumsmitglieder wiederholt, wie mit dem Sorgenfall DDR zu verfahren sei. Doch die Ereignisse überstürzten sich: Der „Neue Kurs“ war noch gar nicht umgesetzt, als es dort am 16. Juni 1953 in Folge von erhöhten Arbeitsnormen landesweit zu Arbeiterprotesten kam. Die DDR-Führung forderte, Moskau möge seine Panzer in Gang setzen. Aber das Moskauer Parteipräsidium ließ sich erst dazu überreden, als der Aufstand am 17. Juni anhielt. Während zuvor im Präsidium offen die Aufgabe der DDR diskutiert worden war, führte der Aufstand allen die möglichen Konsequenzen vor Augen: Machtverlust, Kontrollverlust, Imageverlust, ganz zu schweigen von dem befürchteten Dominoeffekt. Chruschtschow hatte zudem, als er Berija den Beinahe-Verlust der DDR anlastete, ein Exempel statuiert, das auch für ihn gelten würde: Wer ein Land verlor, verlor auch seinen Posten.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die Ereignisse 1956 in Polen und Ungarn, die beide aus Moskau gedrängt wurden, ebenfalls eine Entstalinisierung einzuleiten. Als es in



Die Entstalinisierung soll auch in den sozialistischen „Bruderstaaten“ erfolgen. Doch die Liberalisierung hat ungewollte Auswirkungen: In Ungarn bricht 1956 ein bewaffneter Aufstand aus, den sowjetische Truppen gewaltsam niederschlagen. Aufgebrachte Bürger stürzen eine Stalinstatue um, die in Stücke zerbricht.

Folge von Amnestien und des anlaufenden Reformprozesses in Polen im Oktober zu spontanen antirussischen Demonstrationen kam und sich die polnische Parteiführung weigerte, Chruschtschow in ihre Entscheidungen miteinzubeziehen, griff dieser zu einer Doppelstrategie: Er flog selbst nach Warschau und gab gleichzeitig den Marschbefehl für die im Lande stehenden sowjetischen Truppen. Die heftig geführten Verhandlungen brachten einen Minimalkonsens: Chruschtschow rief die Truppen zurück, und die polnischen Genossen verpflichteten sich, den Warschauer Pakt nicht zu verlassen.

Auch in Ungarn bildeten erste Amnestien und Liberalisierungen den Nährboden für offenen Protest. Am 23. Oktober wuchs sich eine friedliche Großversammlung zu einem bewaffneten Volksaufstand aus, dem das riesenhafte Stalin-Denkmal in Budapest zum Opfer fiel. Die von der ungarischen Partei angeforderte militärische Unterstützung aus Moskau rückte am 24. Oktober mit rund 30 000 Soldaten und 1100 Panzern in Budapest ein. Als der neue Parteichef Imre Nagy (1896-1958) den Austritt aus dem Warschauer Pakt erklärte, entschloss sich das Moskauer Präsidium nach Beratung mit den KP-Führern Polens, Jugoslawiens und Chinas, mit aller Gewalt durchzugreifen. Der Preis für den Erhalt des Warschauer Pakts waren 20 000 tote Ungarn und 1500 tote sowjetische Soldaten.

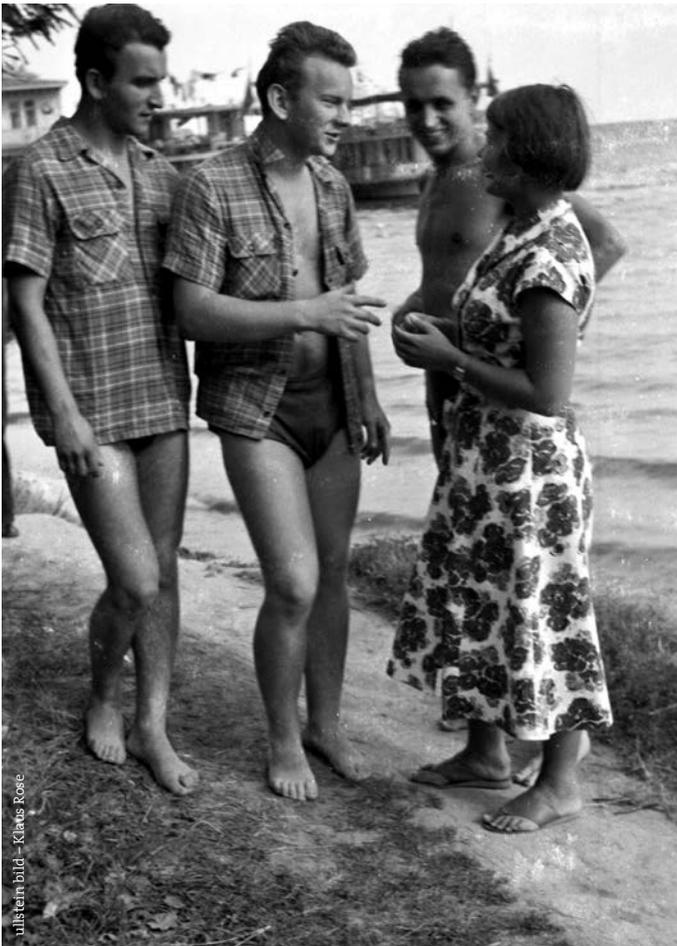
Ein Vergleich der Ereignisse in der DDR, in Polen und Ungarn führt zu folgenden Erkenntnissen: Anlass für die Aufstände war jeweils die Reforminitiative aus Moskau. Dieses wiederum brachte keineswegs sofort selbst die Gewaltanwendung ins Spiel, sondern reagierte auf Anforderung. Es gab keinen Automatismus, nach dem ein militärisches Eingreifen vorprogrammiert war. Der Verlust eines „Bruderstaates“, insbesondere der

Austritt aus dem Warschauer Pakt, war für das Parteipräsidium nicht hinnehmbar und hätte das Schicksal des verantwortlichen Parteiführers besiegelt.

## Die Wiederbelebung der Gesellschaft

Der russische Schriftsteller und Dissident Andrej Bitow (\*1937) sagte über die neue Zeit, Chruschtschow habe den Sowjetbürgern das Lachen wiedergebracht. Während zuvor jeder, der Stalin verunglimpfte, als „Konterrevolutionär“ verurteilt wurde, entstanden schnell Hunderte von Witzen über Chruschtschow, über die ungestraft gelacht werden konnte, wie über diesen: „Wie sich die Zeiten geändert haben! Sagte man 1952, dass Stalin ein Dummkopf sei, dann wurde man noch am selben Tag erschossen. Sagt jemand heute, dass Chruschtschow ein Dummkopf sei, dann wird er zu acht Jahren Haft wegen Verrats eines Staatsgeheimnisses verknackt!“

Dennoch wurde die Entstalinisierung in der sowjetischen Gesellschaft keineswegs einhellig positiv aufgenommen, denn die Gulag-Rückkehrer sorgten für eine doppelte Verunsicherung hinsichtlich früherer Feindbilder und einer vermeintlichen aktuellen Bedrohung der sozialen Ordnung. In dieser Situation wurden 1955 die Nachbarschaftspatrouillen und Kameradschaftsgerichte der 1930er-Jahre wiederbelebt. Diese staatlich angeordnete Maßnahme trug die Mehrzahl der Bevölkerung mit, weil sie ihr subjektives Sicherheitsgefühl stärkte. Ihr Misstrauen richtete sich auch gegen die bunten *Stiljagi*, gegen Ruhestörer, die man „Hooligans“ schimpfte, und Herumlungerer, die als „Parasiten“ geächtet wurden.



Die sowjetischen Jugendlichen möchten die neuen gesellschaftlichen Freiräume nutzen. Eine Möglichkeit dazu bieten die 6. Weltjugendfestspiele in Moskau 1957.



Teil von Chruschtschows erzieherischem Gesellschaftsprojekt ist die Bildungsreform von 1958. Hausaufgabenbetreuung in einer Moskauer Schule

## Was ist Kommunismus?

**Aus dem Parteiprogramm der KPdSU, angenommen auf dem XXII. Kongress der KPdSU am 31. Oktober 1961**

„Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeiten mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird.“ [...]

Die Aufgaben des kommunistischen Aufbaus werden kontinuierlich in mehreren Etappen gelöst werden.

„Im nächsten Jahrzehnt“ (1961-1970) wird die Sowjetunion beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus die USA – das mächtigste und reichste Land des Kapitalismus – in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überflügeln; [...].

„Als Ergebnis des zweiten Jahrzehnts“ (1971-1980) wird die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet, die für die gesamte Bevölkerung einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern sichert; die Sowjetgesellschaft wird unmittelbar darangehen, das Prinzip der Verteilung nach den Bedürfnissen zu verwirklichen [...]. Somit „wird in der UdSSR die kommunistische Gesellschaft im wesentlichen aufgebaut sein“. [...]

Charakteristisch für den umfassenden Aufbau des Kommunismus ist „das weitere Anwachsen der Rolle und Bedeutung der Kommunistischen Partei“ als der führenden und lenkenden Kraft der Sowjetgesellschaft. [...] „Unter der erprobten Führung der kommunistischen Partei, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus hat das Sowjetvolk den Sozialismus aufgebaut.“

Unter der Führung der Partei, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus wird das Sowjetvolk die kommunistische Gesellschaft errichten.

Die Partei verkündet feierlich: die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben!“

Programm der kommunistischen Partei, angenommen auf dem XXII. Parteikongress (1961), in: Boris Meißner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903-1961. Dokumente zum Studium des Kommunismus. Hg. v. Bundesinstitut zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), Band 1, Verlag Wissenschaft und Politik Köln 1962, S. 186, 188, 240, 244

Die verstärkte Sozialkontrolle war aber nur ein Bestandteil von Chruschtschows erzieherischem Gesellschaftsprojekt. Er bemühte sich, weite Kreise der Bevölkerung in die Diskussion von anstehenden Reformen miteinzubeziehen. „Lebendige Verbindung zu den werktätigen Massen“ lautete das von ihm ausgegebene Motto, mit dem er Partei, Gewerkschaften, Betriebs- und Hausversammlungen wiederzubeleben versuchte. Jeder sollte sich für seinen Bereich verantwortlich fühlen und unerschrocken mitdiskutieren. So wurden 1958 die Bildungsreform, 1959 die Justizreform und 1961 das neue Parteiprogramm öffentlich beraten.

Einerseits diskutierte die Öffentlichkeit auf Versammlungen und in Zeitungen, andererseits die jeweilige Fachgemeinschaft, deren Vertreter Chruschtschow zu Hunderten zu den ZK-Sitzungen dazulud, um ihre Meinung zu hören und seine gegebenenfalls zu ändern.

### Entstalinisierung der Literatur

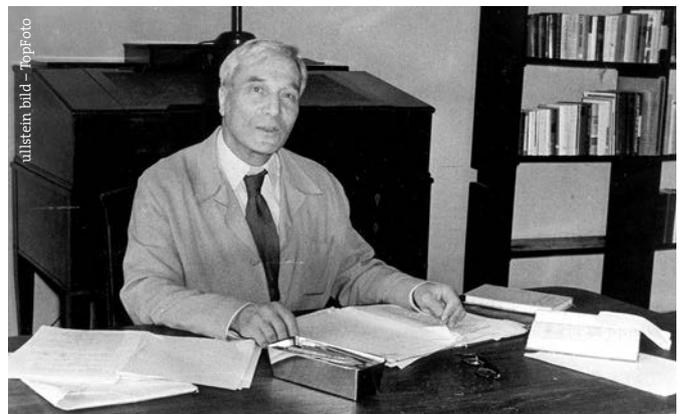
Entscheidendes tat sich in der Literatur. Sie war der Ort, an dem vieles benannt werden konnte, was offiziell immer noch ein heikles Thema war: Stalins Terror, der Gulag und die Heimkehr aus dem Lager. Wer sich mit dem Schrecken der Stalinzeit auseinandersetzen wollte, der griff nicht zur Zeitung oder zu Geschichtsbüchern, sondern zu Literaturzeitschriften, Romanen oder Memoiren, in denen Zeitzeugen von ihren Erfahrungen während des Großen Terrors berichteten. Gleichzeitig musste sich die Literatur selbst entstalinisieren: 1954 tagte der Schriftstellerkongress zum zweiten Mal nach 1934, um sich von der Stalinzeit zu befreien, deren schwülstige, pathetische, ideologiegeschwängerte Literatur niemand mehr lesen wollte. Der Vorsitzende des Verbandes beging 1956 Selbstmord. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: „Ich sehe keine Möglichkeit mehr weiterzuleben, da die Kunst, der ich mein Leben verschrieben habe, von der anaemischen Ignoranz der Parteiführung unwiderruflich zugrunde gerichtet worden ist. In einer Zahl, die den zaristischen Satrapen [Statthaltern – Anm.d.Red.] sogar im Traum nicht eingefallen wäre, wurden die besten Kader der Literatur physisch vernichtet oder kamen durch die verbrecherische Duldungspolitik der Machthaber um.“

Der Schriftsteller Wladimir Pomeranzew (1907-1971) wurde 1953 über Nacht berühmt, als er seine Kollegen zur „Aufrichtigkeit in der Literatur“ aufrief und anprangerte, so wie die meisten schrieben, würde nur auf Versammlungen gesprochen: „Wenn ein Traktorist seiner Liebsten einen Antrag macht, dann doch, weil er sie liebt, und nicht, weil er ein noch besserer Arbeiter sein möchte!“ Berühmt wurde der Roman des Schriftstellers Ilja Ehrenburg (1891-1967) „Tauwetter“, der im September 1954 binnen weniger Stunden ausverkauft war und der Epoche seinen Namen gab. „Tauwetter“ erzählt leidenschaftlich vom Ende der Stalinzeit, von der Freilassung der Verhafteten, vom Ende des Bürokratismus, der „Phrasendrescherei“ und „Schönfärberei“, von echter Liebe und von den Menschen, die bereit sind, für eine Idee zu leben und zu sterben.

Allerdings blieben der „Sozialistische Realismus“ (Sozialismus) sowie eine positive Darstellung des Helden und der sowjetischen Geschichte weiterhin Gebot für alle Schriftsteller. Das galt besonders für Erzählungen, die während oder kurz nach dem Aufstand in Ungarn erschienen, als die Partei versuchte, allzu kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Boris Pasternak (1890-1960) konnte 1957 seinen Roman „Doktor Schiwago“ über die Wirren und Abgründe von Revolution und Bürgerkrieg nur im Ausland veröffentlichen. Als er 1958 dafür den Literaturnobelpreis erhielt, gaben Partei und Schriftsteller-



Ilja Ehrenburgs Roman „Tauwetter“ (1954) feiert das Ende der Stalinzeit und gibt der Epoche ihren Namen. Der Schriftsteller bei einer Rede vor dem britischen Friedenskomitee in London im Juli 1950



Doch die kritische Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Vergangenheit bleibt unerwünscht. Boris Pasternak erhält für seinen Roman „Doktor Schiwago“ 1958 den Literaturnobelpreis, aber in der Sowjetunion wird er für sein Werk geächtet.



Dieses Schicksal trifft auch andere: Bei einem offiziellen Treffen der Sowjetführung mit intellektuellen Künstlern 1963 erregt der junge Dichter Andrei Vosnesensky (li.) den Zorn von Chruschtschow, der ihn zur Emigration auffordert.

verband den Anstoß zu einer Schmutzkampagne gegen ihn, die mit zu seinem frühen Tod 1960 führte.

Eine Ausnahme war die Erzählung von Alexander Solschenizyn „Ein Tag des Iwan Denissowitsch“, die 1962 auf persönliche Intervention Chruschtschows hin erscheinen konnte. Obwohl die triste autobiografische Erzählung – Solschenizyn war von 1945 bis 1953 Häftling – über einen einzigen Tag im Arbeitslager weder inhaltlich noch sprachlich den Normen des Sozialismus entsprach, kam sie Chruschtschow im Zuge seiner zweiten Entstalinisierungskampagne nach dem XXII. Parteitag 1961 gelegen.

## Ein Tag des Iwan Denissowitsch

Schuchow blickte schweigend zur Decke. Er wusste selber nicht mehr, ob er die Freiheit wollte oder nicht. Anfangs wünschte er sie sich sehr, zählte jeden Abend nach, wie viele Tage von seiner Haftzeit schon vergangen waren, wie viele er noch vor sich hatte. Dann war er es leid geworden. Und dann stellte sich heraus, dass sie die Politischen nicht nach Hause lassen, sondern in die Verbannung schicken. Und wo das Leben für ihn erträglicher ist, hier oder dort, weiß man nicht.

Er möchte nur frei sein, um nach Hause zu können.

Aber nach Hause lassen sie einen nicht...

Aljoschka lügt nicht, seiner Stimme und seinen Augen merkt man an, daß er gern im Gefängnis sitzt.

„Sieh, Aljoschka“, erklärte Schuchow ihm, „bei dir geht's auf: Christus hat dir befohlen, im Gefängnis zu sitzen, für Christus bist du jetzt hier. Aber wofür sitz' ich? Dafür, daß sie sich einundvierzig nicht richtig auf den Krieg vorbereitet hatten? Dafür? Was kann ich dafür?“

„Heute ist ja gar kein zweiter Appell mehr ...“, knurrte Kilgas von seiner Pritsche.

„Ja-a!“ erwiderte Schuchow, „das sollte man mit Kohle in den Kamin schreiben, daß heute keine zweite Kontrolle ist.“ Und er gähnte: „Ich glaube, ich schlafe jetzt.“

Da hörten sie durch die stille Baracke das Poltern des Bolzens an der Außentür. Aus dem Korridor kamen die beiden Häftlinge hereingelaufen, die die Filzstiefel hatten, und riefen: „Zweiter Appell!“

Ihnen nach der Aufseher:

„Raus in die andere Hälfte!“

Ein paar hatten schon geschlafen! Sie brummten, räkelten sich, zogen die Filzstiefel über die Füße (die wattierten Hosen zog keiner aus – ohne sie würde man unter der dünnen Decke vor Kälte erstarren).

„Die verdammten Hunde!“ schimpfte Schuchow. Aber er ärgerte sich nicht besonders, weil er noch nicht geschlafen hatte.

Caesar streckte seine Hand nach oben aus und legte ihm zwei Stück Kuchen, zwei Stückchen Zucker und eine runde Scheibe Wurst hin.

„Danke, Caesar Markowitsch“, Schuchow beugte sich in den Durchgang hinunter, „aber jetzt geben Sie mir Ihren Sack zur Sicherheit nach oben unter das Kopfkissen.“ (Von oben zieht man ihn nicht so schnell herunter, und wer würde bei Schuchow etwas suchen?)

Caesar gab Schuchow seinen weißen, zugebundenen Sack nach oben, Schuchow schob ihn unter die Matratze und wartete, bis die meisten draußen waren, damit er nicht so lange barfuß im Korridor stehen musste. Aber der Aufseher raunzte ihn an:

„Los, du da in der Ecke!“

Und Schuchow sprang gewandt auf den Boden, barfuß (seine Filzstiefel mitsamt den Fußlappen standen so gut auf dem Ofen – es wäre schade, sie noch einmal herunterzuholen!) Wie viele Hausschuhe hatte er schon genäht – immer nur für andere, für sich hatte er keine. Aber er war daran gewöhnt, es dauerte ja nicht lange.

Die Hausschuhe nehmen sie auch mit, wenn sie tagsüber welche finden. In den Brigaden, die ihre Filzstiefel zum Trocknen abgegeben hatten, ging es denen am besten, die Hausschuhe besaßen, die anderen mussten in ihren Fußlappen oder barfuß hinaus.

„Na los! Los!“ knurrte der Aufseher.

„Ihr braucht wohl Prügel, ihr Viecher?“ Der Barackenälteste kommt dazu. Sie trieben alle in die andere Hälfte hinüber, die letzten mussten in den Korridor. Schuchow stellte sich an die Wand neben der Latrine. Der Boden unter seinen Füßen war feucht, und aus dem Vorraum zog es eiskalt herein. Sie hatten alle hinausgejagt – noch einmal gingen der Aufseher und der Älteste durch die Baracke, um zu kontrollieren, ob sich niemand mehr dort versteckte, sich etwa in eine dunkle Ecke gedrückt hatte und schlief. Wenn einer fehlt, gibt es Ärger, und wenn einer zuviel gezählt wird, gibt es auch Ärger, dann können sie wieder von vorn anfangen. Sie gingen überall durch und kamen dann zur Tür zurück.

Erster, zweiter, dritter, vierter ... jetzt ließen sie die Männer schnell einzeln passieren. Als achtzehnter zwängte sich Schuchow durch. Im Laufschrift zur Pritsche, den Fuß auf den Stützbalken und – schwupp! – war er oben.

Schön. Die Füße wieder in den Westenärmel, die Decke darüber, obendrauf die Wattejacke, und schlafen! Jetzt werden sie alle von drüben in unsere Hälfte schicken, aber das stört uns nicht.

Caesar kam zurück. Schuchow gab ihm den Sack hinunter.

Aljoschka kam. Ungeschickt ist er, will es allen recht machen, aber er versteht's nicht, sich etwas nebenbei zu verdienen.

„Da, Aljoschka!“, und er gibt ihm ein Stück Kuchen ab. Aljoschka strahlt.

„Danke. Sie haben doch selber nichts!“

„Iß schon!“

Wir haben nichts, deswegen verdienen wir uns immer was dazu.

Und jetzt das Stückchen Wurst in den Mund! Die Zähne hinein! Kauen! Dieser Fleischgeruch! Richtiger Fleischsaft! Jetzt war's im Bauch.

Schon ist die Wurst weg.

Das übrige, beschloß Schuchow, morgen vor dem Ausmarsch.

Er zog sich die Decke über den Kopf, die dünne, ungewaschene Decke, und hörte nicht mehr hin, wie sich die Häftlinge aus dem anderen Raum zwischen den Pritschen zusammendrängten: warteten, daß sie abgezählt wurden.

Schuchow schlief vollkommen zufrieden ein. Er hatte heute viel Glück gehabt: er mußte nicht in den Bunker, die Brigade wurde nicht in die Sozialsiedlung abkommandiert, zum Mittagessen hatte er sich einen Schlag Grütze geschnorrt, der Brigadier hatte gute Prozente für sie herausgeschlagen, das Mauern hatte Schuchow Spaß gemacht, beim Filzen war er mit dem Sägeblatt durchgekommen, abends hatte er sich bei Caesar etwas verdient und noch Tabak gekauft. Und war nicht krank geworden, hatte sich wieder aufgerappelt.

Ein Tag war vergangen, durch nichts getrübt, ein fast glücklicher Tag.

So sahen die dreitausendsechshundertdreiundfünfzig Tage seiner Haftzeit vom Wecksignal bis zum Schlußappell aus.

Wegen der Schaltjahre waren es drei Tage mehr ...

Alexander Issajewitsch Solschenizyn, Ein Tag des Iwan Denissowitsch, Erzählung, Übersetzt von Christoph Meng, Coron Verlag, o.J., S. 194 ff. © Les éditions Fayard, Paris

## Erneuter Kampf gegen die Kirche

ULRIKE HUHN

Die Aufbrüche in Gesellschaft und Künsten gingen einher mit einer Neuauflage der antireligiösen Politik der 1920er- und 1930er-Jahre. In mehreren Wellen im Sommer 1954 und seit 1958 zog die Staats- und Parteiführung gegen die Kirche zu Felde, ließ Kirchen und Klöster schließen, verunglimpfte Geistliche und gläubige Christen in der Presse, ließ prominente Kirchenvertreter öffentlichkeitswirksam von ihrem Glauben abschwören und schränkte den Spielraum von Kirche und Gemeinden immer mehr ein. So war es Kindern verboten, Gottesdienste zu besuchen, weil diese nun als „religiöse Propaganda“ galten und damit verfassungswidrig waren. Auch die durch Chruschtschows agrarpolitische Maßnahmen forcierte Landflucht ließ viele Dorfkirchen veröden, während in den rasch wachsenden Städten grundsätzlich keine Kirchen eröffnet wurden. Oft sorgten Großmütter dafür, dass ihre Enkelkinder während der Sommerferien in den Dörfern getauft wurden, nicht selten ohne das Wissen der Eltern.

Paradoxerweise übertraf Chruschtschow mit dieser neuen Religionspolitik an Strenge seinen Vorgänger Stalin, unter dem seit 1943 mehr als 14 000 Kirchen geöffnet worden waren. Chruschtschow konnte damit sowohl die Hardliner befriedigen als auch frühere taktische Zugeständnisse zurücknehmen. Seine antireligiösen Kampagnen sind als Teil einer Modernisierungsmission und der tiefen Überzeugung zu verstehen, dass der Kommunismus in kurzer Zeit zu erreichen sein würde.

Allerdings sorgte die neue, offenere gesellschaftliche Atmosphäre dafür, dass das Kirchenvolk und manche Geistliche die Einschnitte nicht mehr widerspruchslos hinnahmen. Vielerorts protestierten sie gegen die Kirchenschließungen, verfassten Petitionen und reisten nach Moskau, um die Schließungen zu verhindern. Sogar der regimetreue Metropoliten Nikolaj (Jaruschewitsch, 1892-1961) äußerte sich in der Öffentlichkeit kritisch über Kirchenverfolgungen in der Sowjetunion und verlor daraufhin 1960 sein hohes Kirchenamt. Im Juli 1961 stimmte unter staatlichem Druck ein Bischofskonzil einer Kirchenreform zu, die den Handlungsspielraum der Priester in den Gemeinden weiter einschränkte. Kritische Intellektuelle sahen die Russisch-Orthodoxe Kirche daraufhin als Marionette in den Händen des Staates und als Institution, die ihre moralische Autorität schon lange verloren hatte.

## Neue Utopien und Sozialprogramme

Das Präsidium hatte neben und mit der Entstalinisierung zwei andere Großaufgaben zu erfüllen: die Bevölkerung zu ernähren und ihr anstelle des Stalinismus neue Ideen zu bieten, für die sie sich begeistern konnte. Der Kommunismus sollte kein fernes Ziel mehr sein, sondern in absehbarer Zeit erreichbar und schon jetzt den Sowjetmenschen erste Früchte ihrer harten Arbeit liefern. Chruschtschow ließ in einer seiner mobilisierenden Massendiskussionen ein neues Parteiprogramm ausarbeiten und erklärte bei dessen Verabschiedung auf dem XXII. Parteitag 1961, dass der Kommunismus im Jahr 1980 errichtet sein werde. (siehe a. S. 10)

### Reform der Landwirtschaft

Noch unter Stalin hatte Chruschtschow eine Agrarkommission geleitet, die im Dezember 1952 zu dem Schluss kam, um die Bevölkerung mit mehr Fleisch zu versorgen, müsse

der Staat den Bauern mehr bzw. überhaupt Geld zahlen: für Fleisch das Drei- bis Vierfache, für Milchprodukte 50 Prozent mehr. Stalin hatte die Kommission verhöhnt. Sofort nach seinem Tod senkte das Parteipräsidium die Steuern und Quoten der Pflichtablieferungen für die Bauern, und es leitete eine Stärkung der Kolchosen ein, indem es viele unrentable Kleinbetriebe zu Großbetrieben zusammenlegte. Dadurch sank die Zahl der Kolchosen von 91 200 (1953) auf 67 700 (1958). Die Getreideernte stieg im gleichen Zeitraum um 75 Prozent. Obwohl 1957 die Bauern für ihr Getreide immerhin 266 Prozent des Preises erhielten, den sie 1952 bekommen hatten, lagen die Preise aber weiterhin unter den Produktionskosten. Chruschtschow wollte die Bauern jedoch nicht nur materiell motivieren, sondern sie auch in den gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess miteinbeziehen. Dafür löste er 1953 die lokalen Behörden des Landwirtschaftsministeriums auf und unterstellte die Kolchosen den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), die, seit den 1930er-Jahren eingeführt, das landwirtschaftliche Gerät an die Bauern verliehen. Aus den Städten entsandte er 20 000 technische Spezialisten und Parteimitglieder aufs Land, die die Bauern in technischen und weltanschaulichen Fragen beraten sollten. Doch bereits 1958 löste er die MTS auf und übertrug die Verantwortung für den Maschinenpark den Kolchosen. Diese mussten die Geräte, obwohl häufig nutzlos und völlig veraltet, zu teilweise überhöhten Preisen kaufen. Was als Maßnahme zur Stärkung der Eigenverantwortung gedacht gewesen war, hatte somit letztlich Chaos und Ratlosigkeit verursacht.

Die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Lebensmitteln blieb eines der dringendsten Probleme. 1957 erklärte Chruschtschow, die USA in Erzeugung von Fleisch, Milch und Butter einholen zu wollen. Das allerdings hätte eine Verdreifachung der Fleischproduktion bedeutet. Um die Tiermast zu vergrößern, forderte Chruschtschow, den Anbau von Futtermais von 3,5 Millionen Hektar 1953 auf mindestens 28 Millionen Hektar im Jahr 1960 auszubauen. Wegen seiner Schwäche für Mais wurde Chruschtschow in der Sowjetunion deshalb als „Mais-Mann“ (russ.: *kukurusnik*) verspottet.



Futtermais für die Tiermast soll die Lebensmittelversorgung verbessern. Nikita Chruschtschow, hier 1959, macht sich für den Maisanbau stark.



Werbung für die Neulandkampagne 1954: Auf ins Neuland, kommt mit uns!

Illustration - Heritage Images / Fine Art Images

### Die Neulandkampagne

Mit der Neulandkampagne wollte Chruschtschow an drei Fronten gewinnen: Getreide im großen Stil produzieren, den Menschen eine neue Utopie geben und im Machtkampf gegen Malenkow auftrumpfen. Ende 1953 schlug er vor, Millionen von Hektar Land in Zentralasien und Westsibirien, wo kaum Regen fiel, Stürme wüteten oder das halbe Jahr Schnee lag, urbar zu machen. Dafür legte er eine große Propagandakampagne auf, die junge Männer und Frauen wie in den 1930er-Jahren aufrief, in die Steppe zu ziehen und ihre neue Welt selbst zu schaffen.

Als die kasachische Parteiführung einwandte, das Land sei dafür nicht geeignet, setzte er eine neue Parteiführung ein. Sie berief sich auf den Genetiker Trofim Lysenko (1898-1976), der 1954 erklärt hatte, dass der Weizen sich an die Bedingungen in Kasachstan anpassen würde. Tatsächlich schienen die Ernten Chruschtschow und Lysenko zunächst Recht zu geben: Von 1954 bis 1960 konnten 42 Millionen Hektar Land neu bestellt werden. Das war ein Nettozuwachs von 33 Millionen Hektar. Doch einer Rekordernte von 125 Millionen Tonnen 1956 folgte 1957 ein Einbruch auf 102,6 Millionen Tonnen. Das ökologische Problem bestand darin, dass die kargen Böden der Steppe großer Erosion ausgesetzt waren, sodass es nur eine Frage der Zeit war, bis der fruchtbare Boden fortgeweht war. Dazu gesellte sich das ideologische Problem, dass Lysenko eine frühe Aussaat empfahl, weil er glaubte, der Weizen werde durch den Frost „abgehärtet“. Beides summierte sich im Jahr 1963 zu einer katastrophalen Missernte; 1965 kam es zu solchen Stürmen, dass sich manche Landstriche bis heute davon nicht erholt haben.



Die Kultivierung der Steppe zeitigt nur vorübergehend Erfolge. Mähdrescher in Kasachstan 1968

algr-images / RIA Nowosti



Bergleute bekommen in der Sowjetunion der 1960er-Jahre Spitzenlöhne. Hier werden sie 1965 in Donezk gefeiert.

### Lohn- und Rentenreform

1955 wurde der Mindestlohn von zehn Rubel auf 30 Rubel verdreifacht. Industriearbeiter wurden in sechs Lohngruppen bezahlt – je nach Ausbildung, Qualifizierungsgrad und Art der Arbeit. 1962 erhielten Beschäftigte in der Leicht- und Lebensmittelindustrie durchschnittlich 81 Rubel im Monat, während Bergleute Spitzenlöhne von bis zu 230 Rubeln erzielten. Als Elite galten aber nach wie vor die Ingenieurinnen und Ingenieure sowie das Führungspersonal, die 1955 durchschnittlich zwei Drittel mehr als ihre Arbeiter verdienten.

Am untersten Ende fanden sich nach wie vor die Kolchosbäuerinnen und -bauern, auch wenn sie unter Chruschtschow erstmals überhaupt einen Lohn erhielten. Bis 1965 wurde ihr Lohn in „Arbeitstagen“ berechnet, deren Wert von der Produktivität der Kolchose abhing und zwischen 26 und 52 Rubel lag. Allerdings wurde selbst dieser Lohn oft nicht ausgezahlt; entscheidend war daher der Naturallohn, den die Kolchosbauern unmittelbar nach der Ernte als „Vorschuss“ erhielten. Angesichts der unsicheren Auszahlung sank die Arbeitsdisziplin nach Erhalt des Getreideanteils erheblich. Grundsätzlich war und blieb das Problem, dass die Bauern sich angesichts der miserablen Entlohnung ganz auf die Bestellung ihres eigenen Hoflands konzentrierten, das ihre Versorgung und kleinere Einnahmen auf den nicht preisgebundenen Kolchosmärkten sicherte.

Im Sommer 1956, als die Debatte um die „Geheimrede“ auf ihren Höhepunkt zusteuerte, führte der Oberste Sowjet eine Mindestrente von 30 Rubeln im Monat für Arbeiterinnen ab dem 55. Lebensjahr, für Arbeiter ab dem 60. Lebensjahr ein.

Den Kolchosbauern wurde erst im Juli 1964 eine Mindestrente von zwölf Rubeln zugesprochen, die Frauen ab 60, Männer ab 65 bezogen. Beide Reformen sollten das Arbeitsleben attraktiver gestalten und die Fürsorge von Partei und Staat unter Beweis stellen.



Doch die Elite bilden Angehörige der Ingenieurberufe, Wissenschaftler und Führungspersonal. Mitarbeiterin im Klimalabor der Landwirtschaftsakademie K.A. Timirjasew 1959



Arbeit ist Pflicht und Arbeitsverweigerung gesellschaftlich verpönt. „Wie man gearbeitet hat, so ist auch der Lohn.“ Agitationsplakat von V. Goworkow 1964



„Die Nacht ist kein Hindernis für die Arbeit!“ Agitationsplakat von A. Nikolajewitsch 1956

### Kampf gegen „Sozialschmarotzer“

ALEXANDRA OBERLÄNDER

Das Recht auf Arbeit in der Sowjetunion hatte eine Kehrseite: die Pflicht zur Arbeit. Wer in der Sowjetunion nicht arbeitete, galt als Sozialschmarotzer, als *tunejadec*, als „Parasit“. Die Repressionen gegen vermeintliche „Parasiten“ waren keineswegs eine ausschließlich staatliche Angelegenheit. Im Gegenteil: Die arbeitende Bevölkerung unterstützte aktiv die Sanktionierung und Ächtung von Arbeitsverweigerung. Im Rahmen der Idee, die Gesellschaft erziehen zu müssen, kam es vor allem im unmittelbaren Anschluss an die „Geheimrede“ Chruschtschows 1956 zu einer Kampagne gegen vermeintliche Arbeitsverweigerinnen und -verweigerer, die seitens der Bevölkerung streckenweise enthusiastisch oder als längst überfällig begrüßt wurde. Fabrikkollektive forderten geschlossen härtere Sanktionen gegen vermeintliche Faulenzer. Gelegentlich schien es so, als würden Staat und Partei zu Exekutoren eines Volkswillens, der die Gesetzgeber in seiner Unversöhnlichkeit selbst überraschte. Das Resultat dieser zum Teil in der sowjetischen Presse geführten Debatte um ein konsequentes Vorgehen gegen Arbeitsverweigerer war ein 1961 verabschiedetes Gesetz. War die Gesetzesinitiative zunächst gegen sogenannte Parasiten gedacht, die es an sozialistischer (Arbeits-)Moral missen ließen, traf es dann häufig Andersdenkende. Politisch oder kulturell missliebige Personen, die keiner

geregelten Arbeit nachgehen wollten oder konnten, mussten mit Verbannung an entfernte Orte des sowjetischen Imperiums rechnen.

### „Chruschtschoby“ – die Erfindung des Plattenbaus

Stalins Tod läutete auch in der Architektur das Ende des pompösen, sozialistischen Klassizismus, des „Zuckerbäckerstils“ ein. Etwas Modernes, Nüchternes, schnell und massenhaft zu Errichtendes musste her. Ebenfalls im „heißen“ Sommer 1956 ließ Chruschtschow den massenhaften Wohnungsbau verkünden. Bereits 1954 hatte er auf der All-Unionkonferenz der Architekten den Baustil der Stalinzeit scharf verurteilt und ein flammendes Plädoyer für den standardisierten, schlichten Zweckbau gehalten. Der neue Slogan lautete: „Architekten in die Fabriken“. Ziegelsteine wurden als Baumaterial durch gegossene, standardisierte Betonplatten ersetzt. Die Konstrukteure verabschiedeten sich vom Konzept der Innenhöfe und entwarfen den rundum offenen Wohnblock. Die Fassade wurde gesichtslos und die Wohnnormen auf ein Minimum zusammengeschrumpft. So wuchsen vollkommen gleichförmige Trabantenstädte, die oft nicht einmal eine Infrastruktur hatten und im Volksmund bald in Anlehnung an den russischen Begriff für „Slum“ „*chruschtschoby*“ genannt wurden. Dennoch war die Plattenbauwohnung sehr attraktiv, da die meisten Familien sich zu viert ein Zimmer in ei-



Mark Redkin / FotoSoyuz / Getty Images

In den 1960er-Jahren werden, wie hier in Moskau, bevorzugt standardisierte, schlichte Zweckbauten errichtet. Der „Zuckerbäckerstil“ (Mi.) gehört der Vergangenheit an. Die Wohnungen im Plattenbau sind wegen ihres Komforts und der Aussicht auf mehr Privatsphäre begehrt.

ner Kommunalwohnung teilten. Die Platte hatte fließend Wasser, Zentralheizung und ein eigenes Bad. Chruschtschow versprach jeder Familie ihre eigenen vier Wände – bis 1980; doch 1960 wohnten nur 40 Prozent aller Familien in einer abgeschlossenen Wohnung.

### Der Aufstand von Nowotscherkask 1962

Das Desaster der Neulandkampagne, die versäumte Modernisierung der Landwirtschaft in den alten Anbaugebieten und neue Restriktionen für die private Landwirtschaft führten Anfang der 1960er-Jahre zu erneuten Engpässen in der Versorgung mit Lebensmitteln und damit zu einer angespannten Lage. Als sich am 1. Juni 1962 in der Stadt Nowotscherkask Gerüchte verbreiteten, dass sowohl die Lebensmittelpreise erhöht als auch in der Waggonbaufabrik der Stücklohn gesenkt worden seien, kam es zu spontanen Massenprotesten und Kundgebungen, bei denen die Arbeiter riefen: „Wir fordern Fleisch, Milch, Lohnerhöhung und Wohnraum.“ Da sich die Milizionäre weigerten, gegen die aufgebrachte Menge vorzugehen, forderten die Gebietsleiter das Militär an. Das Parteipräsidium entsandte Frol Koslow (1908-1965) und Mikojan, um vor Ort zu vermitteln. Dennoch eröffnete das Militär das Feuer auf die wütende Menge und erschoss 13 Menschen. Die Proteste dauerten noch zwei Tage an. Die Rädelsführer wurden zum Tode verurteilt, weitere Demonstranten zu fünf bis zehn Jahren Haft.

Der Aufstand wurde in der Sowjetunion verschwiegen. Aber er führte dazu, dass sich das Parteipräsidium 1963 angesichts der katastrophalen Missernte entschloss, die Goldreserven anzugreifen, um im Westen Getreide und Fleisch zu kaufen.

## Space Race und Kalter Krieg

### Der Kampf um Anerkennung als Supermacht

Es ist oft gesagt worden, Chruschtschows Außenpolitik sei ein Zick-Zack-Kurs ohne klare Linie gewesen. Um das rätselhaft-impulsive Verhalten des Nachfolgers Stalins zu erklären, beschäftigte der CIA 20 Psychologen, die den Ersten Sekretär als „hypomanisch“ einstuften: emotional, hitzig und begeisterungsfähig, ein *Workaholic*, dem aber systematisches Denken schwerfiel. Dabei war Chruschtschows Außenpolitik ziemlich klar von drei Faktoren geprägt:

- einem persönlichen Minderwertigkeitskomplex, da er weder einem intellektuellen Milieu entstammte noch Erfahrung in der Außenpolitik besaß. Hatte Stalin den Staatsmann gemimt, gefiel sich Chruschtschow auf dem internationalen Parkett allerdings durchaus in der Rolle des Proletariers, der das *commil-faut* des Westens teils parodierte, teils boykottierte und teils imitierte;

## Wettkampf um das Weltall

[...] Es war die Sowjetunion, die 1957 mit Sputnik 1 den ersten künstlichen Erdtrabanten und 1961 mit Juri Gagarin den ersten Menschen auf eine Umlaufbahn brachte. Auch zum Mond waren automatische Satelliten bereits erfolgreich geflogen. In der Raketentechnik hatte die Sowjetunion vor den USA einen in Jahren zu messenden Vorsprung.

Zum Kriegsende war der Ausgangspunkt noch gleich gewesen. „Weder wir noch die Amerikaner oder die Engländer waren im Jahre 1945 in der Lage, Flüssigkeitsraketenantriebe größer als mit einem Schub von 1,5 Tonnen zu bauen“, schreibt der sowjetische Konstrukteur Boris Tschertok in seinen Memoiren. Die Deutschen dagegen hatten für die V-2 ein Triebwerk mit 27 Tonnen Schub zur Verfügung: das Aggregat 4. Nach dem Untergang des Hitlerregimes „erbeuteten“ die Amerikaner 400 der wichtigsten deutschen Konstrukteure, die Dokumentationen und Forschungsberichte und im thüringischen KZ Mittelbau Dora mehr als 100 einsatzfähige V-2-Raketen.

Als die sowjetische Besatzungsmacht Monate später Thüringen übernahm, blieb ihren Spezialisten nichts, als „jeden Dreckhaufen zu durchstöbern, um irgendwelche Überbleibsel der Raketendokumentation aufzuspüren“, berichtet Tschertok. Doch er gibt zu, dass auch die Sowjetunion wertvolle Beute machte. Die Amerikaner brachten die deutschen Köpfe unter Kontrolle, die Sowjets die deutschen Hände. Die V-2 war nicht nur in unmenschlicher Zwangsarbeit von Tausenden Häftlingen zusammengebaut worden, sondern auch von mehr als 3000 hochqualifizierten Ingenieuren und Handwerkern verschiedenster Spezialisierungen, die zum Kriegsende im thüringischen Bleicherode und in umliegenden Ortschaften konzentriert worden waren. An ihnen zeigten die Amerikaner kaum Interesse.

Die sowjetischen Experten umso mehr. Was wie eine Notlösung aussah, erwies sich als entscheidender Vorteil. Die USA brauchten lange, um die Mechaniker auszubilden, die die Ideen der deutschen Spitzenkonstrukteure umsetzen konnten. Dagegen arbeitete die Mannschaft des sowjetischen Chefkonstruktors Sergej Koroljow bis Oktober 1946 gemeinsam mit den Deutschen in Bleicherode. Dann erhielt er den Ruf zur Rückkehr, die Deutschen wurden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in die Sowjetunion deportiert und bis in die 50er-Jahre nördlich von Moskau auf einer Insel in der Waldai-Region interniert. Für den Vorsprung, den die Sowjetunion Anfang der 60er-Jahre errungen hatte, hatten die Deutschen am Ende einen Beitrag erbracht, der bis heute noch immer nicht ausreichend gewürdigt ist.

Daran zu erinnern, schmälert die Leistungen des genialen Konstrukteurs und Organisators Koroljow nicht. Seine detaillierten Pläne für einen bemannten Flug zum Mond hatte er bereits im Juni 1960 vorgelegt – und war abgeblitzt. Ein Umdenken der sowjetischen Führung setzte erst 1963 ein, und es dauerte ein weiteres halbes Jahr, bis das Zentralkomitee mit seiner geheimen Resoluti-

on 655/268 grünes Licht für ein Mondprogramm gab. Als Ziel wird darin proklamiert, ein Kosmonaut müsse vor einem Astronauten den Mond betreten. Parteichef Nikita Chruschtschow machte das Projekt zu seiner persönlichen Angelegenheit. [...]

1964 lagen schließlich drei Pläne für eine Mondlandung auf dem Tisch. Die sowjetische Führung entschied sich nicht eindeutig, sie erteilte zwei Aufträge: einen an Koroljows Büro und einen an seinen erbitterten Konkurrenten, Wladimir Tschelomei. Dessen Konzept schien drei Vorteile zu haben. Zum einen war es wesentlich billiger und einfacher als die Vorstellungen Koroljows. Tschelomei wollte mit ein und derselben Rakete zum Mond fliegen, ihn umrunden und wieder auf der Erde landen.

Koroljows Plan dagegen glich dem Konzept, das die Amerikaner dann erfolgreich verwirklichen sollten. Es sah ein technisch anspruchsvolles Zusammenspiel zwischen Trägerrakete, Transportraumschiff und Landeapparat, von Rendezvous- und Kopplungsmanövern in Umlaufbahnen um Erde und Mond vor. Auch den Kosmonauten, der als Erster den Mond betreten sollte, hatte sich das Team um den Konstrukteur bereits ausersehen. Als Alexej Leonow im März 1965 als erster Mensch aus einem Raumschiff ins freie All ausstieg, war dies keineswegs wegen des Prestiges und Rekordes. Es war der erste praktische Test, wie Menschen außerhalb einer starren hermetischen Kapsel in Vakuum und Kälte überleben können. [...]

Hinter den Kulissen tobte ein Kampf um Macht und Einfluss, den Tschertok und Koroljows Tochter Natalja in ihren Erinnerungen umfänglich schildern. Tschelomeis Superrakete kam über Studien nicht hinaus. Das von ihm projektierte System war zu schwach für einen Mondflug. Es dauerte mehr als ein Jahr, bis sich Koroljow durchgesetzt hatte. Ein Zeitverlust, der nicht mehr aufzuholen war. Die Sowjetunion war inzwischen eine andere geworden. Auf den Parteichef Chruschtschow war 1964 Leonid Breschnew gefolgt, den die erste Mondlandung wesentlich weniger interessierte als die Überlegenheit der Sowjetunion bei den nuklearen Interkontinentalraketen. Ein Trägersystem für super-schwere Lasten wie Koroljows N-1 brauchte er dafür nicht.

Doch der entwickelte sein Projekt trotz chronischer finanzieller Engpässe weiter bis zu seinem plötzlichen Tod im Januar 1966. Ohne die Autorität dieses außergewöhnlichen Menschen aber geriet das sowjetische Mondprogramm völlig ins Trudeln. Als dann 1969 alle Tests mit der Trägerrakete N-1 in Fehlstarts endeten, war das Rennen längst verloren. Am 21. Juli 1969 hatte der erste Mensch den Mond betreten. Es war nicht Leonow, sondern Neil Armstrong, ein Amerikaner.

Fünf Jahre später ließen beide Supermächte ihre Programme auslaufen. [...]. Das Erbe Koroljows aber fliegt seit 50 Jahren und bis heute unerreicht erfolgreich: die Sojus-Kapsel und ihre Träger-rakete.

Frank Herold, „Die Tragik des großen Kosmos-Eroberers“, in: Frankfurter Rundschau vom 9./10. März 2013

- einem „sowjetischen“ Minderwertigkeitskomplex, die UdSSR müsse beim Westen immer wieder einfordern, als gleichberechtigter Gesprächspartner, ernstzunehmender Gegner und hochgerüstete Atommacht behandelt zu werden;
- dem Wunsch, einen dritten Weltkrieg um jeden Preis zu vermeiden und den USA zu beweisen, dass die neue Politik der „friedlichen Koexistenz“, also die Tolerierung des anderen politischen Systems, ernst gemeint war. Chruschtschow mach-

te sich Präsident Eisenhowers Rede vom April 1953 zur Leitlinie, der als Beweis für den Friedenswillen Taten statt Worte gefordert hatte. Alles, was Eisenhower angeregt hatte, setzte Chruschtschow um: 1955 unterzeichnete er den österreichischen Staatsvertrag, ließ die japanischen und deutschen Kriegsgefangenen frei, stimmte der Ernennung des neuen UNO-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld (1905-1961) zu und beendete den Koreakrieg sowie den Ersten Indochinakrieg.



Abenteurer Weltraum: Der Chefindenieur des sowjetischen Raketenprogramms Sergei Koroljow (re.) verabschiedet sich am 12. April 1961 vor dem Start von Kosmonaut Juri Gagarin.



Das Raumschiff „Wostok-1“ mit einer A-1-Trägerrakete und Kosmonaut Juri Gagarin am Weltraumbahnhof Baikonur vor dem erfolgreichen Start, der der Sowjetunion internationales Renommee einbringt.

## Wettlauf im Weltraum

Kalter Krieg bedeutete keineswegs, dass sich die beiden Atomkräfte nur ein Wettrennen lieferten. Der Widerstreit der Ideologien bedeutete, dass auf allen Gebieten darum gewetteifert wurde, welches System das bessere sei: in der Kultur, im Sozialwesen, in der Frauenemanzipation und vor allem in der Technologie. Dabei ging es nicht nur darum, der Überlegene, sondern auch der Erste zu sein. Nachdem die USA zuerst die Atom- und Wasserstoffbombe entwickelt hatten, konzentrierten Stalin und Chruschtschow die sowjetischen Ressourcen auf die Raketentechnologie. So gelang es den sowjetischen Raketenkonstrukteuren im Oktober 1957, mit einer Langstreckenrakete den Satelliten Sputnik, eine piepsende Metallkugel, in den Orbit zu schießen. Endlich lag die UdSSR vor den USA, ein Erfolg für die Sowjetunion, ein Schock für die west-

liche Welt. Als die Sowjetunion mit Juri Gagarin (1934-1968) im April 1961 auch den ersten Mann im Weltall feiern konnte, war Chruschtschows Triumph im In- und Ausland perfekt. Endlich löste die Sowjetunion ein, was sie stets versprochen hatte: der fortschrittlichste Staat der Welt zu sein. Während sich in der Sowjetunion ein Kosmos-Kult entwickelte, mit dem Chruschtschow seine Herrschaft legitimierte, erklärte US-Präsident John F. Kennedy (1917-1963) den Wettlauf auf den Mond für eröffnet. Diesmal gewannen die USA: Nachdem die Amerikaner 1968 den Mond umrundet und 1969 auf ihm gelandet waren, wurde das sowjetische Mondprogramm ein- und auf Raumstationen umgestellt.

## Entspannung und neue „Eiszeit“

Während sich Chruschtschow einerseits um eine Entspannung mit dem Westen bemühte und dafür eine rege Reisetätigkeit entwickelte, griff er andererseits immer wieder zu extremen Maßnahmen, wenn er sich von den USA nicht respektiert fühlte. Allerdings gibt es auch die Annahme, dass er sich zu vielen Aktionen von denjenigen Präsidiumsmitgliedern drängen ließ, die den Entspannungskurs gegenüber dem Westen ablehnten. Im November 1958 verkündete er das sogenannte Berlin-Ultimatum: eine Note an die drei Westmächte, mit der er den Viermächte-Status Berlins infrage stellte und verlangte, West-Berlin solle entmilitarisiert „Freie Stadt“ werden, andernfalls wolle die Sowjetunion ihre Rechte an Berlin auf die DDR übertragen. Einerseits war das ein abrupter Wechsel im Tonfall, andererseits tat Chruschtschow nichts, als die West-Alliierten das Ultimatum ungehört verstreichen ließen. 1959 war der Höhepunkt der Entspannung und von Chruschtschows Diplomatie, als er auf Einladung Eisenhowers zehn Tage lang die USA bereiste. Doch schon ein Jahr später kam es zum Eklat, als im Mai 1960 die sowjetische Luftabwehr ein U2-Aufklärungsflugzeug der USA über sowjetischem Territorium abschoß und Chruschtschow daraufhin das Gipfeltreffen in Paris platzen ließ. Er lud Eisenhower wieder aus, fuhr aber selbst ungeladen im September 1960 nach New York, wo er sich bei der UNO-Vollversammlung so provozieren ließ, dass er mit seinem Schuh auf sein Pult schlug. Chruschtschow hoffte nun auf den neuen US-Präsidenten Kennedy, mit dem er im Juni 1961 ein Treffen in Wien vereinbarte, aber keine gemeinsame Sprache finden konnte. Unter dem Druck der DDR-Führung folgte jetzt die verspätete Reaktion auf das verstrichene Berlin-Ultimatum: Chruschtschow stimmte dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 zu.



Das Tauziehen um Berlin stellt die Entspannung infrage. Eine sowjetische Ehrenkompanie verlässt 1959 den britischen Sektor in West-Berlin in Richtung Brandenburger Tor und Ostsektor.

**Konflikt mit China, die „entkolonialisierte Welt“ und die Kuba-Krise**

Unter Chruschtschow erwuchs der Sowjetunion ein anderer Konkurrent, mit dem sie um den besseren Weg zum Sozialismus wetteiferte: China verurteilte die Entstalinisierungspolitik und war immer weniger bereit, die Führungsrolle der Sowjetunion in der sozialistischen Welt anzuerkennen. Unterstützte die Sowjetunion in den 1950er-Jahren China noch massiv mit Wirtschafts- und Militärhilfen, zog Chruschtschow 1960 auch auf Grund eines persönlichen Zerwürfnisses mit Mao Tse-tung (1893-1976) sämtliche Berater und Hilfen ab. Gleichzeitig versuchte die Partei- und Staatsführung unter Chruschtschow, ihren Einflussbereich auf Länder in Südamerika, Afrika und Südostasien auszudehnen, um im Wettstreit mit den USA einerseits und China andererseits die Überlegenheit des sowjetischen Systems zu beweisen. Grund für das Engagement in der „entkolonialisierten Welt“ waren weniger geostrategische Erwägungen als das Prestige der Sowjetunion. Wenn Sozialismus für ein menschenwürdiges Leben ohne Ausbeutung stand, dann mussten das auch die 17 afrikanischen Staaten sehen, die 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurden. Doch die Idee, mit Indonesien in Asien und Guinea in Afrika Modellstaaten für die sowjetische Zivilisation zu schaffen, scheiterte kläglich an der mangelnden Kooperation der jeweiligen Herrscher, die aber bereitwillig finanzielle Hilfe annahmen.

Wesentlich erfolgreicher war dagegen die Zusammenarbeit mit Kuba, das sich unter Fidel Castro (\*1926) nach der Revolution 1959 mit der Bitte um Unterstützung an die Sowjetunion wandte. Für Chruschtschow bedeutete das eine Einladung in den „Vorgarten“ der USA. Es gab eine Reihe von Gründen, warum er im Sommer 1962 heimlich Raketen nach Kuba verschiffen ließ: um Kuba vor einer zweiten US-Invasion zu schützen, um die USA zu einem Einlenken in der Berlin-Frage zu bewegen, um das eigene Prestige in der kommunistischen Welt zu steigern und um das militärische Gleichgewicht wiederherzustellen. Als die USA die Raketenstationen im Oktober entdeckten, führte das zur Kuba-Krise, dem dramatischen Höhepunkt der neuen Eiszeit mit den USA. Die Eskalation konnte durch Krisendiplomatie erst in letzter Minute verhindert werden. Chruschtschow musste alle Raketen wieder abziehen, aber auch die USA entfernten ihre Raketenstellungen aus der Türkei. Die Kuba-Krise war nicht nur der Höhepunkt des Kalten Krieges, sondern auch ein Wendepunkt. Angesichts eines drohenden Dritten Weltkrieges richteten die beiden Supermächte den sogenannten heißen Draht ein, eine direkte Telefonverbindung zwischen Moskau und Washington für Krisenfälle. Die Kuba-Krise gab zudem wichtige Impulse für Abkommen über Atomteststopps und Rüstungskontrollen. Leitend in der Außenpolitik war nun weniger, die andere Macht zu übertrumpfen, als das fragile Gleichgewicht zu erhalten.



*Ringen um internationale Weltgeltung: Staatsbesuch in Indien 1955 (li. oben); zu Besuch bei Mao, dem Konkurrenten im sozialistischen Lager, in Beijing 1958 (re. oben); mit Kubas Machthaber Fidel Castro am Lenin-Mausoleum in Moskau 1963 (li. unten) und Begrüßung eines afrikanischen Delegierten in Moskau 1965*

### Die Kuba-Krise – Chruschtschow erinnert sich

Wir waren sicher, daß die Amerikaner sich niemals mit der Existenz von Castros Kuba abfinden würden. Sie fürchteten ebenso sehr, wie wir es erhofften, daß ein sozialistisches Kuba möglicherweise ein Magnet werden würde, der den Sozialismus für andere lateinamerikanische Länder anziehend machte. Welche Politik sollten wir selbst angesichts der ständigen Drohung einer amerikanischen Intervention in der Karibischen See einschlagen? [...] Wir waren verpflichtet, alles zu tun, was in unserer Macht stand, um Kubas Existenz als sozialistisches Land und als praktisches Beispiel für die anderen Länder Lateinamerikas zu schützen. Es war mir klar, daß wir Kuba sehr wohl verlieren könnten, falls wir nicht einige entscheidende Schritte zu seiner Verteidigung unternahmen. [...] Wir mußten ein greifbares und wirksames Abschreckungsmittel schaffen gegen eine amerikanische Einmischung in der Karibischen See. Aber was für eins? Die logische Antwort waren Raketen. [...] Während meines Besuches in Bulgarien kam mir der Gedanke, auf Kuba Raketen mit nuklearen Sprengköpfen zu installieren und ihre Anwesenheit dort vor den Vereinigten Staaten so lange geheimzuhalten, bis es für sie zu spät war, etwas dagegen zu unternehmen. [...]

Abgesehen davon, daß sie Kuba geschützt hätten, würden unsere Raketen das hergestellt haben, was der Westen gerne

das „Gleichgewicht der Kräfte“ nennt. Die Amerikaner hatten unser Land mit Militärstützpunkten umgeben und bedrohten uns mit nuklearen Waffen, und jetzt würden sie erfahren, wie einem zumute ist, wenn feindliche Raketen auf einen gerichtet sind; wir würden nichts weiter tun, als ihnen ein bisschen von ihrer eigenen Medizin zu verabreichen. [...]

Es war, gelinde gesagt, eine interessante und herausfordernde Situation gewesen. Die beiden mächtigsten Nationen der Welt waren zum Kampf gegeneinander angetreten, jede mit dem Finger auf dem Knopf. Man hatte gedacht, daß ein Krieg unvermeidlich war. Aber beide Seiten zeigten, daß selbst die dringlichste Meinungsverschiedenheit durch einen Kompromiß gelöst werden kann, wenn der Wunsch, einen Krieg zu vermeiden, stark genug ist. Und ein Kompromiß hinsichtlich Kubas wurde tatsächlich gefunden. [...] Doch war es ein großer Sieg für uns, daß wir in der Lage gewesen waren, Kennedy das Versprechen abzurufen, daß weder Amerika noch einer seiner Verbündeten Kuba angreifen werde. [...] Indem wir die Welt an den Rand eines Atomkrieges brachten, gewannen wir ein sozialistisches Kuba. [...]

Strobe Talbott (Hg.), Chruschtschow erinnert sich, ins Deutsche übertragen von Margaret Carroux u. a., Reinbek bei Hamburg 1971, S. 492 ff.



ullstein bild - Keystone



picture-alliance / dpa

In der US-Botschaft in Wien trifft Chruschtschow 1961 auf den neuen US-Präsidenten John F. Kennedy. Doch die beiden finden keinen Draht zueinander. Stattdessen droht im Zuge der Kuba-Krise ein Atomkrieg der beiden Supermächte. Ein sowjetischer Frachter transportiert Anfang 1962 vier Torpedoboote durch den Ärmelkanal in Richtung Kuba.



Der neue sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew eröffnet am 29. März 1966 den XXIII. Parteitag der KPdSU in Moskau. Li. M. Suslow, re. A. Kosygin

SUSANNE SCHATTENBERG

# Stabilität und Stagnation unter Breschnew

**Unter Breschnew sollten die Anhebung des Lebensstandards und eine Liberalisierung der Planwirtschaft den Sozialismus legitimieren, Entspannungspolitik den Ost-West-Gegensatz entschärfen. Doch politische Abweichungen und Autonomiebestrebungen der Warschauer-Pakt-Staaten wurden nicht geduldet.**

Die Breschnew-Ära, die im Westen lange zuvorderst mit Restalinisierung, der Niederschlagung des Prager Frühlings und der Verfolgung der Dissidenten assoziiert wurde, unterliegt heute einer Umwertung. Während Gorbatschow sie als Zeit der Stagnation und Korruption brandmarkte, wird sie in Russland inzwischen als „goldenes Zeitalter“ verklärt, in dem die Welt vor der UdSSR gezittert habe und die Menschen satt und zufrieden gewesen seien. Die Forschung, die lange Zeit ebenfalls Stillstand und Niedergang hervorhob, konzentriert sich zunehmend auf die Frage, was die Sowjetunion so lange erfolgreich existieren ließ.

## „Kollektive Führung“ unter Breschnew

### Die Absetzung Chruschtschows

Am 14. Oktober 1964 wurde Chruschtschow abgesetzt. Lange Zeit herrschte im Westen Einigkeit darüber, er sei abgesetzt worden, weil er das Land außenpolitisch in der Kuba-Krise blamiert hätte und weil er für die Nahrungsmittelkrise und den Aufstand in Nowotscherkask verantwortlich gemacht worden sei. Die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle zeigt aber heute, dass das Parteipräsidium in erster Linie die Angst trieb, von Chruschtschow zerschlagen zu werden, da er es für einen „Haufen alter Männer“ hielt. Schließlich hatte er bereits zahlreiche Ministerien aufgelöst, Parteikomitees in zwei Zuständigkeitsbereiche gespalten und das Rotationsprinzip eingeführt. Obwohl Chruschtschow den Putsch 1957 nur hatte abwenden können, weil die regionalen Parteisekretäre als seine Klientel loyal zu ihm hielten, hatte

er viele in den folgenden Jahren durch seinen Reformeifer verprellt. Der Hauptvorwurf richtete sich daher gegen seine „Umstrukturierungswut“. Das Parteipräsidium bestimmte (erneut), es solle eine kollektive Führung herrschen; das Amt des Ersten Sekretärs und das des Ministerratspräsidenten sollten nie wieder wie unter Stalin und Chruschtschow in einer Person vereint werden. Also wurden Leonid Breschnew (1906-1982) zum Ersten Sekretär und Alexei Kosygin (1904-1980) zum Ministerratsvorsitzenden bestimmt. Auf dem XXIII. Parteitag 1966 beschloss die Partei, das Präsidium wieder Politbüro und den Ersten Sekretär wieder Generalsekretär zu nennen. Chruschtschow wurde einfach in Rente geschickt. Breschnew legte ihm die Höhe der Pensionsansprüche, Wohnung, Datscha, Krankenversorgung, Kantinezugang und Autotyp fest und bat ihn, sich nicht mehr in Moskau blicken zu lassen.

### Breschnews „Idealbiografie“

Unter den Zeitgenossen und Historikern wird gestritten, ob es ein „Unfall der Geschichte“ war, dass ausgerechnet Breschnew, der im Westen als grau, profillos und entscheidungsschwach galt, neuer Generalsekretär wurde. Doch der smarte, gut gekleidete, jugendlich wirkende Breschnew war in der Sowjetunion die Partei Hoffnung und hatte die „ideale“ sowjetische Biografie vorzuweisen: Er war ein Arbeitersohn und gehörte der typischen, um 1905 geborenen Generation an, die in den 1920er-Jahren studiert und in den 1930ern Karriere gemacht hatte. Nachdem er zunächst als Landvermesser gearbeitet hatte, absolvierte Breschnew von 1930 bis 1935 in Dniprodzerschynsk am Institut für Metallurgie ein Abendstudium, während er tagsüber als Dreher arbeitete. Dank des Terrors begann 1937 sein rasanter Aufstieg, weil durch Verhaftungen Posten frei wurden. 1939 war er bereits Sekretär des Gebietskomitees von Dnjepropetrowsk, wo er Chruschtschow kennenlernte. Dieser protegierte ihn nach dem Krieg, den Breschnew als einfacher Politikkommissar verbracht hatte: Breschnew wurde nicht nur Gebietsleiter von Dnjepropetrowsk (1947-1950) und führte die Republik Moldawien (1950-1952), er setzte für Chruschtschow auch die Neulandkampagne in Kasachstan durch, bevor er ab 1956 als dessen rechte Hand in Moskau diente und für den Militärisch-Industriellen Komplex und den Raketenbau zuständig war. Ab 1960 fungierte er als formales Staatsoberhaupt, 1963 bestellte ihn Chruschtschow zum Zweiten ZK-Sekretär. Breschnew war also ein Zögling Chruschtschows, doch Überdruß an dessen Launen und Beleidigungen veranlassten ihn, den Unmut gegen Chruschtschow zu organisieren.

### Machtsicherung im Konsens

Im Vergleich zu dem jähzornigen Chruschtschow besaß Breschnew genau die Eigenschaften, nach denen sich die Parteiführung sehnte: Ausgeglichen, ruhig, zu allen freundlich, ergriff er nie als erster das Wort und hörte jedem aufmerksam zu. Politikwissenschaftler waren daher lange Zeit der Meinung, er sei kein Führer, sondern nur ein Vermittler zwischen den verschiedenen Interessengruppen. Dagegen spricht allerdings, dass Breschnew über die Jahre hinweg

von langer Hand vorbereitet seine Mitverschwörer entmachtete. Angesichts des gescheiterten Putsches 1957 und des geglückten Coups 1964 setzte Breschnew alles daran, seine Macht auf ein Netzwerk loyaler Klienten stützen zu können. Er baute es systematisch aus, indem er seine Gefolgsleute aus Dnjepropetrowsker Zeiten nach Moskau holte, seine Konkurrenten mit diesen umstellte und dann behutsam, meist mit einem „goldenen Handschlag“, absetzte. Er machte sich dabei zur Regel, auch solche „Versetzungen“ im Konsens zu entscheiden und alle Politbüro- und ZK-Mitglieder so in die Entscheidungsfindung einzubinden, dass die Kollektivführung verwirklicht erschien. Auf diese Weise ersetzte er 1967 den KGB-Chef Wladimir Semitschastnyi (1924-2001) durch Juri Andropow (1914-1984) und machte seinen mächtigsten



Breschnew (3. v. li.), ein Arbeitersohn, studiert in Dniprodzerschynsk und engagiert sich in der kommunistischen Partei. Kadersitzung am Institut für Metallurgie 1932



Nach dem Krieg wird er zum Protegé von Chruschtschow, ab 1956 dessen rechte Hand in Moskau. 1964 betreibt er dessen Absetzung, hier beide 1962 in Moskau.

Rivalen und ZK-Sekretär Alexander Schelepin (1918-1994) zum „zahnlosen“ Gewerkschaftsvorsitzenden. 1977 benutzte er die neue Verfassung, um den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, Nikolai Podgornyj (1903-1983), in Rente zu schicken und damit selbst auch formales Staatsoberhaupt zu werden.

### „Vertrauen in die Kader“

Jenseits der Entmachtung seiner stärksten Rivalen stand Breschnew für „Vertrauen in die Kader“ und „Stabilität in den Kadern“, zwei Leitlinien seiner Politik, die er 1966 auf dem XXIII. Parteitag verkündete. Breschnew setzte sich damit dezidiert von Stalin und Chruschtschow ab, die beide – der eine mit Repressionen, der andere mit Reformen – die Menschen terrorisiert hatten: „Unter Stalin fürchteten die Menschen Repressionen, unter Chruschtschow die Veränderungen und Erneuerungen. Das Volk wusste nicht, was morgen kommt. Nun sollen die Sowjetmenschen ein friedliches Leben führen, damit sie produktiv arbeiten können.“ Das Versprechen, den Menschen zu vertrauen, nicht in jedem einen potenziellen „Volksfeind“ zu sehen, war eine Kulturrevolution, die die Unschuldsvermutung wieder herstellte. Die „Stabilität in den Kadern“ brachte als Kehrseite, dass die Eliten in Staat und Partei, Wirtschaft und Wissenschaft veralteten und keine jungen Kräfte nachrücken konnten. Der „Vertrauensschutz“ führte in die Stagnation.

### Autonomie der Republiken und Nationalitäten

MAIKE LEHMANN

Auch in den Unionsrepubliken dominierte die Netzwerk- und Kaderpolitik das politische Geschehen. Das Primat der Partei schien die föderale Struktur der Sowjetunion regelrecht auszuhebeln. Daher sahen westliche Beobachter oft einen elemen-

taren Unterschied zwischen dem „Nationalen“ – im Westen meist als widerständig und per se antisowjetisch verstanden – und dem „Sozialistischen“. Doch in der Sowjetunion galt weiterhin das Diktum, dass eine Kultur „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ zu fördern sei; auch die Indigenisierungspolitik, die Förderung heimischer Eliten in Staat und Partei, aber auch in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, hatte trotz Terror und Deportationen nie eine offizielle Absage erfahren. Beides konnte sehr unterschiedlich ausgelegt werden, was im Wechselspiel mit anderen politischen Faktoren mitunter, aber keinesfalls zwangsläufig, zu Konflikten führen konnte.

Für Moskau standen offenbar vor allem die Kontrollmöglichkeiten im Vordergrund. So hatten die Republiken unter Chruschtschow zunächst an wirtschaftlicher und politischer Autonomie gewonnen, verloren aber Teile ihrer Kompetenzen wieder ab den frühen 1960er-Jahren. Dies erfolgte unter anderem mit der Begründung, die jeweiligen Republikführungen hätten Angehörige ihres eigenen Volkes übermäßig bevorzugt. Breschnew, der sich kaum für die Probleme der Nationalitäten interessierte, tauschte unter dem Gesichtspunkt der Loyalität behutsam einige Republikführer aus, um sie durch eigene Gefolgsleute zu ersetzen. Unter der Anschuldigung, sie hätten dem Nationalismus, vor allem aber der Korruption Vorschub geleistet, entfernte er 1969, 1972 und 1974 den aserbaidischen, den ukrainischen, den armenischen und den georgischen Parteichef. Dies war der Versuch der Moskauer Parteizentrale, national definierte Patronagenetzwerke einzudämmen, die schwer zu kontrollieren waren. Tatsächlich waren diese Netzwerke erst infolge der Moskauer Nationalitätenpolitik entstanden. Denn im Gegensatz zur Stalinzeit, in der ein Mangel an qualifizierten, nicht slawischen Kadern herrschte, begannen in den 1960er- und

### Soziale Differenzierung der Völker der UdSSR 1970/1972 (in Prozent)

	Anteil an der Bevölkerung der UdSSR (1970)	Anteil an den Mitgliedern des ZK der KPdSU (1972)	Anteil an den Wissenschaft- lern der UdSSR (1972)	Grad der Verstärkung innerhalb der Ethnie (1970)
Großrussen	53,5	57,2	66,4	68
Ukrainer	16,9	18,6	10,7	49
Usbeken	3,8	1,8	1,3	25
Weißrussen	3,7	5,6	2,1	44
Tataren	2,4	0,5	1,3	55
Kasachen	2,2	2,3	0,9	29
Aserbaidchaner	1,8	1,3	1,4	40
Armenier	1,5	2,4	2,2	65
Georgier	1,2	1,3	1,9	44
Moldawier	1,1	0,8	0,3	20
Litauer	1,1	0,9	0,9	47
Juden	0,9	0,9	6,7	98
Tadschiken	0,6	0,8	0,3	26
Turkmenen	0,6	0,6	0,2	31
Kirgisen	0,6	0,5	0,2	15
Letten	0,6	1,9	0,6	53
Esten	0,4	0,9	0,5	55

Der Grad der Verstärkung der UdSSR beträgt 56 Prozent der Gesamtbevölkerung. Für die Sowjetdeutschen fehlen einige der Daten; ihr Verstärkungsgrad beträgt 46 Prozent.

Hans-Heinrich Nolte, Kleine Geschichte Russlands, Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart 2003, S. 339



imago / ITAR-TASS



ullstein bild - Nowosti / Yakov Berlinet



imago / ITAR-TASS



imago / Rust



ullstein bild - Nowosti



ullstein bild - Nowosti

Kulturelle Vielfalt und nationales Selbstbewusstsein im Vielvölkerreich Sowjetunion: (Linke Spalte) Muezzin in Baku, Aserbaidshan, 1979; ein Hochzeitspaar vor Dorfäfesten in Kirgistan 1974; Sportlerinnen aus Georgien während der Eröffnungsfeier der 11. Jugendspartakiade in Eriwan, Armenien, 1969; (Rechte Spalte) die Staatsuniversität in Eriwan, 1969; Szene in Kiew, Ukraine, 1978, und Schüler in Zarafschon, Usbekistan, 1969. Am Schulgebäude steht „Wir danken den Erbauern für eine so schöne Schule.“

1970er-Jahren die jeweiligen Titularnationen die Partei und die Staatsapparate in den Republiken zu dominieren, während die Zentralorgane in Moskau zunehmend von Slawen gelenkt wurden.

Zugleich waren inzwischen nationale Bildungseliten entstanden, die mehr und mehr an die Universitäten drängten und in verantwortliche, qualifizierte Positionen aufrückten. Unter diesen Voraussetzungen entwickelten sich trotz der Zentralisierung unter anderem in der Bildungspolitik und der nachdrücklichen Förderung des Russischen als sowjetischer Verkehrssprache zunehmend eigenständige, nationale Interpretationen von Geschichte und Gegenwart. Der 1972 geschasste ukrainische Parteichef etwa ließ ukrainische Wissenschaftler die ökonomischen Entscheidungen Moskaus

kritisieren, hielt seine Hand schützend über Schriftsteller, die sich mit nationalen Themen befassten, und trieb eine Autonomisierung der Ukraine voran. In Zentralasien verfestigte sich die Auffassung, dass nur ein guter Muslim ein guter Sowjetbürger sein könne. Im Kaukasus stritten Georgier, Armenier und Aserbaidshaner derart um bestimmte Territorien, dass eine von der Akademie der Wissenschaften geplante gemeinsame Enzyklopädie zum Südkaukasus schon an dem Streit über historische Karten scheiterte. Nichtsdestoweniger förderte die Breschnew-Führung nationale Erinnerungspolitik, sofern sie mit der offiziellen Weltsicht vereinbar war; ab den 1970er-Jahren wurden historische Monumente wie Kirchen und Friedhöfe auf Staatskosten renoviert bzw. konserviert. Als in der neuen Verfassung von 1977 die nationalen Sprachen

als offizielle Amtssprachen der Republiken wegfallen sollten, gab ein überraschter Breschnew massiven Protesten aus den Kaukasusrepubliken nach; sie konnten in Berufung auf die Leninsche Nationalitätenpolitik als einzige Republiken ihre nationalen Sprachen als offizielle Verkehrssprachen neben dem Russischen verteidigen.

Damit entwickelten sich nach Ende des Terrors unter dem Schutz der jeweiligen Republikführung partikuläre Identitäten – oft zum Nachteil anderer vor Ort lebender Volksgruppen. Die nationalen Bewegungen an der Peripherie entsprangen aber nur in wenigen Fällen einer ausgesprochenen Ablehnung von Sowjetunion und Sozialismus; nur wenige nationalistische Untergrundgruppen forderten die Unabhängigkeit ihrer Republik. Für die Mehrheit waren die sowjetischen Lehren inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden. Für sie stand ihre nationale Identität in keinem Widerspruch zu einer übergeordneten sowjetischen Identität. Immerhin schienen der gerade in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren entstandene Wohnraum und die neue Konsumkultur auch in den Unionsrepubliken die Versprechen der Revolution einzulösen.

## Anhebung des Lebensstandards

Eine der entscheidenden Leitlinien, wenn nicht das zentrale Ziel Breschnews überhaupt, war die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Von seiner Aufbauarbeit in der Ukraine, in Moldawien und Kasachstan wusste er nur zu gut, in welchen entbehrungsreichen Verhältnissen große Teile der Bevölkerung immer noch lebten. Rechtfertigte Breschnew anfangs die neue Politik, die Menschen sollten mehr konsumieren können, damit sie motivierter wären, den Sozialismus zu schaffen, behauptete er bald, eine bessere Versorgung der Gesellschaft sei Ausdruck der neuen Entwicklungsstufe, die der Sozialismus inzwischen erreicht habe. Breschnew versuchte also, die Konzentration auf Konsumbedürfnisse mit der marxistisch-leninistischen Theorie zu legitimieren. In der Forschung ist aber heute umstritten, ob die Propagierung des Konsums nicht zu einer Entideologisierung führte und damit entscheidenden Anteil am Niedergang der Sowjetunion hatte.

### Reform der Landwirtschaft

Wie Chruschtschow machte sich auch Breschnew zuerst an die Reform der Landwirtschaft. Hatte sein Vorgänger dafür gesorgt, dass die Bauern überhaupt einen Lohn erhielten, war Breschnews ehrgeiziges Ziel, die Bauern endlich mit den Arbeitern gleichzustellen und ihnen kostendeckende Preise zu zahlen. Das bedeutete, zwei bis dato vollkommen verschiedene Welten aneinander anzugleichen und den Dörfern die Moderne zu bringen. Hintergrund waren die nach wie vor prekäre Versorgungslage und die niedrige Produktivität der Landwirtschaft sowie die enorme Landflucht. Zwischen 1951 und 1965 war die Landbevölkerung um ein Drittel gesunken. Im Zeitraum von 1960 bis 1965 war die Gruppe der 17- bis 29-Jährigen im Dorf um mehr als sechs Millionen Menschen geschrumpft. Auf dem Land gab es nach wie vor kaum Infrastruktur, oft nicht einmal einen Laden, in dem Gebrauchsgegenstände gekauft werden konnten. Ärztliche Versorgung, kulturelle Angebote und Fortbildungsmöglichkeiten fehlten genauso wie fließend Wasser und eine Kanalisation. Auf dem ZK-Plenum im März 1965 verkündete Breschnew eine jährliche Steigerung der Investitionen in die Landwirtschaft um drei Milliarden Rubel, um die Ankaufpreise für Getrei-

de, Fleisch, Milchprodukte und die Löhne zu erhöhen. Lag 1950 der jahresdurchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch mit 26 Kilogramm noch unter dem Wert von 1913, stieg er bis 1975 auf 57 Kilogramm; Ziel der Planbehörden waren allerdings 80 Kilogramm, die nie erreicht wurden. Die Hauptnahrungsmittel blieben Brot und Kartoffeln, Kohl, Karotten und Rote Bete; die Sowjetmenschen aßen doppelt so viele Kohlenhydrate, aber nur halb so viel Fleisch und Fisch wie die US-Amerikaner. Ein Kolkhosvorsitzender wird mit den Worten zitiert: „Wenn wir früher nicht arbeiteten, weil wir wussten, dass wir sowieso nichts dafür bekommen würden, dann arbeiten wir heute deshalb nicht, weil wir auch so unseren Lohn bekommen werden.“ Gilt die erste Dekade unter Breschnew als „sattete Zeit“, wurden ab Mitte der 1970er-Jahre die Schlangen vor den Lebensmittelläden wieder länger. Dabei brauchte Breschnew die Landwirtschaft auch zunehmend für die Außenpolitik: Im Wettkampf um die Gunst von Drittwellstaaten war es entscheidend, mit den Lebensmittellieferungen der USA mithalten und versprochene Hilfsleistungen einhalten zu können.

### Die Kosygin-Reformen

Breschnew und dem Politbüro war bewusst, dass angesichts sinkenden Wachstums und einer Produktivität, die im Vergleich zu den USA in der Industrie zwei- bis zweieinhalb-



Weizenernte im Staatsgut „Amginski“ in Jakutien 1968

mal niedriger, in der Landwirtschaft sogar viermal niedriger lag, mehr Konsum nur über eine neue „industrielle Revolution“ zu erreichen wäre: Die ganze Ökonomie musste von extensiver Rohstoffnutzung auf ein intensives Wachstum umgestellt werden, sprich: Auch die UdSSR hatte nicht unendliche Ressourcen, die immer weiter ausgebeutet werden konnten, sondern die vorhandenen mussten effizienter genutzt werden.

Insofern bestand im Politbüro Einigkeit über Ursachen und Ziele, aber der Weg dorthin war zwischen Breschnew und Regierungschef Kosygin sehr umstritten. Schließlich setzte sich Kosygin durch, dessen Reformen das Zentralkomitee im September 1965 verabschiedete: Unter den Parolen „kreative Eigeninitiative“, „Verantwortungsgefühl“ und „materielle Anreize“ sollten die Betriebe mehr Spielraum beim Einsetzen ihrer Mittel erhalten und dazu angehalten werden, kostendeckend zu arbeiten. Moskau gab nur noch die Planzahlen vor; wie die Produktion organisiert wurde und die zugeteilten Mittel einzusetzen waren, sollte Sache des jeweiligen Betriebes sein. Damit ging einher, dass die Betriebe Rücklagen für Investitionen, Lohnzuschüsse und soziale Maßnahmen bilden durften. Bis zu einem gewissen Grad konnten sie selbst entscheiden, wie sie ihre Angestellten entlohnten, die einen Anreiz erhalten sollten, Verant-

wortung zu übernehmen und effizienter zu arbeiten. Zur Umsetzung dieser Jahrhundertreform, die als dritt wichtigste nach der NÖP und dem Ersten Fünfjahrplan galt, wurde eine Kommission eingesetzt. Zum 1. Januar 1966 wurden 43 Betriebe umgestellt, 1968 waren es 54 Prozent der Unternehmen, die nach dem Kostendeckungsprinzip arbeiteten. Doch bis Anfang der 1970er-Jahre hatte sich die Reform erschöpft: Wie sollte ein Betrieb Gewinn erzielen und Kosten selbst kalkulieren, wenn sowohl die Ressourcen, die er beziehen durfte, als auch der Preis der Ware staatlich festgelegt waren? Zudem nutzten die meisten Betriebe die Überschüsse ausschließlich, um den Arbeiterinnen und Arbeitern mehr Lohn zu zahlen, ohne dass die Produktivität stieg, Kosten gesenkt oder neue Technologien eingeführt wurden. Die Probleme waren und blieben seit den 1930er-Jahren die gleichen: Teure ausländische Technik wurde nicht montiert, sondern verrottete, Fabriken wurden erst mit so vielen Jahren Verspätung in Betrieb genommen, dass ihre Produktion schon veraltet war, fertige Produktionsstraßen hatten so viele Mängel, dass sie gleich in Reparatur gehen mussten, Ministerien kauften Ware für Devisen im Ausland, obwohl sie eine Lizenz hatten, sie selbst herzustellen, Parteiführer bauten willkürlich Kulturpaläste, Sportarenen und Schwimmbäder, anstatt Wohnraum zu schaffen. Doch das offensichtliche Strukturproblem wurde von Breschnew und dem Politbüro ausschließlich als persönliches Fehlverhalten angeprangert: „Wenn die Ministerien und Unternehmensführungen die nötige Parteidisziplin und Prinzipienfestigkeit an den Tag legten und ihre Aufgabe als Parteiführer richtig verstanden, gäbe es diese Probleme nicht.“

### Lebensgefühl der 1970er-Jahre

Der idealtypische Homo sowjeticus der Siebzigerjahre ging seiner Arbeit nach, widmete sich in seiner Freizeit der Familie, verfügte über eine Anderthalb- oder Zweizimmerwohnung in einer Neubausiedlung mit Zentralheizung und Bad, über ein SpARBuch, kaufte sich nach und nach einen Plattenspieler, einen Fernseher etwa der Marke „Junost“, einen Kühlschranks „Saratow“ oder „Minsk“, eine Waschmaschine und einen Staubsauger. Er stand geduldig Schlange beim täglichen Einkauf, wartete ewig auf einen Telefonanschluss oder gar auf einen Lada, der als Fiat-Lizenz in der Stadt Togliatti produziert wurde. Die beiden dreitägigen Staatsfeiern zum 1. Mai und 7. November feierte er im Freundeskreis mit Lachs, Torte und reichlich Wodka. Außerdem feierte er, je nach Profession, den „Tag des Fischers“, den „Tag des Eisenbahners“ oder den „Tag des Lehrers“. Seinen Sommerurlaub verbrachte er entweder in einer bescheidenen hölzernen Datscha in der Freizeitkolonie, oder er vergnügte sich während seiner Familienausflüge mit Angeln. Für Leute aus der Provinz war ein Aufenthalt in Moskau, möglichst mit einer Aufführung des Balletts „Schwanensee“ im Kongresspalast, oder in Leningrad mit Besuch in der Eremitage ein besonderes Erlebnis. Seltener kam es zu einem Urlaub auf der Krim oder im Kaukasus und als Höchstgenuss zu einer Reise nach Ungarn, in die ČSSR oder die DDR – selbstverständlich in einer gut kontrollierbaren Gruppe.

Die Siebzigerjahre waren die ruhigste, besser gesagt die einzig relativ ruhige Zeitspanne in der Geschichte der Sowjetunion. Die Menschen erhielten mehr Freiräume und Konsummöglichkeiten als früher, während die ideologische Mobilisierung immer lascher wurde. Gleichzeitig kostete es das System enorme Summen und Anstrengungen, diese heute nostalgisch betrachtete Stabilität aufrechtzuerhalten. [...]

György Dalos, *Lebt wohl Genossen! Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, hg. von Christian Beetz und Olivier Mille, deutsche Bearbeitung von Elsbeth Zylla, Verlag C. H. Beck oHG, München 2011, S. 10f.

### Lohnreform, Rentenreform und Wohnungsbau

Zum 1. Januar 1968 beschloss das ZK eine Lohn- und Rentenreform, die Breschnew mit den Worten pries, noch nie sei so viel Geld bereitgestellt worden, um den Lebensstandard der Menschen zu erhöhen. Der Mindestlohn wurde von 30 auf 60, in einigen Branchen auf 70 Rubel angehoben und für alle Arbeiterinnen und Arbeiter der Urlaubsanspruch von zwölf auf 15 Tage erhöht. Gleichzeitig wurde die Fünf-Tage-Woche eingeführt und das Rentenalter nun auch für Kolchosbauern und -bäuerinnen auf 60 bzw. 55 Jahre gesenkt. Die nächste

### Einkommen in der UdSSR 1972 (Rubel im Monat)

Bauern	88,4
Arbeiter und Angestellte in Gesundheit und Erziehung	96,2
Büroangestellte	107,9
Fabrikarbeiter	130,0
Techniker	169,0
Universitätsdozent	300,0-350,0
Professor	325,0-525,0
Institutsdirektor	500,0-700,0
Assistent beim Politbüro	540,0
Erster Sekretär der KP einer Republik	810,0
Marschälle und Akademiemitglieder	1000,0 und höher

Hans-Heinrich Nolte, *Kleine Geschichte Russlands*, Philipp Reclam jun. GmbH Co, Stuttgart 2003, S. 337

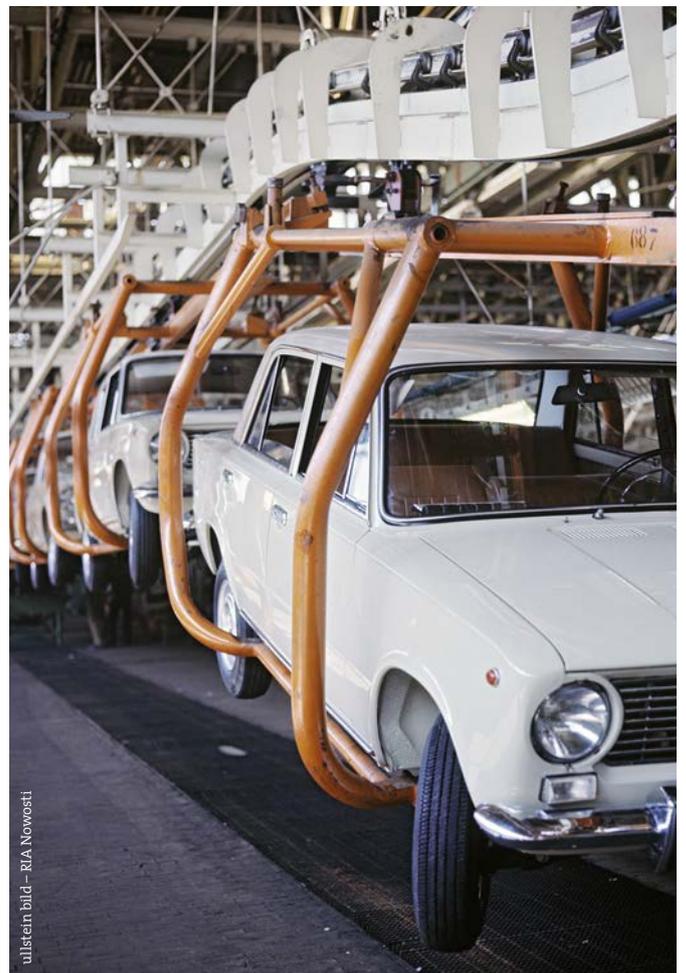


Wohnkultur: Stolz auf den erreichten Lebensstandard dokumentiert diese Aufnahme einer idealtypischen Wohnzimmereinrichtung von 1975.

Lohnerhöhung kündigte Breschnew bereits auf dem Märzplenum 1971 an: Im Laufe des 9. Fünfjahrplans (1971-1975) sollte der Mindestlohn auf 70 Rubel und der Durchschnittslohn auf 148 Rubel, für Kolchosangestellte auf 100 Rubel steigen und sich bis 1991 nicht ändern. Auch die Mindestrenten für Arbeiter und Bauern sollten erneut wachsen. Breschnew forcierte auch den Wohnungsbau weiter – bis 1975 sollten 575 Millionen Quadratmeter Wohnraum geschaffen werden. Allerdings hatten 1980 nur 80 Prozent aller Familien eine eigene Wohnung, während sich 20 Prozent weiterhin Kommunalwohnungen teilten. Zum Ende der Sowjetunion lag die Wartezeit für eine Wohnung bei acht Jahren. 1976 bestand die typische 50-Quadratmeter-Wohnung aus zwei Zimmern, Küche und Bad. Damit hatte eine Person im russischen Teil des Landes durchschnittlich 8,3 Quadratmeter zur Verfügung, halb so viel wie Menschen in Westeuropa. Auf dem Land besaßen 1985 erst zehn Prozent aller Häuser ein Badezimmer und fließend Wasser.

### Autos für den Sowjetmenschen

Hatte Chruschtschow 1959 in den USA erklärt, das Automobil sei nichts für den Sowjetmenschen, der besser Bus und Bahn fahre, war Breschnew, selbst ein Autonarr, ganz anderer Meinung. Er reanimierte die Vision der 1930er-Jahre, nach der ein Auto Fortschritt und Zukunft bedeutete. Neu war, dass jetzt nicht nur die Stachanow-Arbeiter, sondern alle Sowjetmenschen ein Auto haben sollten. Breschnew schwärmte: „Ein Mädchen, das heiratet, bekommt von seinen Eltern nicht eine Truhe mit Wäsche und Geschirr, sondern ein Auto – die moderne Mitgift.“ Das 1965 gegründete Autoministerium vereinbarte, neben vielen anderen Abkommen mit westlichen Firmen, 1966 mit Fiat für 900 Millionen Dollar den Bau einer Fabrik an der Wolga. Seit 1974 rollten dank der Kooperation mit Fiat im Autowerk Toljatti 660 000 Ladas im Jahr vom Band. Auch wenn die Wartezeiten für ein Auto legendär waren, eine Ar-



Autos für die Sowjetmenschen: In einem Autowerk in der Stadt Toljatti rollen in den 70er-Jahren PKWs der Marke Lada vom Band.

**PKWs pro 1000 Einwohner 1977**

Sowjetunion	USA & BRD	DDR
50	500	206

beiterin oder ein Arbeiter 20 Monatslöhne investieren musste und die Autodichte in der Sowjetunion (1977 fünf Millionen PKWs auf 270 Millionen Menschen) die dünnste im Ostblock blieb, veränderte das Auto das soziale und kulturelle Leben der Sowjetmenschen. Mit dem Auto konnte man auf die Datscha fahren, Defizitprodukten hinterherjagen, Kartoffeln klauen oder schwarz Taxifahrten anbieten. Da die Autos ständig wartungsbedürftig waren und es viel zu wenige Werkstätten gab, wurde es zum neuen – männlichen – Volkshobby, abends und am Wochenende am Auto zu schrauben.

Die neue individuelle Bewegungsfreiheit wird auch als „Kleiner Deal“ zwischen Partei und Bevölkerung bezeichnet: Die Partei schuf neue Freiräume für Freizeitgestaltung und kleine Privatgeschäfte, die Bürgerinnen und Bürger verhielten sich dafür loyal.

**Neue Utopien und Legitimationsverlust****Der Weltkriegskult seit 1965**

Wie Chruschtschow stand auch Breschnew unter dem Druck, die Sowjetunion nach Stalin neu zu legitimieren und neue Identifikationsangebote zu schaffen. Eine Maßnahme war, den Kult um den „Großen Vaterländischen Krieg“ neu zu beleben. Diesmal richtete sich der Kult aber nicht auf Stalin, sondern auf die gesamte Bevölkerung: Jede Frau und jeder Mann hatte dazu beigetragen, die Heimat zu verteidigen und Europa von Hitler zu befreien. Dieser neue Gründungsmythos bot gegenüber der Oktoberrevolution den großen Vorteil, dass tatsächlich nahezu alle Menschen mit diesem Ereignis Erinnerungen verbanden, es erst zwei und nicht fünf Jahrzehnte zurücklag und viel weniger ideologisch aufgeladen war. 1965 wurde der 9. Mai als Tag des Sieges erstmals zum arbeitsfreien Tag erklärt. Seit 1967 bekamen insgesamt 13 Städte den Titel „Heldenstadt“ verliehen. An allen größeren Kampforten wurden „Gräber des unbekanntenen Soldaten“ eingeweiht, es wurden Museen mit Dioramen eröffnet, die heroische Schlachtszenen zeigten, und monumentale Skulpturen zu Ehren von Volk und Sieg errichtet, wie 1967 die 85 Meter große Statue der „Mutter Heimat ruft“ in Wolgograd.



Die Statue der „Mutter Heimat“ auf dem Mamajew-Hügel in Wolgograd, früher Stalingrad, errichtet 1967, glorifiziert das Gedenken an den Sieg der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg.

Einerseits war der Weltkriegskult sehr erfolgreich und wurde bald Bestandteil des Alltagslebens vieler Menschen – bis heute legen Brautpaare Blumen am Grab des unbekanntenen Soldaten nieder. Andererseits gelang es der Partei nicht, sich als unverzichtbarer Teil dieser Siegesgeschichte darzustellen – der Kult lebte auch ohne sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion weiter. Problematisch war er dort, wo er der Jugend ein Schuldgefühl gegenüber der älteren Generation vermittelte. Ins Lächerliche kippte er seit 1976, als sich Breschnew, der im Krieg einfacher Politkommissar gewesen war, zum Marschall ernennen und in seinen Memoiren „Kleines Land“ 1978 als Weltkriegsheld feiern ließ.

### Der Bau der Baikal-Amur-Magistrale (1974-1985)

Während Breschnew einerseits auf Konsum und eine Anhebung des Lebensstandards setzte, versuchte er andererseits an den Enthusiasmus und Pioniergeist der 1930er-Jahre anzuknüpfen. Wie Chruschtschow mit der Neulandkampagne wollte auch er eine Utopie Wirklichkeit werden lassen und ferne, öde Gegenden zivilisieren. Exakt 20 Jahre nach dem Start der Neulandkampagne verkündete Breschnew 1974 den Bau einer Entlastungsstrasse für die Transsibirische Eisenbahn, die Baikal-Amur-Magistrale (BAM). Der propagandistische Aufwand war enorm: Wieder wurden junge Männer und Frauen aufgerufen, das Abenteuer des sowjetischen Aufbaus in Sibirien zu suchen, verpflichteten sich Arbeitskollektive, nur für die BAM zu produzieren, entwarfen Künstler Plakate und verfassten Schriftsteller Romane und Erzählungen. Die BAM wurde als sowjetischer „melting pot“ propagiert, der die verschiedenen Ethnien der Sowjetunion zu einem harmonischen Arbeitskollektiv verschmolz. Doch das Ergebnis war niederschmetternd: Statt neuem Aufbruchgeist brachte die BAM für

Saisonarbeiter die Möglichkeit, schnelles Geld zu verdienen, statt Verständigung zwischen den Völkern gab es strukturelle Benachteiligungen und fremdenfeindliche Ausschreitungen, statt der Suche nach dem privaten Glück kam es vermehrt zu Vergewaltigungen der wenigen Frauen, die sich auf das „Abenteuer BAM“ eingelassen hatten.

### Der Kampf gegen Abweichung und Dissens

Es ist zu vereinfachend und letztlich falsch, von einer Restalinisierung unter Breschnew zu sprechen. 1969 sprach er sich auf einer ZK-Sitzung eindeutig dagegen aus, erneut die Methoden der Angst und „brutalen Administrierung“ anzuwenden: Diese Zeiten seien vorbei. Gleichzeitig unterband er die noch unter Chruschtschow möglichen freieren Diskussionen und die Thematisierung „heikler“ Themen. Der KGB verstand sich wie unter Chruschtschow als „Erziehungsbehörde“, die ein abgestuftes System von Instrumentarien einsetzte: vom „prophylaktischen Gespräch“ mit dem Delinquenten über die „Abschreckung“ durch Schmutzkampagnen in der Presse oder Verlust des Arbeitsplatzes bis hin zu Haft, Zwangsunterbringung in der Psychiatrie, Verbannung und Exil.

Als Geburtsstunde des Dissenses gilt die Verhaftung der Publizisten Andrei Sinjawski (1925-1997) und Juli Daniel (1925-1988) 1965, die im Ausland unter Pseudonymen Satiren auf die Sowjetunion publiziert hatten. Als ihnen Anfang 1966 ein Schauprozess wegen des „tamizdats“ (im Ausland auf Russisch verlegte, in die Sowjetunion zurück geschmuggelte Werke) gemacht wurde, fürchteten Angehörige und Freunde eine Rückkehr zu Stalins Zeiten und organisierten verschiedene Protest- und Solidaritätsbekundungen, mit denen sie die Einhaltung der sowjetischen Gesetze forderten. Im Vorfeld des XXIII. Parteitag im Frühjahr 1966 richteten 25 Intellektuelle und



Der Bau der Baikal-Amur-Magistrale in Ostsibirien, ein gigantisches Bauvorhaben, soll den Pioniergeist der Aufbaugeneration wiederbeleben.



AP Photo

Die Schriftsteller Juli Daniel und Andrei Sinjowski (Bildvordergrund) müssen sich am 18. Februar 1966 vor dem Obersten Gericht der Sowjetunion in Moskau wegen antisowjetischer Propaganda verantworten. Sie werden für schuldig befunden und zu sieben bzw. fünf Jahren Arbeitslager verurteilt.

Gelehrte einen Brief an das Parteipräsidium, in dem sie vor einer Rehabilitierung Stalins warnten. Sie bezeichneten sich selbst als „Unterstützer“ oder „Unterzeichner“ von Petitionen, nicht als „Dissidenten“, wie sie im Westen genannt wurden. Sie beriefen sich auf sowjetische Gesetze, wenn sie argumentierten, Auslandspublikationen seien nicht verboten, Gerichtsverhandlungen öffentlich und die freie Meinungsäußerung durch die Verfassung von 1936 gedeckt. Am 5. Dezember 1966 versammelten sich einige Dutzend am Puschkindenkmal in Moskau zu einer Schweigedemonstration, um die Einhaltung der Verfassung anzumahnen. Als 1968 die UNO das Jahr der Menschenrechte ausrief, gründeten sie im Selbstverlag (russ.: *samizdat*) die Zeitschrift „Chronik der laufenden Ereignisse“, die aus den Gerichtssälen von den politischen Prozessen und über die Haftbedingungen in den Lagern, Gefängnissen und Psychiatrien berichtete. Obwohl zwischendurch die gesamte Redaktion verhaftet wurde, erschien die „Chronik“ bis 1983 in 63 Nummern. Samizdat entwickelte sich in den 1960er- und 1970er-Jahren zu einer eigenen, unzensierten, inoffiziellen Kultur, in der verbotene Gedichte, Romane, religiöse Texte, politische Pamphlete und vieles mehr zirkulierten.

Die „Dissidenten“ umfassten ein Spektrum höchst unterschiedlicher Gesinnungen: von dem antisowjetischen wie auch antiwestlichen Solschenizyn, der 1970 den Literaturnobelpreis erhalten hatte und für die Veröffentlichung seines Werks „Archipel Gulag“ im Tamizdat 1974 ausgewiesen wurde, bis hin zum prosowjetischen Vater der sowjetischen Atombombe Andrei Sacharow (1921-1989), der wegen seines Manifests „Gedanken über den Fortschritt, die friedliche Koexistenz



ulstein bild - AP

Der Atomphysiker Andrei Sacharow, hier mit seiner Frau Jelena Bonner, wird als Bürgerrechtler nach Gorki verbannt. Foto, um 1984, 1985 veröffentlicht

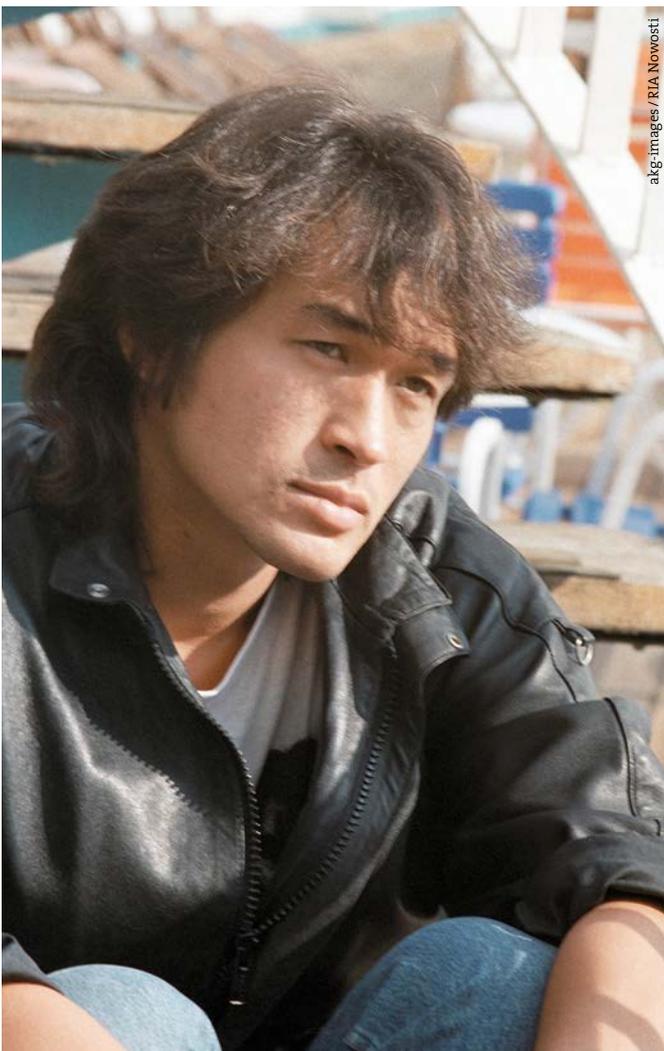
und die geistige Freiheit“ 1968 seinen Arbeitsplatz verlor, 1975 den Friedensnobelpreis erhielt und 1980 in die geschlossene Stadt Gorki verbannt wurde, aus der ihn Gorbatschow 1986 persönlich befreite.

Allerdings waren zum Amtsantritt Gorbatschows 1985 bereits die meisten Dissidenten ins ausländische Exil vertrieben, verhaftet oder verbannt worden. Wie groß ihr intellektueller Einfluss auf die Reformen Gorbatschows war, ist umstritten.

### Arbeitsverweigerer und *Underground*

ALEXANDRA OBERLÄNDER

Das 1961 verabschiedete Gesetz gegen „Parasitismus“ gab nicht nur den Behörden eine Handhabe gegen missliebige Personen, sondern diesen auch die Möglichkeit, sich auszurechnen, wie sie sich einer regulären Arbeit repressionsfrei entziehen konnten. Vor allem der gut vernetzte subkulturelle *Underground* der 1970er- und 1980er-Jahre begnügte sich oft mit einfachen Jobs als Hausmeister, Hilfsarbeiter oder Fassadenstreicher und wenig Geld, um sich in erster Linie zeitliche Freiräume zu schaffen. Inoffizielle Netzwerke sorgten für die notwendigen nachzuweisenden Stempel in den Arbeitsbüchern – nach dem Pass das wichtigste Dokument sowjetischer Bürgerinnen und Bürger. Viktor Zoy (1962-1990) etwa war an ein bis zwei Tagen der Woche Heizer in einem Leningrader Wohnblock und den Rest der Tage Rockmusiker und Frontsänger der Gruppe „Kino“.



Viktor Zoy, Solosänger der populären Rockgruppe „Kino“, wählt eine eigene Methode, um sich dem System zu verweigern.

Derartige Versuche, weniger zu arbeiten, waren allerdings kein Privileg des subkulturellen *Undergrounds*. Viele Menschen richteten sich ihre Nischen in der sowjetischen Arbeitswelt ein. Derart leisteten sich auch durchschnittliche Sowjetbürger und Sowjetbürgerinnen ihren Teil der Arbeitsverweigerung. Mittagspausen wurden genutzt, um Einkäufe zu erledigen, die oft etwas länger dauerten, da man lange in den Schlangen anstehen musste. Oder aber die Arbeitszeit selbst wurde zweckentfremdet, um illegal in die eigene Tasche zu wirtschaften. Auch die unabdingbaren persönlichen Netzwerke, die einem Ersatzteile, Kleidung, Westzigaretten oder andere Konsumprodukte besorgten, pflegte man gerne zur Arbeitszeit.

## Die Supermacht Sowjetunion

Breschnew war durch seine Zeit als formales Staatsoberhaupt 1960 bis 1963 bereits viel gereist und somit im Ausland bekannt. Seine „Eintrittskarte“ in die Welt der Außenpolitik war jedoch der Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag 1968, mit dem er sich als mächtiger, zugleich kühl kalkulierender Gegner etablierte. Dennoch war auch seine Amtszeit vorrangig von dem Ziel geprägt, einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden und zu einer Begrenzung des Wettrüstens mit den USA zu finden. Der zeitliche Schwerpunkt seiner außenpolitischen Aktivitäten lag in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre. Auf Gipfeltreffen in den USA, Frankreich und Westdeutschland traf er mit den jeweiligen Regierungschefs Richard Nixon, George Pompidou und Willy Brandt zusammen, lud sie teils auch privat zu sich auf die Krim ein und erwies sich als charmanter und witziger Gesprächspartner.

Die „Ostpolitik“ Willy Brandts, die Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts mit Westdeutschland sowie die Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen und damit der DDR im August 1970 waren für die Sowjetunion wichtige Bausteine für die Entspannung mit den USA: Die Unantastbarkeit der Grenzen machte es einfacher, sich die Hand zu reichen. Seit 1969 verhandelten sowjetische und US-amerikanische Unterhändler im Rahmen der *Strategic Arms Limitations Talks* (SALT) über eine Rüstungsbeschränkung, die 1972 (SALT I) und 1979 (SALT II) zum Abschluss kamen. Für die Sowjetunion fast noch wichtiger als die Begrenzung der Raketen waren gleichzeitig geschlossene weitreichende Wirtschaftsabkommen mit den USA, die die Lieferung von Gebrauchsgütern und Getreide sicherten. In diesem Rahmen wurde 1972 auch eine Kooperation im All vereinbart, die 1975 zum Ankoppeln einer Apollo-Rakete an das sowjetische Raumschiff Sojus führte.

### US-Importe in die UdSSR

US-Importe in die UdSSR	Waren im Wert von US-Dollar	Getreide im Wert von US-Dollar
1950	7 Mio.	
1971	162 Mio.	
1972	542 Mio.	
1973		1190 Mio.
1974		612 Mio.
		(Durchschnittswert)



Bemühung um internationale Entspannung: Im September 1971 wird Bundeskanzler Willy Brandt (vorne) von seinem Gastgeber und Verhandlungspartner Leonid Breschnew auf eine Bootsfahrt entlang der Krimküste eingeladen.



Im Oktober 1971 begrüßt der französische Staatspräsident Georges Pompidou (re.) den Parteichef der KPdSU in Paris.



1974 empfängt Leonid Breschnew US-Präsident Richard Nixon (re.) in der UdSSR. Vertrauliches Gespräch während einer Verhandlungspause im Park der Residenz Oreanda auf der Halbinsel Krim

### Deutsch-russische Beziehungen 1971 / 73

In Oreanda sprachen wir mehrmals über Stunden miteinander. Vorrangig über die bilateralen Beziehungen und Möglichkeiten europäischer Zusammenarbeit. Auch über China, das ich als Gesprächsthema angemeldet hatte, aber das unergiebig blieb. Natürlich nahmen die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und die deutsche Frage einen breiten Raum ein. Ich war beeindruckt davon, wie Breschnew – nach den auflockernden Stunden im Gästehaus des Flugplatzes und als wir uns auf den Weg hinunter zur Krim begaben – die deutsche Frage zugleich anschnitt und aus der Diskussion nahm. Als der Wagen startete, legte er seine Hand auf mein Knie und sagte: „Ich verstehe Sie, Willy Brandt, was Deutschland angeht. Aber nicht wir, Hitler ist dafür verantwortlich.“ Oder sagte er sogar, wir könnten jetzt nichts daran ändern?

Ganz unter uns wollte er wissen, ob denn der Moskauer Vertrag wohl wirklich ratifiziert werde; ein Scheitern könne einen Rückschlag um Jahrzehnte bedeuten. Es blieb nicht ohne Eindruck, daß ich offen über die schwache und fragile Mehrheit meiner Koalition sprach und hinzufügte: „Ich habe das Schicksal meiner Regierung mit der Vertragspolitik verknüpft, und dabei bleibt es.“

Das Berlin-Thema schien Breschnew loswerden zu wollen. Weder verstand er, noch wollte er verstehen, daß wir auf der Hut waren, West-Berlin nicht noch stärker vom Bund zu trennen, als es der zwischen den Siegermächten ausgehandelte Sonderstatus gebot. Das neue Viermächteabkommen war zwei Wochen zuvor, am 3. September 1971, unterzeichnet worden. Um die deutsche Übersetzung – West- oder Ostfassung! – hatte es Ärger gegeben. Breschnew wollte davon zunächst nichts hören, bedankte sich dann doch für meine Aufklärung – hinzufügend, daß ihn dieser Dank zu nichts verpflichtete. [...]

Breschnews Bonn-Besuch im Mai 1973 war von Hektik geprägt. Der Russe war in schlechter Form. Er wirkte angespannt und fahrig und schien sich in dem ihm sehr fremden Gelände nicht wohl zu fühlen. Doch das war es nicht allein. Denn wir spürten beide, daß sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erneut verschlechterten. Ein Jahr zuvor hatte Nixon in Moskau eine Grundsatzerklärung über die Beziehungen zwischen den beiden Mächten unterzeichnet. Dies bedeutete im Kern, daß die Sowjetunion als gleichberechtigte Weltmacht anerkannt wurde. [...]

Wir unterzeichneten einen Zehnjahresvertrag über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. Breschnew sang das Lied, das ich nun schon auswendig kannte. Ob wir uns nicht daran beteiligen wollten, die gewaltigen sowjetischen Natur-schätze, vor allem in Sibirien, zu erschließen? Nicht nur Erdgas und Kohle, auch wichtige Erze warteten auf uns, und nirgends sonst lägen so reiche Holzvorräte. Gewiß, so Breschnew, seien die Systeme verschieden: „Bei uns kann man Befehle erteilen, bei Ihnen ist das anders. Aber trotzdem, wenn die führenden Persönlichkeiten die Impulse geben, werden auch die Geschäftsleute beginnen, in anderen Kategorien zu denken. Ich bin, mit meinen Leuten, auf eine kühnere Perspektive vorbereitet.“

Willy Brandt, Erinnerungen. © 1989 Ullstein Buchverlage GmbH Berlin, S. 209 ff.



ulstein bild - CTK / Libor Hájský

*Im August 1968 bereiten sowjetische Truppen und ihre Verbündeten aus den sozialistischen Bruderstaaten dem Experiment des Prager Frühlings ein gewaltsames Ende. Trotz des Einmarsches in Prag sind die westlichen Länder bereit, sich weiter der Sowjetunion anzunähern und die ČSSR als „blockinterne Angelegenheit“ zu betrachten.*

### **Prager Frühling und Breschnew-Doktrin**

Breschnew pflegte zu den Ersten Sekretären der Warschauer-Pakt-Staaten ein Verhältnis wie zu den Vorsitzenden der Unionsrepubliken: Er sah sich als freundschaftlich verbundenen Patron, der das Recht und die Pflicht hatte, seinen „Schutzbefohlenen“ mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das galt zunächst auch für die Beziehung zu Alexander Dubček (1921-1992), der im Januar 1968 neuer Vorsitzender der KP der Tschechoslowakei (ČSSR) geworden war und bald Reformen einleitete. Zwar vermied es Dubček tunlichst, die Mitgliedschaft im Warschauer Pakt in Frage zu stellen. Aber die nun von der Zensur befreite Presse seines Landes forderte, die Verteidigungsstrategie müsse überdacht, stalinistische Verbrechen aufgeklärt und die Freundschaft mit der Sowjetunion hinterfragt werden. Am 21. August marschierten Warschauer-Pakt-Truppen in der Tschechoslowakei ein. In der Forschung wird eine Vielzahl von Gründen dafür angeführt: Die Angst vor dem Überspringen des reformatorischen Funkens auf die Sowjetunion und andere „Bruderstaaten“, die „historische Pflicht“ zu verteidigen, was im Zweiten Weltkrieg mit so vielen menschlichen Opfern erkaufte worden

war, die strategische Bedeutung der ČSSR im Rahmen des Kalten Krieges und der Druck, der auf Breschnew lastete, kein Land „verlieren“ zu dürfen.

Die zur Rechtfertigung verbreitete Formel, die Selbstbestimmung der Warschauer-Pakt-Staaten ende dort, wo die Interessen des Verteidigungsbündnisses bedroht seien, wurde im Westen als „Breschnew-Doktrin“ bezeichnet. Sie war im Grunde als Handlungsmaxime nicht neu. Seit Berija und den Unruhen in der DDR 1953 sowie Chruschtschow und den Aufständen in Polen und Ungarn 1956 galt der Verlust eines Bündnispartners als größter anzunehmender Unfall.

Die Breschnew-Doktrin war ein weiterer Grund für China, auf Distanz zur Sowjetunion zu gehen. Breschnews anfängliche Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Peking trugen keine Früchte, zumal das Politbüro in Moskau seinerseits die Exzesse der chinesischen „Kulturrevolution“ mit Argwohn beobachtete. Beide Mächte konkurrierten zudem im Vietnamkrieg (1955-1975) darum, wer mehr Hilfe für und Einfluss auf die nordvietnamesischen Kräfte geltend machen konnte.

### „Warschauer Brief“ vom 15. Juli 1968

Aus einem Schreiben der Kommunistischen Parteien Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der UdSSR an das ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei

[...] Der gesamte Verlauf der Ereignisse in Ihrem Lande während der letzten Monate läßt keinen Zweifel daran, daß die von den imperialistischen Zentren unterstützten Kräfte der Konterrevolution eine breitangelegte Offensive gegen die sozialistische Ordnung entfaltet haben, ohne auf die erforderliche Zurückweisung von seiten der Partei und der Volksmacht zu stoßen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich in diese Ereignisse in der Tschechoslowakei die Zentren der internationalen Reaktion eingeschaltet haben, die alles unternehmen, um die Atmosphäre anzuheizen, zu komplizieren und die in dieser Richtung das Vorgehen der antisozialistischen Kräfte inspirieren.

Die bürgerliche Presse geizt nicht mit Worten des Lobes für die „Demokratisierung“ und „Liberalisierung“ in der CSSR und hetzt zugleich gegen die sozialistischen Bruderländer. Besondere Aktivität entwickeln die herrschenden Kreise der westdeutschen Bundesrepublik, die die Ereignisse in der Tschechoslowakei auszunutzen versuchen, um Zwietracht zwischen den sozialistischen Ländern zu säen, die DDR zu isolieren und ihre revanchistischen Absichten zu verwirklichen.

Seht Ihr denn diese Gefahr nicht, Genossen? Kann man denn in dieser Situation passiv bleiben, sich nur auf Deklarationen und Versicherungen der Treue zum Sozialismus und zu den Bündnisverpflichtungen beschränken, ohne konkrete Schritte zu unternehmen? Seht Ihr denn nicht, daß Euch die Konterrevolution eine Position nach der anderen entreißt, daß die Partei die Kontrolle über den Verlauf der Ereignisse verliert und immer mehr vor dem Druck der antikommunistischen Kräfte zurückweicht? [...]

Nach unserer Überzeugung ist eine Situation entstanden, in welcher die Bedrohung der Grundlagen des Sozialismus in der Tschechoslowakei die gemeinsamen Lebensinteressen der übrigen sozialistischen Länder gefährdet. Die Völker unserer Länder würden uns ein gleichgültiges und sorgloses Verhalten zu einer solchen Gefahr niemals verzeihen. [...]

Der Fall CSSR. Strafaktion gegen einen Bruderstaat, hg. von der Redaktion der Fischer Bücherei unter Mitarbeit des Südwestfunks, Baden-Baden, Redaktion Klaus Kamberger, Frankfurt a.M./Hamburg 1968, S. 129 f.

### Telefongespräch zwischen Breschnew und Dubček am 13. August 1968

Dubček: Letztes Mal habe ich Ihnen alles gesagt, und jetzt kann ich nur das wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe, dass wir das Plenum einberufen, dass man das Plenum vorbereiten muss, dass man dafür Zeit braucht. Wenn Sie glauben, dass wir Sie betrügen, dann ergreifen Sie jene Maßnahmen, die Sie für richtig halten. Das ist Ihre Sache.

Brežnev: Siehst du, Sascha, die Maßnahmen, die wir für richtig halten, werden wir sicherlich ergreifen. Und du sagst richtig, dass es unsere Sache ist. Aber zumal es nicht nur unsere, sondern auch eine gemeinsame Sache ist, wäre es für uns leichter, jene Maßnahmen zu ergreifen. Wenn du und deine Genossen ehrlicher wäret und sagen würdet, welche Maßnahmen es sind, die ihr von uns erwartet.

Dubček: Wir können alle Fragen mit eigenen Kräften lösen, aber wenn Sie glauben, dass man Maßnahmen ergreifen muss, bitte, ergreifen Sie diese.

Brežnev: Ich frage Dich ja nicht, warum du diese oder jene Frage nicht gelöst hast, ich frage dich etwas anderes, Sascha, wann du das zu lösen glaubst, was wir vereinbart haben.

Dubček: Aber Sie fragen mich nicht, Sie machen mir einen Vorwurf.

Brežnev: Ich mache Dir keinen Vorwurf, sondern ich stelle fest, dass sich nach unseren Beratungen nichts verändert hat, dass wir keine konkreten Aktionen sehen, die auf die Umsetzung der zwischen uns bestehenden Vereinbarungen abzielen würden. Und wenn dem so ist, dann steigt unsere Besorgnis. Uns scheint, dass ihr uns einfach betrügt und überhaupt nicht erfüllen wollt, was wir sowohl mit dir unter vier Augen als auch in den Vierer-Beratungsgesprächen vereinbart haben. Aber wenn Du sagst, dass du alle in Čierná nad Tisou vereinbarten Fragen beim nächsten Plenum löst, dann mildert das natürlich etwas unsere Zweifel. Ich sage nicht, dass sie verschwinden, aber sie werden gemildert, wir sind ja gewohnt, dir zu glauben, wir sehen dich als Führer der Bruderpartei, zu der wir ein großes Vertrauen haben.

Dubček: Ich würde jede andere Arbeit annehmen. Ich klammere mich nicht an diesen Posten. Soll sich doch irgendjemand anderer damit beschäftigen, soll doch jemand anderer Erster Sekretär des ZK der KPČ werden, ich kann nicht mehr ohne jegliche Unterstützung und unter ständigen Angriffen arbeiten.

Brežnev: Sascha, ich möchte dir aufrichtig sagen, dass all diese Schwierigkeiten, von denen du sprichst, ihr euch selbst geschaffen habt. [...] Wir haben euch diese Probleme nicht beschert. Ihr seid es, die alles gelockert, die Macht verloren habt und nun klagt. Und es tut mir sehr leid, dass du unser Gespräch als Angriff und nicht als Unterstützung verstehst. Sieh das als eine Unterstützung, was ich dir jetzt sage. Das ist kein Angriff gegen dich.

Dubček: Leonid Il'ič, ich bitte Sie, sagen Sie mir: Was soll ich denn tun?

Brežnev: Es fällt mir schwer, dir Ratschläge zu erteilen. Aber ich will dir sagen, wenn du allein bleiben wirst, wenn du zwischen Linken und Rechten schwanken wirst, bringst du nichts zustande. Ohne [Partei-]Aktiv bringst du nichts zustande. Um dich herum gibt es viele enge Genossen, gute Menschen, gute Kommunisten.

Du, Sascha, schau dich aufmerksam um. Ich will dir keine Namen nennen, aber du kennst Menschen, auf die du dich ohne Bedenken verlassen könntest, und mit ihrer Unterstützung würdest du alle Probleme lösen. Ich sage dir noch einmal, dass ich dir mit dieser Unterredung, mit diesem Gespräch aus ganzem Herzen helfen möchte.

Jetzt kommen wir alle miteinander aus: sowohl unsere Partei als auch die Bruderparteien des Treffens in Bratislava und der Dokumente der Konferenz in Bratislava. Ich habe dir ganz herzlich, offen und direkt alle unsere Zweifel geäußert. Wir fordern nichts Großes. Lass uns doch das erfüllen, was wir vereinbart haben, kein Gramm mehr. Und auf deine Frage, was du tun solltest, kann ich dir eine Antwort geben. Wenn du einen Streit zwischen uns verhindern möchtest, lass uns doch das erfüllen, was wir vereinbart haben. Lass uns den rechten Kräften eine gebührende kommunistische Abfuhr erteilen. Man muss ihnen einen Schlag vor dem Parteitag versetzen. Einen solchen Schlag, von dem sie sich nicht erholen würden, und nur in diesem Fall wird die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei mit einem ungetrübten Ansehen den Parteitag betreten.

Mitschnitt eines Telefonats zwischen Breschnew und Dubček am 13. August 1968, in: Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968. Band 2: Dokumente, hg. v. Stefan Karner, Natalja Tomilina, Alexander Tschubarjan u. a., Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien 2008, S. 329 ff., hier S. 339

### Erklärung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 21. August 1968

TASS ist bevollmächtigt zu erklären, daß sich Persönlichkeiten der Partei und des Staates der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt haben, dem tschechoslowakischen Brudervolk dringend Hilfe, einschließlich der Hilfe durch bewaffnete Kräfte, zu gewähren. Dieser Appell wurde ausgelöst, weil die in der Verfassung festgelegte sozialistische Staatsordnung durch konterrevolutionäre Kräfte gefährdet wurde, die mit den dem Sozialismus feindlichen äußeren Kräften in eine Verschwörung getreten sind. [...]

Die weitere Zuspitzung der Situation in der Tschechoslowakei berührt die Lebensinteressen der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, die Interessen der Sicherheit der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Die Gefahr für die sozialistische Ordnung in der Tschechoslowakei ist gleichzeitig auch eine Gefahr für die Grundfesten des europäischen Friedens. [...]

Sowjetische Militäreinheiten haben gemeinsam mit Militäreinheiten der genannten verbündeten Länder [Bulgarien, DDR, Ungarn und Polen] am 21. August 1968 das Territorium der Tschechoslowakei betreten. [...]

Die Bruderländer stellen jeder beliebigen Bedrohung von außen fest und entschlossen ihre unerschütterliche Solidarität entgegen. Niemals und niemandem wird es gestattet sein, auch nur ein Glied aus der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten herauszubrechen.

Der Fall CSSR. Strafaktion gegen einen Bruderstaat, hg. von der Redaktion der Fischer Bücherei unter Mitarbeit des Südwestfunks, Baden-Baden, Redaktion Klaus Kamberger, Frankfurt a.M. / Hamburg 1968, S. 13 f.

### „Begrenzte Souveränität sozialistischer Staaten“ („Breschnew-Doktrin“)

Die Völker der sozialistischen Länder, die kommunistischen Parteien haben die uneingeschränkte Freiheit und sie müssen sie haben, die Entwicklungswege ihres Landes zu bestimmen. Jedoch darf keine Entscheidung von ihrer Seite entweder dem Sozialismus in ihrem Land oder den Grundinteressen der anderen sozialistischen Länder [...] Schaden zufügen. [...] Man kann die Interessen einzelner sozialistischer Länder nicht den Interessen des Weltsozialismus, der revolutionären Bewegung der Welt entgegenstellen. W. I. Lenin forderte von allen Kommunisten „gegen die klein nationale Beschränktheit, Abgeschlossenheit und Isolation zu kämpfen, für die Berücksichtigung des ganzen und allgemeinen, für die Unterordnung der Interessen des Teils unter die Interessen der Gesamtheit“. [...]

Die sozialistischen Staaten achten die demokratischen Normen des Völkerrechts. [...] Nach marxistischer Auffassung können jedoch die Rechtsnormen, darunter auch die Normen der gegenseitigen Beziehungen der sozialistischen Länder, nicht rein formal, aus dem allgemeinen Klassenkampf der Gegenwart gelöst, ausgelegt werden. [...]

Die Schwächung eines Gliedes des Weltsystems des Sozialismus wirkt sich direkt auf alle sozialistischen Länder aus, die sich demgegenüber nicht gleichgültig verhalten können.

S. Kowaljow, „Souveränität und internationale Pflichten der sozialistischen Länder“, in: Prawda (Moskau) 26.9.1968. Übersetzung aus: Presse der Sowjetunion, 1968, H. 120, S. 3-5

### Verkündung der „Breschnew-Doktrin“

Aus einer Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew, auf dem V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 12. November 1968

[...]

Die Hauptbemühungen des Imperialismus in seinem Kampf gegen uns sind gerade auf die Trennung der sozialistischen Länder gerichtet, seine Kalkulationen setzen eine Schwächung unserer Einheit voraus. Die Solidarität unserer Länder bedeutet hingegen Schläge für die Hoffnungen unserer Feinde. [...]

Die sozialistischen Staaten setzen sich für die strikte Beachtung der Souveränität aller Länder ein, und wir wenden uns nachdrücklich gegen die Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, gegen die Verletzung ihrer Souveränität.

Für uns Kommunisten ist dabei die Festigung und der Schutz der Souveränität der Staaten von besonders großer Bedeutung, die den Weg des sozialistischen Aufbaus beschritten haben. Die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion trachten danach, die Völker einmal des einen und dann des anderen sozialistischen Landes ihres erkämpften souveränen Rechts zu berauben, den Aufstieg ihres Landes, das Wohlergehen und das Glück der breiten Massen der Werktätigen durch die Errichtung einer von jeder Unterdrückung und Ausbeutung freien Gesellschaft zu sichern. Und wenn das sozialistische Lager den Anschlägen auf dieses Recht gemeinsam Paroli bietet, stimmen die bürgerlichen Agitatoren ein Geschrei an über „Schutz der Souveränität“ und über „Nichteinmischung“.

Es liegt auf der Hand, daß dies reiner Betrug und Demagogie ist. Tatsächlich geht es diesen Schreihälsen nicht um die Wahrung, sondern gerade um die Vernichtung der sozialistischen Souveränität.

Es ist bestens bekannt, daß die Sowjetunion manches für die reale Stärkung der Souveränität und Selbständigkeit der sozialistischen Länder getan hat. Die KPdSU setzte sich immer dafür ein, daß jedes sozialistische Land die konkreten Formen seiner Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus unter Berücksichtigung der Eigenart seiner nationalen Bedingungen selbst bestimmte.

Aber bekanntlich, Genossen, gibt es auch allgemeine Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, und ein Abweichen von diesen Gesetzmäßigkeiten könnte zu einem Abweichen vom Sozialismus im allgemeinen führen. Und wenn innere und äußere dem Sozialismus feindliche Kräfte die Entwicklung eines sozialistischen Landes zu wenden und auf eine Wiederherstellung der kapitalistischen Zustände zu drängen versuchen, wenn also eine ernste Gefahr für die Sache des Sozialismus in diesem Lande, eine Gefahr für die Sicherheit der ganzen sozialistischen Gemeinschaft entsteht – dann wird dies nicht nur zu einem Problem für das Volk dieses Landes, sondern auch zu einem gemeinsamen Problem, zu einem Gegenstand der Sorge aller sozialistischen Länder. [...]

Boris Meissner, Die „Breschnew-Doktrin“. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“. Dokumentation, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1969, S. 78 f.



Am 1. August unterzeichnet Breschnew in Helsinki für die UdSSR die KSZE-Schlussakte, interessiert beobachtet von Süleyman Demirel (Türkei). Damit verpflichtet sich die Sowjetunion vertraglich zur Anerkennung der Menschenrechte.

unter Breschnew ab Mitte der 1960er-Jahre aktiv zu verfolgen. Nachdem sich auch der Warschauer Pakt und die NATO zum Friedensprozess bekannt hatten, konkretisierten sich Anfang der 1970er-Jahre die Planungen. Nach zweijährigen Verhandlungen unterschrieben am 1. August 1975 35 Staatsoberhäupter in Helsinki die in drei Körbe unterteilte Schlussakte. Doch während sich Korb 1 „Sicherheitsfragen in Europa“ und Korb 2 „Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt“ im Sinne der sowjetischen Delegation gestalteten, entwickelte sich Korb 3 „Zusammenarbeit auf humanitären und anderen Gebieten“ zum Problemfall, denn damit verpflichteten sich die Signatarmächte zur Einhaltung der Menschenrechte.

Im Gegensatz zur Annahme vieler Diplomaten, Helsinki werde bald vergessen sein, entwickelte Korb 3 ein Eigenleben und verschaffte der Menschenrechtsbewegung in den Warschauer-Pakt-Staaten neue, wichtige Impulse: In Moskau gründete sich im Mai 1976 die erste von zahlreichen „Helsinki-Gruppen“, die offen die Einhaltung der Menschenrechte einforderten. In der Tschechoslowakei traten Oppositionelle, ebenfalls unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte, am 1. Januar 1977 mit der Charta 77 an die Öffentlichkeit; in Polen bildete sich nach den Arbeiterunruhen von 1976 das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), das sich ebenfalls auf die in der Helsinki-Schlussakte verbürgten Rechte berief. Der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer, in den 1980er-Jahren einer der Anführer des zivilen Widerstands in der DDR, kam daher zu der Überzeugung: „1989 wäre nicht passiert, wenn es 1975 nicht gegeben hätte.“

## Die Helsinki-Schlussakte 1975

Die Idee einer „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) stammte von Molotow, der 1954 einen Nichtangriffspakt mit den USA und eine Reihe von Sicherheitsmaßnahmen vorgeschlagen hatte, die auf gegenseitigen Konsultationen basieren sollten. Was im Westen lange als reine Propaganda gewertet worden war, begann die neue Führung

## Bilanz der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ aus sowjetischer Sicht

Aus der Rede L. I. Breschnews in Helsinki am 31. Juli 1975

Die Sowjetunion betrachtet die Ergebnisse der Konferenz nicht einfach als die Abfassung der notwendigen politischen Bilanz des Zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig bedeutet sie auch ein Besinnen auf die Zukunft im Zusammenhang mit der Realität des heutigen Tages und den jahrhundertelangen Erfahrungen der europäischen Völker.

Hier in Europa haben sich Aggressoren wiederholt mit zweifelhaften Lorbeeren gekrönt, aber über sie kam der Fluch der Völker. Hier in Europa wurden Ansprüche auf Weltherrschaft zur politischen Doktrin erhoben, die dann mit dem Zusammenbruch der Staaten endeten, deren Ressourcen in den Dienst verbrecherischer menschenfeindlicher Ziele gestellt wurden.

Eben deswegen hat die Stunde geschlagen, jetzt aus den Erfahrungen der Geschichte die unvermeidlichen kollektiven Konsequenzen zu ziehen. [...]

Es wird wohl kaum jemand in Abrede stellen, daß die Ergebnisse dieser Konferenz eine sorgfältig ausgewogene Bilanz der Interessen aller Teilnehmerstaaten darstellen. Deshalb muß man sie ganz besonders umsichtig behandeln. Hinter uns liegt kein leichter Weg seit dem Vortragen der eigentlichen Idee der

Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz bis hin zu ihrem Höhepunkt, dem Abschluß dieser Konferenz auf höchster Ebene. [...]

Unserer Ansicht nach besteht das Ergebnis der Konferenz summa summarum darin, daß die internationale Entspannung in einem immer größeren Umfang mit konkretem materiellen Inhalt angereichert wird. Gerade in der Verwirklichung der Entspannung liegt der Kern der Sache, liegt der Kern all dessen, was den Frieden in Europa wirklich festigt und unerschütterlich gestalten muß. Und ganz in den Vordergrund stellen wir hierbei die Aufgabe, das Wettrüsten einzustellen und wirkliche Ergebnisse bei der Abrüstung herbeizuführen.

Es ist sehr wichtig, korrekte und gerechte Grundsätze für die Beziehungen zwischen den Staaten zu verkünden. Nicht weniger wichtig ist es, diese Grundsätze dann in den derzeitigen internationalen Beziehungen zu verwurzeln, das heißt, ihnen praktische Geltung zu verschaffen und sie zum Gesetz des internationalen Lebens zu erheben, das von niemandem übertreten werden darf. Unsere Friedenspolitik ist gerade darauf gerichtet, was wir hier von dieser Tribüne noch einmal verkünden möchten.

Hans-Adolf Jacobsen u. a. (Hg.), Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973-1978, Bd. II / 2 der Dokumente zur Außenpolitik, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1978, S. 821 ff.

## Die Politik der UdSSR in den „befreiten Ländern“ Afrikas und Asiens

[...] In vielen befreiten Ländern vollzieht sich ein komplizierter Prozeß der Polarisierung der Klassenkräfte, verstärkt sich der Klassenkampf. Das tritt auf verschiedene Art in Erscheinung. Neue fortschrittliche Veränderungen sind in der Wirtschaft und im politischen Leben der arabischen, afrikanischen und asiatischen Länder sozialistischer Orientierung eingetreten. Es gibt auch Länder, in denen die Entwicklung weiter auf dem kapitalistischen Weg vor sich gegangen ist. [...]

Die Einstellung der Sowjetunion zu den komplizierten Prozessen in den Entwicklungsländern ist klar und bestimmt. Die Sowjetunion mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Völker ein. Die Achtung vor dem unantastbaren Recht jedes Volkes, jedes Landes, seinen Entwicklungsweg zu wählen, ist ein unumstößliches Prinzip der Leninschen Außenpolitik. Allerdings machen wir aus unseren Ansichten

kein[en] Hehl. In den Entwicklungsländern wie überall stehen wir auf seiten der Kräfte des Fortschritts, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit und stehen zu ihnen als Freunde und Kampfgenossen.

Unsere Partei unterstützt die um ihre Freiheit ringenden Völker und wird sie auch künftig unterstützen. Die Sowjetunion sucht hierbei keinerlei Vorteile für sich selbst, jagt keinen Konzessionen nach, erstrebt keine politische Vorherrschaft und trachtet nicht nach Militärstützpunkten. Wir handeln so, wie es uns unser revolutionäres Gewissen, unsere kommunistische Überzeugung gebieten. [...]

XXV. Parteitag der KPdSU. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik. Berichterstatter: L. I. Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU. 24. Februar 1976, Dietz Verlag Berlin 1976, S. 16 f.

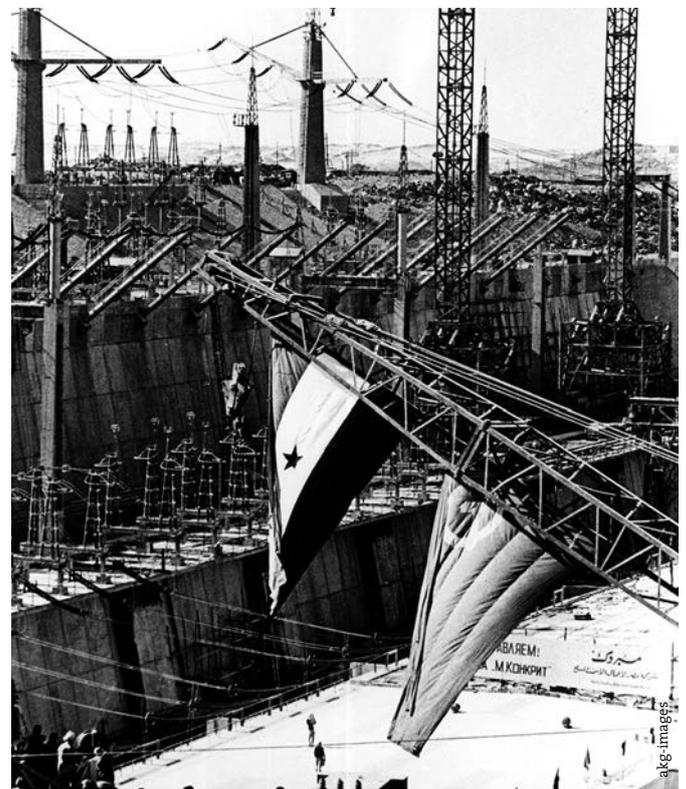
## Engagement und Stellvertreterkriege in der „Dritten Welt“

Breschnew baute aus, was Chruschtschow begonnen hatte: die Beziehungen zu Staaten in Südamerika, Afrika, im Nahen Osten und Südostasien. Die neueste Forschung zeigt, dass die Sowjetunion dabei keineswegs stets der dominante Partner war, sondern oft genug von den kleineren Ländern genötigt, gedrängt und damit erpresst wurde, man könne sich sonst auch den US-Amerikanern anschließen. Die Ideologie spielte oft keine Rolle, die Sowjetunion tolerierte es sogar mitunter stillschweigend oder nur mit formalem Protest, wenn die umworbenen Entwicklungsländer ihre kommunistischen Parteien drangsalierten, verboten und ihre Führer verhafteten oder sogar ermordeten. Auch die Lieferung von Lebensmittelhilfen, Technologie und Waffen bedeutete nicht automatisch, dass die Sowjetunion sich damit politischen Einfluss erkaufte: Obwohl Nordvietnam im Krieg 75 bis 80 Prozent seiner materiellen Hilfe aus der Sowjetunion bezog, blieb deren politischer Einfluss gering.

Am meisten Strahlkraft entwickelte die Sowjetunion jenseits von Ideologie und Utopien durch die Schwerindustrialisierung, mit der sie sich in den 1930er-Jahren in die Moderne katapultiert hatte. Auf Basis der sowjetischen Ingenieurskunst kam es zu der Kooperation zwischen Ägypten und der Sowjetunion beim (Neu-)Bau des Assuan-Staudamms (1960-1971), bevor Ägypten die sowjetischen Berater auswies und sich den USA zuwandte.

Selbst Kuba war nicht, wie lange Zeit vom Westen unterstellt, von der Sowjetunion gesteuert, als es in den 1960er- und 1970er-Jahren ganze Bataillone von Freiheitskämpfern nach Afrika entsandte. 1975 gelang es Fidel Castro durch eigene Streitkräfte, lediglich durch diplomatischen Druck der Sowjetunion unterstützt, den Kampf um den Einfluss in Angola für die kommunistische Seite und gegen die USA zu entscheiden. Angola, in das seit 1961 Hilfsgüter und Waffen der Sowjetunion flossen, zeigt allerdings, dass die „Erpressbarkeit“ der Supermächte den kleinen Ländern keineswegs immer zum Vorteil gereichte: So lange, wie alle Gruppierungen mit Waffen beliefert wurden, versank das Land in einem blutigen Bürgerkrieg.

Die Sowjetunion hütete sich davor, eigene Truppen in Krisengebiete zu entsenden, gerade wenn die Gefahr bestand,



Strahlkraft durch Technik: Der Assuan-Staudamm in Ägypten wird von 1960 bis 1971 mit sowjetischer Unterstützung erbaut.



Unterstützung von Freiheitsbewegungen: Kubanische und einheimische Kämpfer der von der Sowjetunion unterstützten MPLA zur Befreiung Angolas bei einer Schießübung im Trainingslager St. Vincente bei Cabinda 1976



Missglücktes Engagement: Im Oktober 1988 ziehen sich die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurück. Panzerkolonne an der Grenze zur Sowjetrepublik Turkmenistan.

dass dies zu einer direkten Konfrontation mit den USA führen könnte. Doch der Anspruch, in Konkurrenz mit den USA immer mehr Länder mit immer mehr Lieferungen versorgen zu müssen, überforderte die heimische (Land-)Wirtschaft. Es entstand eine Situation, die heute als „*Imperial Overstretch*“ („Imperiale Überdehnung“) bezeichnet wird: Die Ansprüche der „kontrollierten“ Territorien überstiegen die zur Verfügung stehenden Ressourcen.

### Der Militäreinsatz in Afghanistan 1979

Auch die Beziehungen zu Afghanistan begannen mit Wirtschaftshilfen, Militärberatern, Waffenlieferungen und Millionenkrediten – schon im Jahr 1955. Bis zum Sturz des Königs und der Machtergreifung der Demokratischen Volkspartei DVPA unter Nur Mohammed Taraki (1917-1979) im Frühjahr 1978 war eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit entstanden, die sich von der Förderung von Bodenschätzen über das Bildungssystem bis hin zum Tourismus erstreckte. Obwohl die DVPA seit ihrer Gründung 1965 ideell wie finanziell von Moskau unterstützt wurde, beäugte Moskau sie doch mit Argwohn. Das änderte sich auch nicht mit dem Putsch 1978, in den Moskau nicht eingeweiht gewesen war. Mit großer Skepsis und Zurückhaltung beobachtete das Politbüro, wie die innerlich gesplante Partei das Land ins Chaos stürzte und einem Terrorregime unterwarf. Die mehrfach von Taraki angeforderte Militärhilfe zur Niederschlagung von Volksaufständen lehnte Breschnew ab. Aber als Taraki im Herbst 1979 in einem weiteren Putsch von seinem Stellvertreter Hafisullah Amin (1921-1979) abgesetzt und ermordet wurde, beschloss am 12. Dezember ein kleiner Ausschuss des Politbüros, Truppen zu entsenden, um Amin abzusetzen und die Ordnung im Land wiederherzustellen. Am 25. Dezember überschritten sowjetische Truppen die Grenzen und ermordeten Amin.

Ähnlich wie beim Einmarsch in Prag wird bis heute in der Forschung debattiert, was letztlich ausschlaggebend für den Einmarsch war. Genannt werden:

- interne Kommunikationsprobleme: ein unzureichendes Wissen über die Lage, da die Orientexperten und die Militärexperten nicht gehört wurden;
- außenpolitische Erwägungen: die Einsicht und Enttäuschung, dass die Entspannungspolitik ohnehin gescheitert war angesichts des am gleichen Tag gefassten NATO-Doppelbeschlusses,

in Europa Mittelstreckenraketen zu stationieren, und angesichts der hohen Wahrscheinlichkeit, dass der US-Senat den SALT II-Vertrag ohnehin nicht ratifizieren würde;

- geostrategische Gesichtspunkte: Der Zerfall des einst unter dem Schah von den USA dominierten Irans erzeugte ein Vakuum in der Region, das der Sowjetunion gebot, wenigstens Afghanistan für sich zu sichern. Gleichzeitig drohte die Annäherung Chinas an die USA, die NATO und Japan erneut die Kräfteverhältnisse in Asien zuungunsten der Sowjetunion zu verschieben;
- eine Überschätzung der eigenen Kräfte: Die sowjetischen Erfolge in Angola 1975 und 1977/78 in Äthiopien hätten das Politbüro zu dem Glauben verführt, den eigenen Einflussbereich auf die Schnelle weiter ausdehnen zu können.

Wieder fiel der Satz wie in Ungarn 1956 und der Tschechoslowakei 1968: „Unter keinen Umständen dürfen wir Afghanistan verlieren.“ Aber anders als in Prag und vom Politbüro erwartet, brachten die sowjetischen Panzer keine Ruhe und „Ordnung“, sondern ließen die Lage vollends eskalieren. Erst zehn Jahre später zog Gorbatschow die letzten Truppen ab und hinterließ ein verwüstetes Land im Bürgerkrieg. Afghanistan trug erheblich zur Delegitimierung und Unzufriedenheit in der Sowjetunion bei, denn seit 1945 war dies der erste Krieg, in den sowjetische Soldaten entsandt wurden; 15 000 fielen, 54 000 wurden verwundet.



Nach dem Tod Breschnews im November 1982 gelangen zunächst Juri Andropow (li.) und dann Konstantin Tschernenko (M.) an die Macht. Beide sind gesundheitlich angeschlagen und sterben nach kurzer Zeit im Amt. Ihnen folgt im März 1985 Michail Gorbatschow.

SUSANNE SCHATTENBERG

## Perestrojka und Glasnost

**Mit dem Amtsantritt Gorbatschows endete die Phase politischer Stagnation, unter den Schlagworten Glasnost und Perestrojka wollte er Politik und Gesellschaft reformieren und die drückende Wirtschaftssituation bekämpfen. Doch die Völker, Regionen und Republiken des Riesenreiches nutzten die neuen Freiheiten, um ihre eigenen Autonomiebestrebungen in die Tat umzusetzen.**

Breschnew starb am 10. November 1982 im Amt. Angeblich hatte er zweimal dem Politbüro seinen Rücktritt angeboten, das jedes Mal ablehnte, weil es sich vor dem Ende der Stabilität und einem offenen Machtkampf fürchtete. Doch die „Stabilität in den Kadern“ hatte zu einer Gerontokratie (Herrschaft der Alten) geführt, über die im In- und Ausland gespottet wurde. Breschnew selbst litt weder an Herzinfarkten noch Schlaganfällen, sondern an Tabletten suchte. Seit der Prager Krise 1968 nahm er Schlaftabletten, die seit 1974 immer öfter dazu führten, dass er vollkommen apathisch wirkte und weder ansprechbar noch zurechnungsfähig war. Seine Leibwächter und Ärzte versuchten den Zustand des Generalsekretärs so gut wie möglich geheim zu halten. Die zunehmenden Ausfälle gingen einher mit einem Hang zur Ruhmsucht: Breschnew erhielt 1974 den Generalstiel, 1976 den Marschallstiel, zwei Lenin-Preise für Frie-

den und Literatur (die sowjetische Alternative zum Nobelpreis) und zahlreiche militärische Ehrungen. Breschnews Memoiren, die Ghostwriter geschrieben und geschönt hatten, wurden zur Pflichtlektüre in den Schulen. Die Leute machten Witze über den neuen Personenkult: „Zum Gedenken an Puschkin ist ein Wettbewerb für ein Denkmal ausgeschrieben worden. Den dritten Platz hat ein Entwurf erhalten, der Puschkin zeigt, wie er Breschnews Buch liest.“

### Die Epigonen Breschnews: Andropow und Tschernenko

Die beiden Nachfolger Breschnews waren nahezu genauso alt und krank wie ihr Vorgänger. Andropow war der machtvolle KGB-Chef, der die Sicherheitsorgane kontrollierte, Konstantin Tschernenko (1911-1985) war Breschnews rechte Hand, der vor allem in den letzten Jahren die Verbindung des siechen Generalsekretärs zur Außenwelt darstellte. Auf Betreiben Breschnews hatte Andropow im Mai 1982 den Vorsitz des KGB gegen den Posten des Zweiten ZK-Sekretärs eingetauscht und damit die beste Ausgangsposition erhalten. Tatsächlich gelang es

Andropow, sich zum Nachfolger Breschnews ernennen zu lassen. Sein Programm stand schon lange fest: Er wollte all die Seilschaften beseitigen, auf die Breschnew seine Macht gestützt und über die er seine schützende Hand gehalten hatte, auch wenn sich diese schamlos am Volkseigentum bereichert hatten. Zwar schaffte Andropow es noch, Breschnews Entourage zu entlassen und anzuklagen, aber sein chronisches Nierenleiden zwang ihn bereits nach 100 Tagen im Amt zur regelmäßigen Dialyse. Da es in der Sowjetunion nicht genügend Erfahrung mit der Blutwäsche gab, konnte Andropow schon Ende September 1983 das Krankenhaus nicht mehr verlassen; er starb am 9. Februar 1984 im Alter von 70 Jahren.

Andropow hatte den jungen Michail Gorbatschow als seinen Nachfolger aufgebaut. Aber es gelang dem 73-jährigen Tschernenko, vorzupreschen und selbst Generalsekretär zu werden. Bei seiner Antrittsrede am 13. Februar 1984 distanzierte er sich von der Antikorruptionskampagne Andropows, warnte vor zu viel Reformeifer, Leistungsdruck und Disziplinierungsmaßnahmen und versprach ein „Zurück“ zu Breschnews „Stabilität in den Kadern“. Wenige Monate später war Tschernenko nicht mehr imstande, bei öffentlichen Auftritten den für ihn auf Kärtchen vorgeschriebenen Text fließend abzulesen. Um der Welt zu demonstrieren, dass Tschernenko gesund und munter sei, ließ man neben seinem Krankenzimmer ein täuschend echtes Wahllokal aufbauen, holte den Todkranken aus dem Bett und zog ihn an, damit er sich selbst am 24. Februar 1985 zum Deputierten des Obersten Sowjets der RSFSR wählen konnte. 14 Tage später, am 10. März 1985, verstarb Tschernenko. Angesichts solcher Darbietungen sprach man im Westen spöttisch vom zahnlosen „Marxismus-Senilismus“.



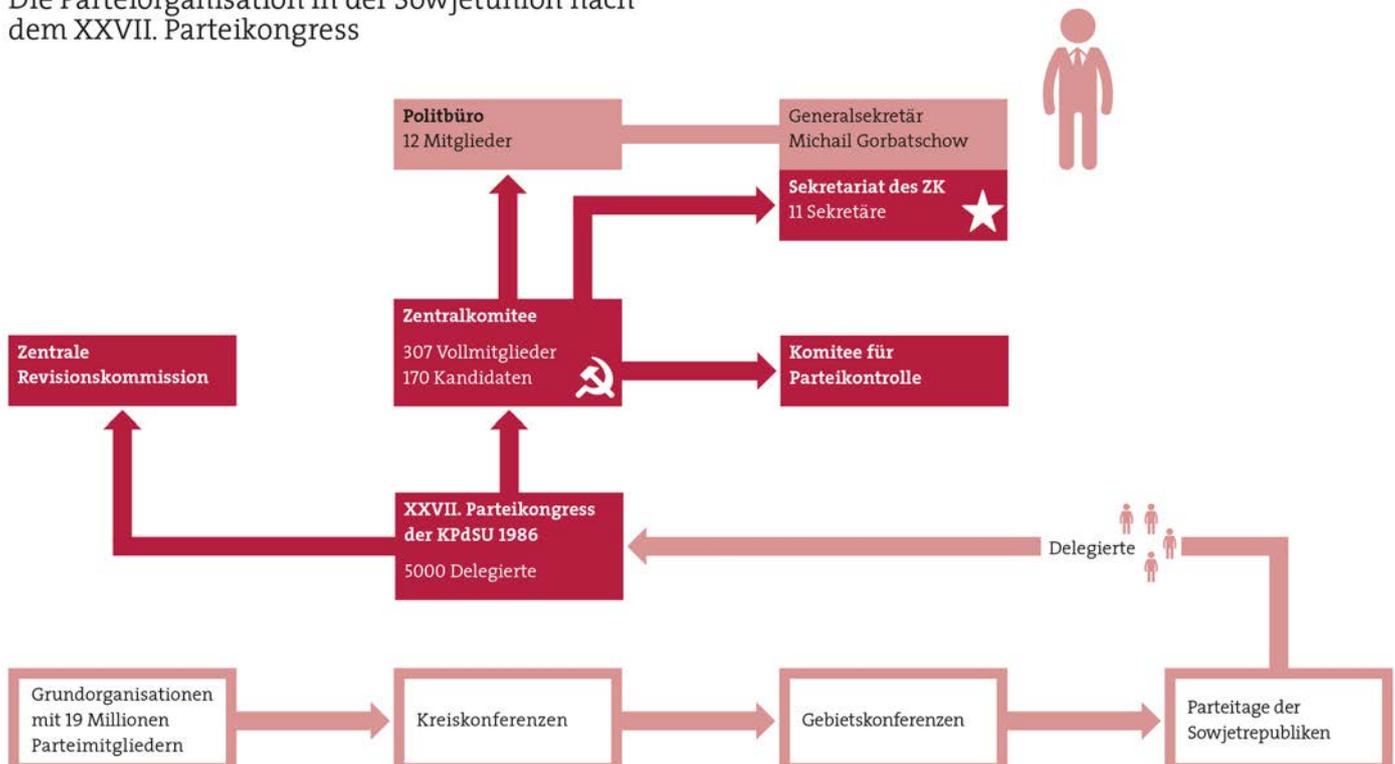
Michail Gorbatschow, der im März 1985 Generalsekretär wird, prägt einen neuen Politikstil. Polaroidbild des Ehepaars Gorbatschow während eines Urlaubs im Kurort Dombai 1974, aufgenommen von Gorbatschows Vorgänger Andropow

## Der Reformler M. S. Gorbatschow

Als Gorbatschow am 11. März 1985 zum Generalsekretär gewählt wurde, war er erst 54 Jahre alt. Er gehörte einer anderen Generation an als Breschnew, Andropow und Tschernenko. Er war kein 1905er-Jahrgang, kein Ingenieur, kein Weltkriegsveteran, kein Parteigänger Breschnews. 1931 im Dorf Privolnoe bei Stawropol geboren, studierte er in Moskau Jura und wurde Komsomol-Aktivist in seinem Heimatbezirk. 1968 schloss

## Die KPdSU

Die Parteiorganisation in der Sowjetunion nach dem XXVII. Parteikongress





In den „sozialistischen Bruderstaaten“ werden Glasnost und Perestrojka mit großem Interesse verfolgt. Der Pavillon der Sowjetunion auf der Leipziger Herbstmesse 1988 galt unter den Besuchern als Geheimtipp. 150 000 Broschüren zum Thema Umgestaltung werden verteilt. Die PR-Aktion des großen Bruders sprach sich unter DDR-Bürgern in Windeseile herum. Die Standleitung musste nachbestellen.

er ein Fernstudium für landwirtschaftliche Ökonomie ab und wurde schließlich Erster Gebietssekretär von Stawropol. Dort lernte ihn Andropow bei seinen Kuraufenthalten kennen und holte ihn 1978 nach Moskau. Als ZK-Sekretär und seit 1980 als Vollmitglied des Politbüros kannte Gorbatschow den gesamten Machtapparat von innen. Die Seilschaften und die Verkrustung der Strukturen waren ihm zutiefst zuwider. Wie Chruschtschow träumte er von einer Wiederbelebung der Partei, von freien Wahlen – freilich innerhalb der Partei –, von offenen Diskussionen über Missstände innerhalb des Systems, nicht des Systems selbst, von Postenvergabe nach Leistung und nicht nach Seilschaft. Gleich nach seinem Amtsantritt verkündete Gorbatschow im April 1985 sein Programm der *Perestrojka*, des Umbaus. Auf dem XXVII. Parteitag 1986, der die *Perestrojka* bestätigte, übte Gorbatschow offene Kritik an der Breschnewzeit: „Auf Verwaltungsebene kam es in einigen Fällen zu Gesetzesverstößen; Augenwischerei und Korruption, Katzbuckelei und Lobhudelei machten sich breit. Die Werktätigen waren zu Recht empört über das Verhalten von Leuten, die Vertrauen und Vollmachten besaßen und ihre Macht missbrauchten, Kritik unterdrückten, sich persönlich bereicherten und, in einigen Fällen, als Komplizen, wenn nicht sogar als Drahtzieher, an Verbrechen beteiligt waren.“ Wie Chruschtschow wollte er den Sozi-

alismus nicht abschaffen, sondern reformieren und verbessern: „Mehr Sozialismus bedeutet mehr Dynamik, Elan und schöpferische Anstrengung, mehr Organisation, Gesetz und Ordnung, mehr wissenschaftliche Methodik und Initiative in der Wirtschaftsführung und Effizienz in der Administration sowie ein besseres und reicheres Leben für das Volk.“ Die *Perestrojka* war von der Politik der *Glasnost*, der Transparenz, begleitet: Missstände sollten offen kritisiert werden; in der Tradition von Kritik und Selbstkritik sollte die Benennung von Fehlern zu deren Behebung führen. Aber wie Chruschtschow musste auch Gorbatschow bald feststellen, dass die Menschen, wenn sie erst mal frei reden durften, nicht nur im abgesteckten Rahmen Kritik übten, sondern darüber hinaus angingen, das Einparteiensystem, den Sozialismus und die Planwirtschaft in Frage zu stellen. Die Idee, durch *Glasnost* könne die KPdSU neues Vertrauen erwerben, erwies sich als Illusion, im Gegenteil: Was zu Tage gefördert wurde, schockierte und empörte die Bevölkerung, so zum Beispiel die Umweltlügen in Gestalt der verbreiteten Behauptung, die Austrocknung des Aralsees sei keine ökologische Katastrophe und Umweltprobleme seien ein rein kapitalistisches Phänomen, oder die Gräueltaten und Gewaltverbrechen Stalins, über die nun viel schonungsloser als noch zu Chruschtschows Zeiten berichtet werden durfte.

## Notwendigkeit von Glasnost und gesellschaftlicher Aktivität

Die Umgestaltung betrifft aber nicht nur diese Seite. Sie setzt die Schaffung einer Atmosphäre in der Gesellschaft voraus, die die Menschen anregen würde, die angestaute Trägheit und Gleichgültigkeit zu überwinden, in der Arbeit und im Leben alles zu überwinden, was nicht den Prinzipien des Sozialismus, unserer Weltanschauung und Lebensweise entspricht. Offen gesagt gibt es da vieles, woran gearbeitet werden muß. Aber auch in diesem Fall muß jeder vor allem vor der eigenen Tür kehren, Genossen – sowohl im Politbüro als auch in der Parteigrundorganisation –, jeder einzelne muß versuchen, mit sich selbst zu Rande zu kommen. Wir haben in einer Situation unzureichender Kritik, Offenheit und Verantwortung uns in den vergangenen Jahren an so manches gewöhnt, auch an Erscheinungen, die den Prinzipien des Sozialismus überhaupt nicht entsprechen. Ich beziehe das sowohl auf die einfachen Arbeiter als auch auf die Funktionäre. Wir müssen die ganze „Muschelschicht“, die sich abgesetzt hat, abkratzen, uns säubern. Und die Parteikomitees müssen bei diesem Prozeß aktiv helfen. [...]

Und in diesem Zusammenhang möchte ich etwas zur Offenheit sagen. Bisweilen heißt es: Wozu bloß hat das Zentralkomitee so weitgehend einen Prozeß der Kritik und Selbstkritik, der Offenheit entfaltet? Und ich sage Ihnen, daß wir bislang nichts verloren, sondern nur gewonnen haben. Das Volk hat einen Zustrom neuer Kraft verspürt, es ist mutiger und in der Arbeit sowie gesellschaftlich aktiver geworden. Man trifft auch weniger Leute an, die versuchen, unsere Gesetze zu umgehen. Denn nichts ist stärker als die Kraft der öffentlichen Meinung, wenn sie voll wirksam werden kann, und das wird sie nur unter den Bedingungen der Kritik und Selbstkritik und umfassender Offenheit. Wir brauchen Öffentlichkeit, um die Erfüllung der Parteitageaufgaben zu gewährleisten und das Volk wirklich in alle Belange der staatlichen Leitung einzubeziehen – wovon Lenin geträumt hat. [...]

Michail Gorbatschow, Die Umgestaltung ist unaufschiebbar, sie geht in jeder Hinsicht alle an. Rede vor dem Aktiv der Parteiorganisation der Region Chabarowsk, 31. Juli 1986, in: ders., Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 4, Juli 1986 - April 1987, Dietz Verlag Berlin 1988, S. 38-57, hier S. 42 f. u. 55

## „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“

Worin liegen die Ursachen für diese komplizierte und widersprüchliche Situation?

Die Hauptursache – und das Politbüro hält es für notwendig, darüber in aller Offenheit auf dem Plenum zu sprechen – bestand darin, daß das Zentralkomitee der KPdSU, die Führung des Landes vor allem aus subjektiven Gründen nicht rechtzeitig und in vollem Umfang die Notwendigkeit von Veränderungen und die Gefahr des Anwachsens von Krisenerscheinungen in der Gesellschaft erkennen sowie eine klare Linie zu ihrer Überwindung, zu einer umfassenderen Nutzung der Möglichkeiten, die im sozialistischen System liegen, erarbeiten konnten.

Bei der Ausarbeitung der Politik und in der praktischen Tätigkeit überwogen konservative Haltungen, Trägheit, das Bestreben, alles vom Tisch zu wischen, was nicht in die gewohnten Schemata paßte, und die mangelnde Bereitschaft

zur Lösung der herangereiften wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Für all das, Genossen, tragen die leitenden Organe der Partei und des Staates die Verantwortung. [...]

Wir sprechen von der Umgestaltung und den mit ihr verbundenen Prozessen einer tiefgreifenden Demokratisierung der Gesellschaft und fassen dabei wirklich revolutionäre sowie allseitige Veränderungen in der Gesellschaft ins Auge.

Ein solcher grundlegender Umschwung ist notwendig, denn einen anderen Weg gibt es für uns einfach nicht. Zurückgehen dürfen wir nicht – wohin auch? [...]

Nur durch Demokratie und dank der Demokratie ist die Umgestaltung selbst möglich. [...]

In einer weiteren Frage muß Klarheit bestehen. Wir sprechen davon, daß in der sowjetischen Gesellschaft keine Zonen bestehen dürfen, die der Kritik verschlossen sind. Das trifft in vollem Umfang auch auf die Massenmedien zu.

Genossen! Eine echte Demokratie existiert nicht außerhalb des Gesetzes und über ihm. [...]

### Aus dem Schlusswort:

Meines Erachtens war es durchaus begründet, daß im Bericht des Politbüros eine ernsthafte, tiefgehende Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft als das wichtigste Thema in den Vordergrund gerückt wurde.

Das ist, Genossen, jener Hebel, der es ermöglichen wird, in die Umgestaltung deren entscheidende Kraft – das Volk – einzubeziehen. Wenn wir das unterlassen, werden wir die Aufgaben der Beschleunigung nicht lösen und die Umgestaltung nicht sicherstellen. Es wird sie einfach nicht geben.

Andererseits schaffen wir durch eine weitere Entwicklung und Voranbringen der sozialistischen Demokratie und Entfaltung ihres Potentials die denkbar zuverlässigsten Garantien dafür, daß sich die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen. Doch es kommt nicht nur darauf an.

Wenn wir [...] keine realen, ernsthaften Schritte zu ihrer Erweiterung, ihrem Voranbringen und zur umfassenden Einbeziehung der Werktätigen des Landes in den Prozeß der Umgestaltung unternehmen, so werden, Genossen, unsere Politik und die Umgestaltung zusammenbrechen. Wir brauchen Demokratie wie die Luft zum Atmen. [...]

Offenheit, Kritik und Selbstkritik, Kontrolle durch die Massen – das sind die Garantien für eine gesunde Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft. Wenn das Volk sie braucht, bedeutet das, daß alle sie brauchen. Das ist um so wichtiger, als die KPdSU die regierende Partei ist. Und sie ist an Offenheit, an Kritik und Selbstkritik interessiert, da dies reale und zuverlässige Formen eines normalen Funktionierens der KPdSU sind. Das sind ebenjene Mittel, die die Partei vor Fehlern in der Politik bewahren können. Der Preis dieser Fehler ist uns allen bekannt. [...]

Michail Gorbatschow, „Die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei“. Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, 27. Januar 1987 und Schlußwort auf dem Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, 28. Januar 1987, in: ders., Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 4, Juli 1986 - April 1987, Dietz Verlag Berlin 1988, S. 329-393 und S. 394-401 (Schlußwort), hier S. 333, 340, 350, 361, 396 f.

### Wirtschaftsreformen und Wodka

Wie seine Vorgänger musste sich auch Gorbatschow dringend um die niedrige und qualitativ minderwertige Produktion von Industrie und Landwirtschaft kümmern. Wesentlich radikaler als seine Vorgänger drängte er auf Veränderungen in einer gewagten Mischung aus Ideen der NÖP, also einer Marktliberalisierung, die die Kräfte von Angebot und Nachfrage nutzte, den alten Plänen Kosygin's einer kostendeckenden, Profit erwirtschaftenden Produktion, dem technischen und organisatorischen Know-how des Westens und alten Slogans von sozialistischer Arbeitsdisziplin. Um zu kontrollieren, dass nicht nur hohe Löhne ausgeschüttet wurden, sondern die Produktion tatsächlich dem Standard entsprach, wurde zum 1. Januar 1987 eine staatliche Kommission zur Qualitätskontrolle eingesetzt, deren Arbeit kurzfristig zu einem Absinken der Löhne führte. Um endlich die schon seit den 1960er-Jahren geforderte Erneuerung des industriellen Maschinenparks zu erreichen, förderte der Staat seit dem 1. Januar 1987 Joint Ventures mit westlichen Firmen. Doch wie schon unter Breschnew führte die Autonomie der Betriebe bald dazu, dass Löhne exzessiv erhöht wurden, zumal seit dem 1. Januar 1988 die Belegschaften selbst entscheiden konnten, wer ihre Interessen an der Spitze des Unternehmens vertreten sollte. Das hatte zur Folge, dass sich die Arbeiter selbst die Löhne kräftig erhöhten; die Direktoren verwandelten das Kapital der Firmen in Bargeld, um ihre Arbeiter bezahlen zu können, was früher strikt untersagt war. Dadurch öffnete sich die Schere zwischen Kaufkraft einerseits und Warenangebot andererseits immer weiter. Die Zahl der „Defizitprodukte“ stieg, die Schlangen vor den Geschäften wurden immer länger.



Joint Ventures mit westlichen Firmen sollen ab 1987 helfen, die Industrie zu modernisieren. So wird die Schuhmarke Lenwest unter Beteiligung eines deutschen Schuhunternehmens in der Sowjetunion hergestellt.

Zusätzlichen Unmut schürte das Politbüro durch die „Prohibition“. 1969 hatte Breschnew erstmals vor dem ZK der Partei über den enormen volkswirtschaftlichen Schaden gesprochen, den der Alkoholmissbrauch in der Sowjetunion verursachte. Alkoholismus war eine Volkskrankheit. So wie in anderen Kulturen Wein oder Bier zum Essen genossen wurden, war Wodka der normale Begleiter beim geselligen Beisammensein oder zu Festmahlen. Der Ministerratsbeschluss vom Mai 1985 „Über die Maßnahmen zur Überwin-

### Wirtschaft der UdSSR 1990

Zeitgenössische westliche Daten

#### Wachstum des realen Sozialprodukts (in Prozent)

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
UdSSR	1,0	2,7	3,3	1,5	0,8	4,0	1,3	1,5	-1,0
Welt	1,8	0,5	2,7	4,4	3,3	3,0	3,4	4,1	3,0

#### Außenhandel mit den OECD-Ländern (in Mrd. Dollar)

	1975	1976	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Exporte	8,2	9,9	24,0	21,3	18,9	21,3	21,9	24,0
Importe	12,6	13,7	21,9	20,9	20,6	20,7	24,8	28,0
Handelsbilanz	-4,4	-3,8	2,1	0,4	-1,7	0,6	-2,9	-4,0

#### Auslandsschulden (in Mrd. Dollar)

	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	(Schätzung)
Summe	16,6	22,7	29,1	33,3	36,8	44,4	41,2	(Juni)
Schuldendienst	5,0	5,2	6,0	7,4	8,4	12,0	13,5	
Bruttoinlandsprodukt	1363,0	1424,0	1456,0	1498,0	1549,0	1650,0	1570,0	

### Wirtschaftskrise 1989

„Was wird aus der Versorgung der Bevölkerung? Wo sind die Waren des täglichen Bedarfs? Die Lage wird mit jedem Tag schlechter. Wir bitten zu erklären, warum die Rationierung des Zuckerverkaufs von 2 Kilogramm auf 1,5 Kilogramm pro Kopf gesunken ist“, schreiben die Werktätigen aus dem süd-russischen Pawlowsk im Herbst 1989 in einem Brief an das Zentralkomitee. „In unserer Stadt sind Haushalts- und Toiletteseifen sowie Waschpulver aus den Regalen verschwunden. Als Zucker zur Mangelware wurde und rationiert werden musste, hatten wir Verständnis für diese Entscheidung. Aber jetzt, wo die lokalen Behörden eine derart miserable Norm für Seife und Waschpulver festgelegt haben, sind wir äußerst empört“, schreiben die Einwohner der ukrainischen Stadt Alexandrowsk. Aus der 70 000 Einwohner zählenden Stadt Apatiti auf der Halbinsel Kola beschwert sich eine junge Mutter: „Ich habe nichts, womit ich den fünf Monate alten Jegorka ernähren könnte. Es gibt in der Stadt weder Kindersäfte noch Fruchtmus oder irgendwelche Breie für Kleinkinder.“ [...]

Die Arbeitsniederlegung der 500 000 Bergarbeiter, die einst zur bestbezahlten sowjetischen Arbeiteraristokratie gehörten, hatte kaum etwas mit dem Inhalt der Lohntüten zu tun. Ausschlaggebend war vielmehr das menschenunwürdige Angebot an Konsumgütern, wobei Konsum hier als ein elementarer Prozess verstanden werden muss, der Arbeitskräften über-

haupt die Chance gibt, sich physisch und psychisch zu reproduzieren. Symbolträchtig war unter anderem die Forderung der Bergleute nach Seife, ihr Anspruch auf körperliche Sauberkeit. Das politische Element dieser Bewegung kam darin zum Ausdruck, dass die Kumpel die Erfüllung ihrer Bedingungen nicht mehr von den lokalen Behörden erwarteten, sondern eine direkte Begegnung mit Gorbatschow anstrebten – sie erklärten sich sogar bereit, die Reisekosten der Moskauer Delegation selbst zu decken.

Später entsandten sie eine Abordnung in die Hauptstadt, und als diese mit einer Vereinbarung zurückkehrte, die von Gorbatschow und dem Regierungschef Ryschkow unterzeichnet worden war, verwandelte sich der Protest in eine euphorische stadtweite Feier. Dabei ging es nicht um die zugesagten Lebensmittellieferungen – die Vereinbarungen wurden niemals vollständig erfüllt –, sondern vor allem darum, was der Leiter des Streikkomitees in den bewegten Worten zum Ausdruck brachte: „Zum ersten Mal fühlten wir uns nicht als graue Masse, sondern als Menschen. Nicht als Sklaven, sondern als Persönlichkeiten, die fähig sind, in Einigkeit, Disziplin und Solidarität zu siegen. Danke, Brüder, für die Einigkeit. Danke für das Vertrauen.“

György Dalos, *Lebt wohl, Genossen! Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, Verlag C.H. Beck München 2011, S. 128 ff.

dung der Trunksucht, des Alkoholismus und zur Ausrottung der Destillierung von selbstgebranntem Schnaps“ hatte nicht nur die Zerstörung der jahrhundertealten Weinanbaugebiete in Georgien und empfindliche wirtschaftliche Verluste zur Folge. Er bewirkte sogar eine Zunahme der Drogensucht und der illegalen Schnapsbrennerei. Während die Durchschnittsverbraucher nun stundenlang in langen Schlangen vor den wenigen lizenzierten Alkoholgeschäften anstanden, um eine Flasche für den Feierabend oder eine Feierlichkeit zu erstehen, behelfen sich Alkoholranke mit reinem Spiritus, Parfum und anderen gesundheitsschädlichen Panschereien.

Durch Missmanagement, Devisenmangel und verantwortungslosen Umgang mit der Ernte wandelte sich die Krise zur



Infolge der Prohibition bilden sich lange Schlangen vor den wenigen lizenzierten Alkoholgeschäften. Wartende vor einem Getränkemarkt im Juni 1988

Katastrophe: Im Herbst 1988 wurden in acht von 15 Republiken Grundnahrungsmittel nur noch auf Lebensmittelkarte verkauft. In Moskau und Leningrad blieben im Sommer 1987 und 1988 die Regale für Obst und Gemüse leer, obwohl die Depots gefüllt waren: Die Geschäftsführer streikten, weil sie nicht mehr mit Alkohol handeln durften. Daraufhin hob der Ministerrat im Oktober 1988 die Prohibition wieder auf. Aber der Schwarzmarkt blühte weiter, und die horrenden Preise in den Kooperativrestaurants und -kiosken sowie Berichte über deren Monateinkünfte, die 60-mal höher als der Durchschnittslohn waren, brachten die Volksseele zum Kochen.

### Tschernobyl und das Ende der Technikgläubigkeit

Am 26. April 1986 explodierte im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl in Folge eines Bedienungsfehlers der Atomreaktor. Fast alle 28 Feuerwehrmänner, die zuerst zur Explosion gerufen wurden, bezahlten mit ihrem Leben, ebenso wie 65 weitere Personen, die ebenfalls direkt an der hohen Strahlendosis starben. Katastrophal waren die Langzeitfolgen: Die Zahl an Schilddrüsenkrebs Erkrankten unter den in der Umgebung lebenden Kindern stieg enorm an; 200 000 „Liquidatoren“, die 1986/87 bei den Aufräumarbeiten halfen, litten anschließend an der Strahlenkrankheit.

Aber auch die sozialen und politischen Folgen waren dramatisch: Der Ort Pripjat, bei dem Tschernobyl liegt, wurde erst einen Tag nach der Katastrophe evakuiert. 48 000 Menschen mussten binnen weniger Stunden ihre Heimat verlassen; insgesamt wurden 200 000 Personen abtransportiert. Das Gebiet in einem 30-Kilometer-Radius rund um den explodierten Block wurde zur Sperrzone erklärt. Eine Fläche von mehreren zig-Tausend Quadratkilometern war in der Ukraine, Weißrussland und Russland, durch radioaktiven Fallout aber auch in ganz Europa verstrahlt worden.

## Tschernobyl

An den Anruf am frühen Morgen auf der Datscha erinnerte sich Gorbatschow 20 Jahre später: „Man teilte mir mit, dass es im Tschernobyl Atomkraftwerk zu einer ernsthaften Havarie und einem Brand gekommen sein soll, aber dass der Reaktor unversehrt geblieben sei. Meine erste Reaktion war Unverständnis: Wie konnte so etwas passieren? Die Wissenschaftler haben uns, den Führern des Landes, doch versichert, dass der Reaktor absolut ungefährlich sei. Das Akademiestmitglied Alexandrow zum Beispiel hatte behauptet, den Hochleistungsreaktor könnten wir gleich auf den Roten Platz stellen, es gehe nicht mehr Gefahr von ihm aus als von einem Samowar.“

Die Explosion in Block 4 des Kernkraftwerkes in der Nähe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986 kurz vor halb zwei Uhr nachts. Die enorme Explosion, bei der 500-mal mehr Radioaktivität freigesetzt wurde als in Hiroshima, war teils auf menschliches Versagen, teils auf Konstruktionsfehler des zwei Jahre vorher in Betrieb genommenen Reaktors zurückzuführen. Eigentlich sollte der Reaktor aufgrund technischer Mängel ausgeschaltet und repariert werden. Die sowjetischen Medien verschwiegen zunächst das Geschehene. Erst nachdem schwedische Kernphysiker am 28. April um 9 Uhr in ihrem Laboratorium erhöhte Strahlenwerte erfassten, diese als „östlich von Schweden kommend“ orteten und die westlichen Sender die Neuigkeit in die Welt verbreiteten, hielt die Nachrichtensendung „Wremja“ es für angebracht, um 21 Uhr am Abend desselben Tages die wortkarge TASS-Mitteilung zu verlesen: „Im Atomkraftwerk von Tschernobyl geschah eine Havarie, einer der Atomreaktoren ist beschädigt. Es werden Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der Havarie zu beseitigen. Den Leidtragenden wird Hilfe geleistet.“ Dass es sich um eine Explosion sowie Freisetzung von Radioaktivität handelte und dass es bereits die ersten Todesfälle gab, blieb unerwähnt. [...]

Die offizielle Nachricht zeugte davon, dass an diesem ersten warmen Frühjahrswochenende neben der grandiosen technischen Panne auch ein GAU im sowjetischen Kommunikationssystem eingetreten war. Den Rückschlag bekamen als Erste die Mitglieder der vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Boris Scherbina geleiteten Regierungskommission zu spüren, als sie in Pripjat ohne Spezialkleidung und Atemschutzgeräte eintrafen und in dem schwer kontaminierten Restaurant „Polesje“ ihr verseuchtes Mittag- und Abendessen verzehren mussten. „Ebenfalls in normaler Kleidung und ohne Atemschutzgerät befliegen unsere Akademiestmitglieder das Terrain“, erinnerte sich Gorbatschow an die schauderhafte Szene. „Alle, die mich informierten, begriffen letztendlich nicht, was eigentlich geschah.“

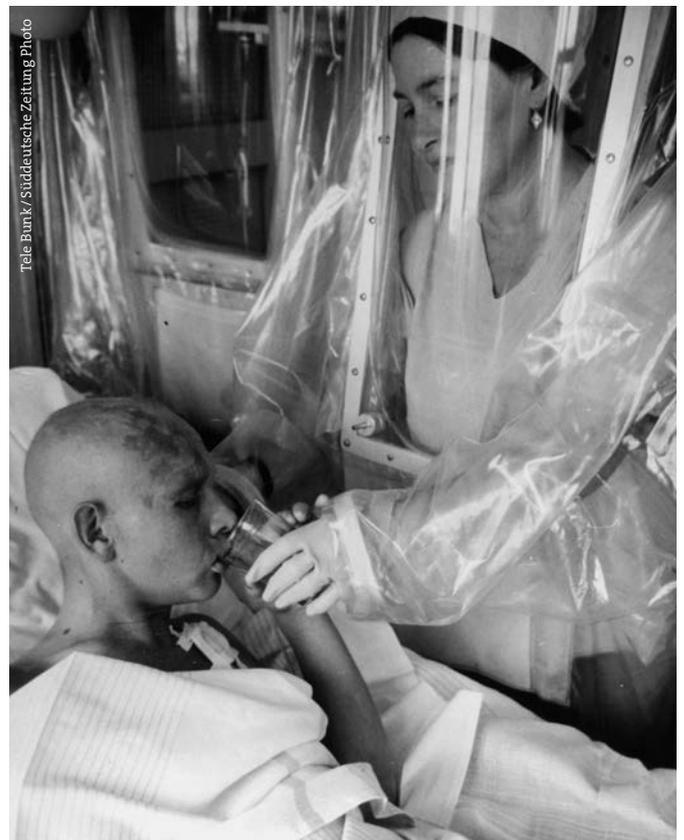
Dasselbe ließe sich wohl über Zehntausende von Helfern aus Armee und Zivilbevölkerung sagen, darunter viele Freiwillige, die in den letzten Apriltagen damit begannen, aufopferungsvoll, heroisch und ungeschützt zu retten, was noch zu retten war. Die Mehrzahl der in einem UNO-Bericht auf 4000 geschätzten direkten Todesopfer sowie ein Teil der halben Million Menschen, die bei dem Unglück verstrahlt wurden, war eindeutig dem miserablen Informationsstand der sowjetischen Gesellschaft geschuldet. [...]

György Dalos, *Lebt wohl, Genossen! Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, Verlag C.H. Beck München 2011, S. 62f.

Die politische Führung in Kiew, Minsk und Moskau wurde für ihre anfängliche Vertuschungspolitik angegriffen, bevor sie sich der Glasnost beugte. Allerdings war offenbar den wenigsten Parteiführern anfangs klar, was passiert war: In ihrem unbegrenzten Glauben an die Beherrschbarkeit der Elemente und die technologische Machbarkeit im Sozialismus war es für sie nicht vorstellbar, dass ein technischer Prozess außer Kontrolle geraten konnte. Mit Tschernobyl wurden diese Illusionen restlos zerstört. Glasnost offenbarte aber auch die Gleichgültigkeit der Behörden und den menschenunwürdigen Umgang mit den Opfern der Katastrophe.



Luftbildaufnahme des zerstörten Kernreaktors in Tschernobyl, Ukraine, kurz nach der Explosion am 26. April 1986: Die Katastrophe offenbart die Gleichgültigkeit der Behörden gegenüber den Opfern des Unglücks.



Hunderttausende Menschen werden verstrahlt und kämpfen mit den Folgen. Versorgung eines bei den Löscharbeiten am Unglücksreaktor in Tschernobyl schwer verstrahlten und verbrannten Mannes 1986

## Nationalitätenkonflikte und das Zerschlagen des Imperiums

MAIKE LEHMANN

Im Rahmen von Glasnost sollte die Entlarvung eines sowjetischen Mythos besondere Sprengkraft entfalten: des Credo, dass in der Sowjetunion die Völker friedlich und freiwillig zusammenlebten. Gleichzeitig bewies Gorbatschow wenig Fingerspitzengefühl in Nationalitätenfragen. In Kasachstan provozierte er 1986 erste Unruhen, als er den korrupten, aber zugleich gut vernetzten Kasachen Dinmucharmed Kunaew (1912-1993) als Ersten Sekretär durch einen Russen ersetzte. Auch seine zentralen Programme fanden an der Peripherie eine eigene Auslegung: So fingen etwa Tschetschenen und Balten unter den Vorzeichen von Glasnost an, in ihren lokalen Presseorganen die nationalen Deportationen unter Stalin zu thematisieren. Den mit der Perestrojka propagierten Umbau verstanden zugleich viele als Zeichen, dass nun jahrzehntelang schwelende Konflikte um Territorien und Grenzverläufe in ihrem Sinne entschieden werden könnten.

## Sozialökonomischer Vergleich der Republiken 1965 und 1989

Anteil der Republik am Nettomaterialprodukt\* im Verhältnis zum Anteil an der Gesamtbevölkerung der UdSSR (= 1)

### 1965

<b>Lettland</b>	1,17	<b>Weißrussland</b>	1,01	<b>Turkmenistan</b>	0,77
<b>Estland</b>	1,14	<b>Moldawien</b>	0,97	<b>Kirgistan</b>	0,76
<b>RSFSR</b>	1,05	<b>Kasachstan</b>	0,88	<b>Aserbaid-schan</b>	0,71
<b>Ukraine</b>	1,04	<b>Georgien</b>	0,87	<b>Usbekistan</b>	0,71
<b>Litauen</b>	1,02	<b>Armenien</b>	0,84	<b>Tadschikistan</b>	0,69

### 1989

<b>RSFSR</b>	1,19	<b>Ukraine</b>	0,90	<b>Aserbaid-schan</b>	0,71
<b>Lettland</b>	1,19	<b>Georgien</b>	0,86	<b>Turkmenistan</b>	0,61
<b>Estland</b>	1,17	<b>Moldawien</b>	0,81	<b>Kirgistan</b>	0,53
<b>Weißruss-land</b>	1,17	<b>Armenien</b>	0,79	<b>Usbekistan</b>	0,48
<b>Litauen</b>	1,10	<b>Kasachstan</b>	0,74	<b>Tadschikistan</b>	0,43

Die Tabellen machen die regionale Differenzierung innerhalb der UdSSR deutlich: Die baltischen Republiken waren rund doppelt so wohlhabend wie die zentralasiatischen, und die Differenzen wuchsen.

\* = äquivalent zum Nettoinlandsprodukt

Hans-Heinrich Nolte: Kleine Gesichter Russlands, Philipp Reclam jun. GmbH & Co., Stuttgart 2003, S. 376



Der mit der Perestrojka verbundene Umbau hat zur Folge, dass lange schwelende Konflikte in der Sowjetunion ausbrechen. Armenien und Aserbaidshjan kämpfen ab 1988 um die autonome Region Bergkarabach.



Folge der Auseinandersetzungen sind Pogrome und ethnische Vertreibungen. Brotverteilung in Bergkarabach am 22. Oktober 1989

So brach im Februar 1988 die Auseinandersetzung um das Aserbaidshjan unterstehende, mehrheitlich von Armeniern besiedelte Bergkarabach offen aus. Pogrome und ethnische Vertreibungen auf beiden Seiten führten zu täglichen Massendemonstrationen in Eriwan und Baku bis in den Spätsommer 1989. Auf mahnende Worte Gorbatschows reagierten die Demonstranten ungehalten. Moskau griff zunächst nur unter Zögern militärisch ein; die Spezialtruppen halfen aber keineswegs, die Situation zu entschärfen. Vor allem gelang es ihnen nicht, Flucht und Vertreibung der jeweiligen Minderheiten und schließlich den Krieg zwischen den beiden „Bruderrepubliken“ zu verhindern. Interethnische Gewalt führte auch in Georgien und Zentralasien in den Bürgerkrieg.

Auch die Emanzipationsbestrebungen im Baltikum verliefen nicht ohne Blutvergießen, selbst wenn hier kein offener Bürgerkrieg ausbrach. Ab Sommer 1988 verlangten Esten, Letten und Litauer mehr Autonomie, forderten ein Ende des Zuzuges von Russen in ihre Republiken und prangerten vor allem ihre gewaltsame Eingliederung in die Sowjetunion 1940 an. Im Herbst 1988 erklärte sich Estland für souverän. Als Gorbatschow im Dezember 1989 die Existenz des Molotow-Ribbentrop-Paktes zugab, nahmen die Baltischen Republiken dies zum Anlass für ihre Unabhängigkeitserklärung.

Diesem Beispiel folgten immer weitere Gebiete. Am 12. Juni 1990 verkündete der frisch gewählte russische Präsident Boris Jelzin (1931-2007) den Austritt Russlands aus der Sowjetunion; vier Tage später folgte die Ukraine.

Folgt man bis hierhin allein dem geschilderten Verlauf, hat der Zusammenbruch des sowjetischen Vielvölkerreiches den Anschein von „Unvermeidlichkeit“. Doch der Sonderkongress der Volksdeputierten hatte Gorbatschow, der seit 1988 über einen neuen Unionsvertrag verhandelte, noch am 15. März 1990 mit 1329 Ja- bei 495 Nein-Stimmen zum ersten Präsidenten der UdSSR gewählt und ihn ermächtigt, die Hoheitsrechte der UdSSR zu verteidigen. Am 23. Februar demonstrierten geschätzte 800 000 Menschen in Moskau für eine weitere Demokratisierung und den Erhalt der Union. Auch in der Abstimmung über den Verbleib der Republiken in einer reformierten Union von 1991 sprachen sich – trotz des Boykotts einiger Republiken – über 70 Prozent für einen Erhalt der Union aus; selbst bereinigte Daten verweisen darauf, dass über die Hälfte der Abstimmenden in einer Union verbleiben wollte. Erst der Augustputsch 1991 (s. S. 50f.) erschütterte das Vertrauen in Moskau so stark, dass die Ukraine – nach der RSFSR die größte und Russland in Kultur und Sprache wohl am engsten verbundene Republik – keine neue



Im Baltikum gewinnen Emanzipationsbestrebungen an Einfluss. Demonstranten im November 1988 vor dem estnischen Parlamentsgebäude in Tallinn. Zu lesen ist: „Abgeordneter, vergiss nicht – Du vertrittst Estland!“



Auch in der Ukraine demonstrieren Bürger, wie hier am 1. Februar 1990 in Lwiw, für die Unabhängigkeit ihres Landes.

### Souveränitätserklärung des Obersten Sowjets Estlands vom 16. November 1988

Das estnische Volk an den Ufern der Ostsee bearbeitet sein Land und entwickelt seine Kultur bereits mehr als 5000 Jahre. Im Jahre 1940 wurde der in nationaler Hinsicht homogene, souveräne estnische Staat Bestandteil der Sowjetunion; dabei war die Aufrechterhaltung der Garantie der Souveränität und das Aufblühen der Nation vorgesehen. Die innere Politik des Stalinismus und die Zeit der Stagnation haben jedoch diese Garantien und Grundsätze ignoriert. Als Ergebnis davon entstand auf estländischer Erde für die Esten als alteingesessene Nationalität eine ungünstige demographische Situation, die natürliche Umwelt geriet in vielen Regionen der Republik in eine katastrophale Lage, die andauernde Destabilisierung der Wirtschaft wirkte sich negativ auf den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung der Republik aus. Der Oberste Sowjet der estnischen SSR [Sozialistischen Sowjetrepublik] sieht nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage: Die weitere Entwicklung Estlands muss unter den Bedingungen der Souveränität vor sich gehen. Die Souveränität der Estnischen SSR bedeutet, dass ihr in ihren obersten Regierungs-, Verwaltungs- und Ge-

richtsorganen die höchste Macht auf ihrem Territorium gehört. Die Souveränität der Estnischen SSR ist einheitlich und unteilbar. In Übereinstimmung damit muss der weitere Status der Republik im Verband der UdSSR durch Vertrag mit der Union bestimmt werden. Der Oberste Sowjet der Estnischen SSR drückt sein Nichteinverständnis mit denjenigen zur allgemeinen Beurteilung durch das Volk erlassenen Änderungen und Ergänzungen der Verfassung der UdSSR aus, die das verfassungsmäßige Recht der estnischen SSR auf Selbstbestimmung ausschließen. [...]

Estland hat als erste ehemalige Sowjetrepublik am 16. November 1988 seine Souveränität erklärt. Am 30. März 1990 folgte die Unabhängigkeitserklärung, die – nach dem Augustputsch – am 20. August 1991 in Kraft trat und am 6. September 1991 vom neugebildeten Staatsrat in Moskau anerkannt wurde.

Erklärung des Obersten Sowjets der Estnischen SSR, in: Wedomsti Werchnogo Sowjeta i Prawitelstwa Estonskoj Sowjetskoj Sozialisticheskoi Respubliki 23. 12. 1988. Deutsche Übersetzung aus: Osteuropa, 39. Jg. (1989) 8, S. A430



Abgeordnete des lettischen Parlaments stimmen am 4. Mai 1990 in Riga für die Unabhängigkeit der Sowjetrepublik, am 21. August 1991 tritt sie in Kraft.



Am 23. Februar 1990 überqueren Tausende Demonstranten die Krimbrücke in Moskau, um mit weiteren tausenden Protestierenden auf einem innerstädtischen Moskauer Platz freie Wahlen in der Sowjetunion zu fordern.

Union mit Russland eingehen wollte. Dies hatte dann Signalwirkung auch für die Republiken, die einer reformierten Union an sich nicht ablehnend gegenüberstanden hatten.

Dieser Hintergrund wurde von westlichen Beobachtern oft übersehen. Sie interpretierten das Aufkommen der verschiedenen nationalen Bewegungen vielmehr als „Erwachen der Nationen“ und „Ausbruch aus dem Völkergefängnis“. Dabei sahen sie „Nation“ und „Sozialismus“ als natürliche Gegensätze an. Als Beweis galt die schiere Zahl neu gegründeter Komitees und Parteien. Der Wille zum Verbleib in der Union etwa in Zentralasien wurde meist mit der ökonomischen Abhängigkeit der betreffenden Region von Moskau und dem Wunsch der alten Eliten nach Machterhalt erklärt. Die jüngere Forschung verweist dagegen darauf, dass nicht nur die alten Eliten, sondern auch die meisten Aktivisten über ihre Nationen in sowjetischen Kategorien sprachen (und dies teilweise bis heute tun). Empörung über Moskau oder die Partei musste nicht gleich eine Ablehnung des Sozialismus, sowjetischer Werte an sich oder gar der „siegreichen Sowjetunion“ bedeuten. Auch ist auffällig, dass das Wort „Unabhängigkeit“ lange nicht fiel – und das trotz der Empörung über die Politik Moskaus und der rasanten, oft gewaltsamen Dynamik, die die zahlreichen Konflikte entwickelten. Vieles weist darauf hin, dass auch an der nicht russischen Peripherie nach

fast 70 Jahren Sozialismus eine Zukunft außerhalb der Grenzen der Sowjetunion nicht nur Angst einflößend, sondern lange geradezu unvorstellbar war.

### Das Ende des Kalten Krieges

In der Forschung ist umstritten, ob Gorbatschow das Wettrüsten beendete, weil es sich die Sowjetunion volkswirtschaftlich nicht mehr leisten konnte, oder ob es ausschließlich seine Einsicht in die Sinnlosigkeit und Gefährlichkeit des Spiels mit Vernichtungswaffen war. Gorbatschow selbst sagte: „Die Rüstungsspirale erschwert im Zusammenhang mit den militärischen und politischen Realitäten in der Welt und den beharrlich aufrechterhaltenen Traditionen voratomaren, politischen Denkens die Zusammenarbeit unter den Ländern und den Völkern. [...] Wir alle sind Passagiere an Bord des Schiffes Erde, und wir dürfen nicht zulassen, dass es zerstört wird. Eine zweite Arche Noah wird es nicht geben.“

Zunächst fiel auf, dass Gorbatschow außenpolitisch einen ganz anderen Kurs und Stil als seine Vorgänger wählte. Nach dem Rabauken Chruschtschow und dem zuletzt versteinert wirkenden Breschnew erschien Gorbatschow in Begleitung seiner gut gekleideten und gebildeten Frau Raissa seinen westlichen Gesprächspartnern als äußerst umgänglich, weltgewandt und aufgeschlossen. Dieser Generalsekretär rang nicht mehr um seine Rolle und fürchtete nicht mehr, gedemütigt zu werden. Er passte sich wie selbstverständlich den westlichen Umgangsformen an. Im November 1985 trafen Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan erstmals aufeinander. 1986 begannen sie in der isländischen Hauptstadt Reykjavik Abrüstungsgespräche, die 1987 mit einem Durchbruch endeten, der alle Mittelstreckenraketen aus Europa verbannte. Reagan, der einerseits mit dem Betreiben eines Raketenabwehrschirms im Weltall (SDI) als Hardliner galt, war andererseits gewillt, Gorbatschow beim Wort zu nehmen und mit ihm zusammen zu einer Entspannung zu finden. 1987 rief er dem sowjetischen Generalsekretär vom Brandenburger Tor in Berlin aus zu: „Mr. Gorbatschow, reißen Sie diese Mauer ein!“ Tatsächlich ermutigte und drängte Gorbatschow, wie einst Chruschtschow, die



Außenpolitisch wählt Gorbatschow einen anderen Kurs als seine Amtsvorgänger und tritt selbstbewusst auf. Beim Genfer Gipfel im November 1985 trifft er erstmals den US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.

Mitglieder der Warschauer-Pakt-Staaten zu eigenen Reformen im Geist von Perestrojka und Glasnost. Ganz im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die nichts mehr als den Abfall eines Staates gefürchtet hatten, ließ Gorbatschow den Mitgliedern des Warschauer Pakts freie Hand und setzte damit de facto die Breschnew-Doktrin außer Kraft. Als er zum 40. Jahrestag des Bestehens der DDR Ost-Berlin besuchte, forderte er den unwilligen Erich Honecker zu Reformen auf. Der Gorbatschow zugesprochene Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, ist wahrscheinlich aber so nicht gefallen, sondern ihm in den Mund gelegt worden. Gorbatschow und das Politbüro schritten nicht ein und schickten keine Panzer, als es im Sommer 1989 in Polen zu freien Wahlen kam, als über die ungarische Grenze und die westdeutsche Botschaft in Prag Tausende von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern in den Westen flüchteten. Auch die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 und die „samte Revolution“ in der Tschechoslowakei im November 1989 ließ er geschehen. In den Zwei-plus-Vier-Gesprächen verhandelte



Den Warschauer-Pakt-Staaten lässt Gorbatschow mehr Freiheiten und plädiert für Reformen. Im Oktober 1989 besucht er die DDR zu deren 40. Gründungstag.



Einen Monat später fällt die Mauer, ohne dass sowjetische Truppen dies verhindern. Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße im November 1989 wenige Tage nach der Grenzöffnung.

Gorbatschow an der Seite der West-Alliierten zusammen mit den beiden deutschen Staaten die deutsche Wiedervereinigung, die am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde. Die Nachkriegsordnung, die der Sowjetunion immer so heilig gewesen war, dass sie sie im Zweifelsfall auch mit Waffen verteidigt hatte, gab Gorbatschow zugunsten der Freiheit der Völker auf. 1991 löste sich auch der Warschauer Pakt auf. Die letzten russischen Truppen wurden 1994 aus der ehemaligen DDR abgezogen.

## Der Putsch und das Ende der Sowjetunion

Eine Ironie der Geschichte ist, dass es die reformunwilligen orthodoxen Kräfte im Politbüro und Machtapparat waren, die der Sowjetunion den Todesstoß versetzten. Seit April 1991 verhandelte Gorbatschow mit neun Republiken über einen neuen Unionsvertrag, der deren Rechte und Wünsche nach Selbstständigkeit ausreichend berücksichtigen sollte. Als er am 2. August fertig war, fuhr Gorbatschow in den Urlaub. In seiner Abwesenheit studierten die Mitglieder des Sicherheitsrates den Vertrag und waren angesichts der Freiheiten, die er den Republiken einräumte, schockiert. Sie beschlossen am 17. August, den Notstand auszurufen und Gorbatschow zum Rücktritt zu zwingen. Am Morgen des 19. August 1991 hörten die Moskauer folgende Radioansprache des Vizepräsidenten Gennadi Janaew (1937-2010): „Da es Michail Sergejewitsch Gorbatschow aufgrund seines Gesundheitszustandes unmöglich ist, seine Amtspflichten als Präsident zu erfüllen, habe ich auf Grundlage von Artikel 127 der Verfassung der UdSSR die Erfüllung der Amtspflichten des Präsidenten der UdSSR ab dem 19. August 1991 übernommen.“ Das war die Stunde des russischen Präsidenten Boris Jelzin (1931-2007): Er erklärte öffentlich die Absetzung Gorbatschows für illegal und versammelte mehrere Tausend Menschen um das „Weiße Haus“ in Moskau, den russischen Regierungssitz, die sich den Panzern in den Weg stellten. Die Panzerfahrer so-



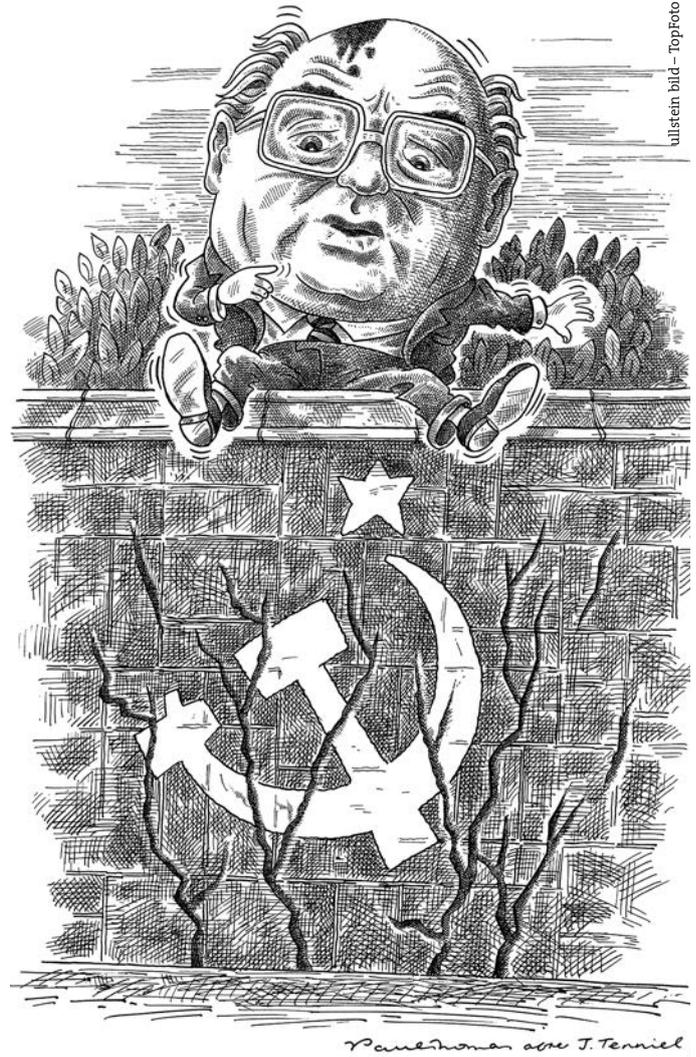
Im Partei- und Machtapparat befürworten nicht alle Gorbatschows Reformkurs. Am 19. August 1991 kommt es zur Verfassungskrise. 3 Tage später versammeln sich Tausende, um das „Weiße Haus“, den Regierungssitz, zu verteidigen.



Am 21. Dezember 1991 gründen in der kasachischen Hauptstadt Alma Ata (heute Almaty) elf Sowjetrepubliken die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS); v. li. n. re. die Präsidenten Leonid Krawtschuk (Ukraine), Nursultan Nasarbajew (Kasachstan), Boris Jelzin (Russland) und Stanislaw Schuschekjewitsch (Weißrussland)



Bevor er am 25. Dezember 1991 in einer live im nationalen Fernsehen übertragenen Ansprache seinen Rücktritt als sowjetischer Präsident nach sieben Jahren Amtszeit erläutert, unterschreibt Gorbatschow die Rücktrittserklärung.



Bereits im Juni 1990 karikiert die britische Satire-Zeitschrift „Punch“ Michail Gorbatschow als Humpty-Dumpty (= Synonym für etwas Zerbrechliches, kaum zu Reparierendes) auf der bröckelnden Sowjetmauer.

lidarisierten sich bald mit den Verteidigern, einige Sender berichteten plötzlich von den Szenen vor dem Weißen Haus. Nach drei Tagen gewannen die „Verteidiger“ die Oberhand, und Gorbatschow konnte von der Krim zurückkehren. Die Verschwörer wurden verhaftet. Doch so triumphal Gorbatschows Rückkehr nach Moskau war, so schmachvoll war sein Abgang. Der Putsch hatte zur Folge, dass er die Union und ihren Erhalt in ein schlechtes Licht rückte: Sie galt in der Öffentlichkeit nun als Sache von Verbrechern und Verschwörern. Und der erfolgreiche Widerstand gegen diese schien zu belegen, dass die Union nicht mehr gewünscht war. Am 21. Dezember 1991 unterzeichneten die Führer von elf Sowjetrepubliken das Gründungsdokument der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die Sowjetunion war damit Geschichte. Gorbatschow war jetzt ein Präsident ohne Staat und trat am 25. Dezember 1991 zurück.

In der Forschung gibt es einige Stimmen, die behaupten, dass die Sowjetunion, personifiziert durch Gorbatschow, politischen Selbstmord beging. Als er 1985 an die Macht kam, seien weder die Wirtschaft so marode, noch die Versorgungslage so katastrophal, noch die Rüstungskosten so erdrückend, noch der politische Druck so unausweichlich gewesen, als dass es zu den Reformen hätte kommen müssen,

die Gorbatschow einleitete. Gorbatschow sei also ein „Gesinnungstäter“ gewesen, der aus Überzeugung Wirtschaft, Gesellschaft und Partei reformierte und dabei in Kauf nahm, das System so zu destabilisieren, dass es zusammenbrach. Er habe nicht verstanden, so eine Forschungsmeinung, dass er mit seinen eigenen Idealen von Öffentlichkeit und Demokratie den Menschen selbst den Ausstieg aus dem System wies, während die einzigen, die das System stützen wollten, die „Stalinisten“ waren. Anders formuliert hätten weder Gewalt und Zwang unter Lenin und Stalin noch die Erziehungspolitik unter Chruschtschow und Breschnew die Menschen dauerhaft für die Sowjetunion gewinnen können. Nicht umsonst hätten Breschnew und Andropow die Meinung vertreten, erst müsse man den Lebensstandard der Sowjetmenschen an das Niveau des Westens heranzuführen, bevor man mit der Meinungs- und Informationsfreiheit wie im Westen experimentieren könne. Gorbatschow habe die Warnung, dass die Menschen erst wirtschaftlich saturiert sein müssten, in den Wind geschlagen und mit der Glasnost-Politik das Ende der Sowjetunion eingeleitet. Aber selbst wenn die Bevölkerung das gleiche Konsumangebot wie im Westen gehabt hätte, wäre die Sowjetunion vermutlich an der Wahrheit zerbrochen, dass die Union der Völker nicht friedlich und freiwillig zustande gekommen war.

HEIKO PLEINES

# Nach dem Ende der Sowjetunion

Nach 1991 beschritten die postsowjetischen Staaten unterschiedliche Wege. Nicht allen ehemaligen Sowjetbürgern brachten die neuen Freiheiten Vorteile. Dies bestärkt den russischen Präsidenten Putin in seinen Bestrebungen zur Reintegration ehemals sowjetischer Territorien.

## 15 neue Staaten

Zum Jahresbeginn 1992 entstanden auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion 15 neue unabhängige Staaten. Auch wenn sich immerhin elf (und ab 1993 zwölf) von ihnen in der GUS zusammenschlossen, nahmen sie in den folgenden Jahren sehr unterschiedliche Entwicklungswege.

## Politische Regime

Die drei baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – verfolgten konsequent eine außenpolitische Westorientierung in Verbindung mit demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformen. Ein zentrales Ergebnis dieser Politik war die Aufnahme in die EU innerhalb der ersten Runde der Osterweiterung im Jahre 2004.

Am anderen Ende des Spektrums stehen fünf postsowjetische Staaten, in denen – in einigen Fällen nach einer kurzen Phase demokratischer oder auch nationalistischer Reformen – Vertreter der alten sowjetischen Eliten stabile autoritäre Regime schufen. In Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan existieren seit nunmehr etwa zwei Jahrzehnten Diktaturen, in denen mittlerweile Wahlen nur symbolischen

## Der Zerfall der Sowjetunion 1990/91





Der Zusammenbruch der Sowjetunion wirkt sich auch auf die Wirtschaft aus. Das Angebot in den Läden geht zurück. Moskauer Lebensmittelgeschäft im September 1998



Das sowjetische System sozialer Sicherung funktioniert ebenfalls nicht mehr, die Renten sinken unter das Existenzminimum. Eine ältere Dame fischt im August 1998 aus einem Müllcontainer weggeworfene Früchte (links). Kinder, häufig von zerrütteten Familien zuhause weggelaufen, leben auf der Straße. Moskauer U-Bahn-Station 1993 (rechts)



Charakter haben und die Medienfreiheit stark eingeschränkt ist. Vertreter der politischen Opposition, Demonstrierende und kritische Journalisten müssen in diesen Ländern mit Inhaftierung sowie gewaltsamer Verfolgung rechnen.

Dazwischen liegen die sieben übrigen postsowjetischen Staaten, die sich nicht eindeutig der demokratischen oder autoritären Gruppe zurechnen lassen, da sie mehrfach ihre Entwicklungsrichtung geändert haben – oft in Folge schwerer politischer Krisen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Georgien, Kirgistan und der Ukraine, wo Wahlen wiederholt von Massenprotesten und gewaltsamen Unruhen begleitet wurden und wo es staatlichen Institutionen bisher nicht gelang, längerfristig eine stabile Ordnung zu etablieren. Auch Armenien und Tadschikistan fallen in diese Gruppe. Diese politischen Regime werden oft als hybrid bezeichnet, da sie sowohl Elemente von Demokratien als auch von autoritären Regimen enthalten.

Russland bewegt sich seit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 kontinuierlich in Richtung ei-

ner autoritären Konsolidierung. Georgien, Moldawien und die Ukraine hingegen verbinden mit dem Abschluss von Assoziierungsabkommen mit der EU im Jahr 2014 die Absicht, einen ähnlichen Entwicklungsweg zu nehmen wie die baltischen Staaten in den 1990er-Jahren.

### Wirtschaft

Anfang der 1990er-Jahre herrschte noch die Erwartung, dass in den ehemals sozialistischen Staaten dem Ende der ineffizienten Planwirtschaft ein schnelles Wirtschaftswunder folgen würde. Tatsächlich aber stürzten sie in eine der tiefsten Wirtschaftskrisen, die je außerhalb von Kriegszeiten verzeichnet wurde. Eine offensichtliche Ursache für diese Krise war das Auseinanderbrechen der Wirtschaftsverbindungen zwischen den nun unabhängigen und damit durch Zollgrenzen getrennten Staaten. Vor allem aber fehlten staatliche Behörden, die die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben in der Wirtschaft (und auch in anderen Bereichen) durchsetzen konnten.



Mit dem Ende der Sowjetunion brechen erneut Konflikte aus. In Tadschikistan schießen Regierungstruppen im Juni 1993 auf Stellungen der Opposition.



Im ersten Tschetschenienkrieg 1994 bis 1996 kämpft die Republik für die Unabhängigkeit von Russland. Frau in den Ruinen ihres zerstörten Hauses in Grosny im März 1996



Im Kaukasuskrieg 2008 unterstützt Russland Südossetien und Abchasien, die sich von Georgien abspalten wollen. Georgische Soldaten im August 2008 in Gori neben einem von russischen Bomben getroffenen Wohnblock



In Kirgistan kommt es im April 2010 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, bei denen über 80 Demonstranten getötet werden. Trauern- de an der Erinnerungsstätte für die Opfer

Am schnellsten erholten sich ökonomisch die Staaten, die politisch stabil blieben, wie die baltischen Länder, und solche, die reich an Rohstoffen waren wie Aserbaidschan, Kasachstan und Russland. Trotzdem dauerte es in den meisten postsowjetischen Staaten deutlich mehr als ein Jahrzehnt, bis ihr Bruttoinlandsprodukt wieder den Stand aus Sowjetzeiten erreichte.

Im Zuge der Wirtschaftskrise brach das sowjetische System sozialer Sicherung zusammen. Staatliche Sozialleistungen, einschließlich der Renten, sanken unter das Existenzminimum. Das Gesundheits- und das Bildungssystem waren nur noch begrenzt funktionsfähig, häufig nur gegen Bestechungsgelder. Während die Armut rasant stieg, sank die durchschnittliche Lebenserwartung deutlich.

Als Beispiel für die schwerwiegenden Folgen der ökonomischen Krise in den 1990er-Jahren können Zahlen für Russland dienen: Dort brach im Laufe jenes Jahrzehnts das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (gemessen in Kaufkraftparität, also nicht zum Wechselkurs, sondern in der tatsächlichen Kaufkraft, bezogen auf einen Warenkorb) um etwa ein Drittel ein. Erst 2006 erreichte es wieder den Wert von 1990. Der monatliche Durchschnittslohn lag 1999 bei umgerechnet 62 Euro. Nach Angaben der russischen Statistik lebten 1999 knapp 30 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, nach Berechnungen der Weltbank sogar über 40 Prozent. Die durchschnittliche Lebenserwartung der russischen Bevölkerung sank im Laufe der 1990er-Jahre von 68 auf 65 Jahre.



Bis heute umstritten: die Republik Bergkarabach, die sich 1991 für unabhängig erklärt. Ein Schild weist 2014 in Armenisch, Russisch und Englisch darauf hin, dass Reisedokumente bei der Pass- und Visakontrolle vorzulegen sind.

### Gewaltsame Konflikte

Insbesondere in der oben beschriebenen Gruppe der instabilen Staaten brachen mit dem Ende der Sowjetunion auch gewaltsame Konflikte aus. Armenien und Aserbaidschan führten Krieg um die Region Nagorny-Karabach (auch Bergkarabach). Tadschikistan versank für fünf Jahre in einem blutigen Bürgerkrieg. Georgien und Moldawien verloren im Verlauf von Bürgerkriegen



Im Mai 2010, kurz vor dem Gedenken an den 65. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg, fährt ein mit einem Stalin-Porträt verzierter öffentlicher Bus in Sankt Petersburg. Die Bemalung wurde privat finanziert.

die Kontrolle über einen Teil ihres Territoriums. Russland führte zwei Kriege in Tschetschenien, um die Unabhängigkeit der Region zu verhindern. Auch später gab es wiederholt gewaltsame Konflikte, wie den georgisch-russischen Krieg 2008, ein antiusbekisches Pogrom in Südkirgistan 2010 und einen Bürgerkrieg mit prorussischen Separatisten im Donbass, im Osten der Ukraine, 2014.

Daraus entstanden auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sogenannte eingefrorene Konflikte, bei denen zwar keine größeren Kriegshandlungen mehr stattfinden, aber auch keine dauerhafte Lösung und schon gar kein Frieden erreicht wurden. Gleichzeitig bildeten sich in einigen abtrünnigen Regionen sogenannte De-facto-Staaten, die mit einer eigenen Regierung und Verwaltung funktionieren wie unabhängige Staaten, aber formal von (fast) keinem Land der Welt anerkannt werden.

## Sowjetnostalgie

Die schmerzhaften politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einbrüche nach dem Ende der Sowjetunion haben einen erheblichen Anteil daran, dass in breiten Bevölkerungskreisen sehr schnell eine Sowjetnostalgie entstand. Vor allem für die Menschen, die sich mit Armut konfrontiert sahen, war und ist die soziale Sicherheit dabei das Leitmotiv. Russischstämmige Minderheiten in den anderen postsowjetischen Staaten und etliche mit der sowjetischen Kultur sozialisierte Menschen

## Anteil der russischen Minderheit an der Gesamtbevölkerung (in Prozent)

Armenien	> 1	Lettland	26
Aserbajdschan	1	Litauen	6
Belarus	8	Moldawien	6
Estland	25	Tadschikistan	1
Georgien	2	Turkmenistan	4
Kasachstan	24	Ukraine	17
Kirgistan	13	Usbekistan	6

Anm.: Angaben für unterschiedliche Jahre (in der Regel Volkszählungen, sonst offizielle Schätzungen)  
CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

empfinden Sowjetnostalgie vor allem in Bezug auf die russische Sprache als *Lingua franca* und auf die (Alltags-)Kultur der Sowjetunion. Dieser Aspekt der Sowjetnostalgie wird gestärkt durch russische Fernsehprogramme, die in viele postsowjetische Staaten ausgestrahlt werden. In Russland verbindet sich die Sowjetnostalgie auch mit der Erinnerung an die einstige globale Großmachtrolle – insbesondere im Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg. Vor allem in diesem Sinne ist Putins Anspruch vom Zerfall der Sowjetunion als „größter geopolitischer Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ zu verstehen.

## Rückkehr der Vergangenheit

[...] Russland erfüllt heute alle Kriterien eines autoritären Staats, die etwa [der Politikwissenschaftler – Anm. d. Red.] Juan Linz benannt hat: Das Regime stützt sich auf oligarchische Gruppen, auf Machtapparate, die höhere Bürokratie und die Direktoren der großen Staatskonzerne. Die Ideologie der Schaffung einer neuen Gesellschaft und die weltpolitische Mission sind verschwunden. Stattdessen versucht das Regime, sich mit einem imitierten Traditionalismus (Orthodoxie und russischer Nationalismus) zu legitimieren, propagiert „russische Werte“ wie Duldsamkeit, Intellektuellenfeindlichkeit, Feindschaft gegenüber dem Westen, Hörigkeit und die Ablehnung liberaler Vorstellungen, spricht von einem „Sonderweg“ oder der „Einzigartigkeit der russischen Zivilisation“. Vor allem aber fördert es die politische Apathie der Gesellschaft.

Zur Rechtfertigung einer autoritären, niemandem verantwortlichen Herrschaft muss die Bedrohung des nationalen Kollektivs und seiner Werte beschworen, alles Private und Individuelle hingegen herabgesetzt und entwertet werden. Die Menschen sollen von Schuldgefühlen befreit werden, Scham über eine Vergangenheit des Terrors, der Armut und der alltäglichen Erniedrigung wird verdrängt. Dies führt zu jener Passivität, die organisierten öffentlichen Widerstand gegen das Putin-Regime unmöglich macht. Damit wächst der öffentliche Zynismus und eine offene Morallosigkeit. Dieser Mangel an gemeinsamen Werten zwingt das Putin-Regime dazu, auf der Suche nach Quellen der Legitimität auf ein Sammelsurium „nationaler Werte“ zurückzugreifen, die „Patriotismus“ stimulieren sollen: von der Orthodoxie bis zu den „Helden der Arbeit“ und den „Erbauern des Kommunismus“, von der Legende über die Vertreibung der Polen aus Moskau im Jahr 1612 bis zum Sieg über Napoleon im Jahr 1812.

Seit dem Machtantritt Putins betreibt das Regime systematisch eine konservative Reideologisierung der Gesellschaft. Höhepunkt waren die Feiern zum 60. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland. Der Name Stalins, der während der Perestrojka vor allem mit dem Terror gegen die eigene Bevölkerung verbunden war, wurde zum Symbol für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg gemacht. Schulbücher bringen Stalin heute in Zusammenhang mit Nationalstolz. Diese Propaganda zeigt Wirkung: Bei den regelmäßigen Umfragen des Levada-Zentrums landete Stalin im Jahr 2012 erstmals seit 1989 auf Platz 1 der „größten Persönlichkeiten der Weltgeschichte und der Geschichte unseres Vaterlandes“.

Stalin wird als Generalissimus, als Oberkommandierender der Roten Armee, als einer der drei Führer der siegreichen Alliierten und Schöpfer der Nachkriegsordnung präsentiert. So ist Stalin selbstverständlicher Bestandteil eines pompösen Rituals der nationalen Selbstbeweihräucherung, bei der die Überlegenheit Russlands über andere Länder gefeiert wird. Stalin wird als jemand präsentiert, der die Modernisierung eines rückständigen Landes „erfolgreich gemanagt“ hat. Seine Methoden seien zwar hart gewesen, aber unter den gegebenen Bedingungen ohne Alternative. Zu diesem Bild gehört unabdingbar ein feindlicher und heuchlerischer Westen mit seiner „demokratischen Fassade“ und seiner „Menschenrechts-Demagogie“. So wie einst Stalin Russland rettete, habe nun Putin das Land vor dem Ausverkauf durch die Liberalen gerettet, die nach dem Zerfall der Sowjetunion zur Befriedigung ihrer Geldgier auch einen Zerfall Russlands hätten herbeiführen wollen. [...]

Mit dem Stalinismus und der Stalinzeit verbinden die Menschen in Russland heute auf der einen Seite eine irrationale Angst, auf der anderen Seite ein mythisches Heldentum. Die Angst gehört zum Individuum, das Heldentum zum Kollektiv, zur mobilisierten

Gesellschaft, in der der Wert des Einzelnen an seiner Bereitschaft gemessen wird, sich dem Enthusiasmus der Masse hinzugeben und sich für das Ganze zu opfern. Zum heroischen Bild von der Stalinzeit gehört auch, dass diese als eine Epoche gesehen wird, die so tief in der Vergangenheit liegt, dass Mitgefühl mit den Opfern der Repressionen nicht möglich ist. Gemeinsam ist diesen beiden Schichten der kollektiven Erinnerung, der Angst und der Heroisierung, dass die traumatische Geschichte verdrängt wird, dass die Furcht vor einer Wiederkehr der Vergangenheit Widerstand gegen eine Beschäftigung mit der Vergangenheit produziert: „Davon will ich nichts mehr wissen.“ Somit wird ein moralisches Urteil über die Vergangenheit ebenso wie eine rationale Auseinandersetzung mit der Geschichte verhindert.

Die Angst vor der Geschichte hat auch zur Folge, dass die Menschen nichts von der Gegenwart wissen wollen. Der Vergleich des vergangenen Regimes mit dem heutigen ist tabu, da die Menschen unterbewusst spüren, dass der Einzelne heute ebenso schutzlos der Willkür der Macht ausgeliefert ist wie damals, dass sein Lebensweg und sein Lebensglück ebenso wenig in seiner Hand liegen wie zu sowjetischen Zeiten. Die Beschäftigung mit der sowjetischen Geschichte und das Wissen, dass sie auf die Gegenwart wirkt, sind Voraussetzung dafür, dass das heutige System der institutionalisierten Gewalt verstanden werden kann. Zur Verdrängung der Vergangenheit gehört auch, dass sie im Fernsehen in unzähligen Unterhaltungsshow und Serien zerredet, dass die Stalinzeit in Doku-Soaps wie „Unser Stalin“ oder „Die Frauen des Kreml“ zu einem Glamour-Thema gemacht wird. All dies fördert die Bereitschaft, die Zumutungen der Gegenwart geduldig zu ertragen, und schwächt den Willen, Verantwortung zu übernehmen und sich politisch zu engagieren.

Die Sinnfabrikanten des Putin-Regimes stellen somit ein äußerst wichtiges soziales Produkt her: Sie produzieren mit ihrer Propaganda eine passive Haltung zur Vergangenheit, ein Geschichtsbild, in dem es keine handelnden Personen gibt, so dass niemand für die Verbrechen des Staates verantwortlich gemacht werden kann. So wie die Menschen in Russland die Vergangenheit betrachten, so sehen sie auch die Gegenwart. Wem der Wille und die Möglichkeit zum Verständnis der Vergangenheit fehlt, der kann auch heute nur passiv sein und allenfalls versuchen, sich selbst und seine Nächsten zu schützen; seine Hoffnungen und Bedürfnisse beschränken sich darauf, in einer Atmosphäre der grundlosen Angst und der ständigen Bedrohung zu überleben.

Es gibt in Russland heute niemanden mehr, der über ausreichend moralische und intellektuelle Autorität verfügt, um der Gesellschaft ein anderes Geschichtsbild zu vermitteln. Von sich aus ist die Gesellschaft angesichts der geschilderten Lage nicht im Stande, das dekorative Geschichtsbild durch ein authentisches zu ersetzen. Bei Umfragen erklären mehr als drei Viertel der Befragten, „die ganze Wahrheit über die Stalinzeit nie zu erfahren“, und fast ebenso viele sind der Meinung, es lohne sich auch nicht, diese zu suchen, da es „eine objektive Wahrheit in der Geschichte nicht geben kann“. Die einzige Reaktion auf das frustrierende Wissen um die Stalinschen Repressionen ist der Wunsch, all dies zu vergessen. [...]

Aus dem Russischen von Andrea Huterer, Berlin

Lev Gudkov, „Fatale Kontinuitäten“, in: Osteuropa 63. Jg., Heft 5-6, Mai-Juni 2013, S. 293 ff.

Umfragen zeigen, dass Sowjetnostalgie mit ihren verschiedenen Aspekten in allen 15 postsowjetischen Staaten verbreitet, wenn auch nicht mehrheitsfähig ist. Eine Umfrage des *Pew Research Centers* 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ergab, dass in Russland 26 Prozent und in der Ukraine nur 11 Prozent der Bevölkerung glaubten, dass einfache Bürger von den Veränderungen seit 1991 profitiert hätten. Als Gewinner wurden stattdessen mit überwältigender Mehrheit Politiker und Unternehmer gesehen. In Russland erklärte genau die Hälfte der Befragten, dass „es ein großes Unglück sei, dass die Sowjetunion nicht mehr existiere.“ Die über 65-Jährigen stimmten dem zu zwei Dritteln zu, während die Zustimmung bei den unter 30-Jährigen nur noch ein Drittel betrug.

Die politischen Eliten vieler postsowjetischer Ländern stehen der Sowjetnostalgie positiv gegenüber – sei es, weil sie selbst noch ihre Ausbildung im sowjetischen Moskau erhalten haben, sei es, weil Sowjetnostalgie ihnen zur Legitimation der eigenen Herrschaft dienen kann. In Staaten wie Georgien oder der Ukraine bildet die Haltung zur Sowjetnostalgie und zu Russland eine der zentralen Konfliktlinien zwischen den politischen Lagern im Land. Die deutlichste Ablehnung findet die Sowjetnostalgie bei der Mehrheit der politischen Eliten im Baltikum, wo sie als Instrument eines russischen Neoimperialismus kritisiert wird. In Russland wiederum stimmt in Umfragen fast die Hälfte der Bevölkerung der Aussage zu, dass „es normal sei für Russland, ein Imperium zu besitzen.“

## Eurasische Union?

Mit Ausnahme der drei baltischen Staaten, die gezielt die NATO- und EU-Mitgliedschaft anstrebten, gab es somit in allen postsowjetischen Staaten sowohl Motive als auch Unterstützer für eine Reintegration innerhalb der sowjetischen Grenzen. Russland, das die anderen postsowjetischen Staaten als „nahes Ausland“ bezeichnete, sah sich dabei als zentralen Motor.

### Viele Versuche

Gleichzeitig war Russland aber nach dem Ende der Sowjetunion durch die eigene Krise weder stark noch attraktiv genug, um größere Integrationsprojekte nachhaltig zu fördern. Wirtschaftsfragen wurden von Moskau in der Regel bilateral ausgehandelt. Die im Jahr 2000 gegründete Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft brachte es nur auf fünf Mitgliedsländer. Das einzige weiter reichende Projekt der Wirtschaftsintegration ist bisher die 2011 geschaffene Zollunion zwischen Russland, Belarus und Kasachstan.

In außenpolitischen Fragen gab es grundsätzliche Interessenkonflikte zwischen den postsowjetischen Staaten – nicht zuletzt aufgrund der gewaltsamen Konflikte. Deshalb kamen keine großen gemeinsamen internationalen Vorhaben der postsowjetischen Staaten zustande. Russische Initiativen wurden vielmehr von den jeweiligen Staaten oft als einseitige Einmischung wahrgenommen.

Dies lag auch daran, dass Moskau nicht so sehr auf die Attraktivität der Zusammenarbeit vertraute, sondern schnell versuchte, durch Druck Zugeständnisse zu erzwingen. So stellte Russland zum Beispiel zeitweise Erdgas- und Erdöllieferungen an Belarus, Georgien oder die Ukraine ein, schnitt Turkmenistan von seinen Exportmärkten ab oder drohte mit der massenhaften Ausweisung von illegalen Gastarbeitern

aus Ländern des Südkaukasus und Zentralasiens. In Georgien, Moldawien und in der Ukraine intervenierte die russische Armee direkt.

Im Ergebnis entstand in der postsowjetischen Region eine Vielzahl von Integrationsprojekten und regionalen Organisationen, die weder alle Länder zusammenbrachten noch größere Bedeutung für die Mitgliedsländer erlangten. Beispielhaft hierfür ist die direkt mit dem Ende der Sowjetunion – quasi als Ersatz – gegründete Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). Der umfangreiche Rahmen wurde nie mit konkreten Inhalten gefüllt. Aufgrund von Konflikten mit Russland haben sich Georgien und die Ukraine mittlerweile aus der Organisation zurückgezogen.

### Eurasische Union als postsowjetische EU

Knapp 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion nahm der russische Präsident Wladimir Putin dann einen neuen Anlauf zur Reintegration. In expliziter Anlehnung an das Entwicklungsmodell der EU will er eine Eurasische Wirtschaftsunion als gemeinsamen Markt für die postsowjetische Region schaffen und diese dann in eine weiterreichende Eurasische Union transformieren. Als Grundlage für die Eurasische Wirtschaftsunion, die im Mai 2014 beschlossen wurde, diente die russische Zollunion mit Belarus und Kasachstan.

Die Eurasische Wirtschaftsunion soll ein Konkurrenzmodell zur EU-Integration darstellen. Die EU hatte im Rahmen ihrer östlichen Partnerschaft sechs postsowjetischen Staaten Assoziierungsabkommen angeboten, die auch eine Freihandelszone umfassen. Armenien, Georgien, Moldawien und die Ukraine verhandelten ein entsprechendes Abkommen, das im Herbst 2013 unterschrieben werden sollte. Putins Vorschlag für die Eurasische Wirtschaftsunion sah nun ebenfalls eine Freihandelszone vor, die mit dem Angebot der EU nicht vereinbar war. Die vier Staaten wurden damit zur Wahl zwischen einer Wirtschaftsintegration mit der EU oder mit Russland gezwungen.

Putin gelang es aber bislang nicht, über die zwei Kernländer Belarus und Kasachstan hinaus weitere Länder zur Teilnahme zu bewegen. Nur Armenien, das sich aufgrund seines eingefrorenen Konflikts mit Aserbaidschan auf russische Militärunterstützung angewiesen sieht, erklärte grundsätzlich seine Bereitschaft, der Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten. Es wurde spekuliert, dass Russland Kirgistan und Tadschikistan mit der Drohung, illegale Gastarbeiter aus diesen Ländern abzuschieben, zu einer Mitgliedschaft zwingen könnte. Die Ukraine Krise überlagerte aber 2014 entsprechende Initiativen.

Russischer Druck führte in der Ukraine zu einer innenpolitischen Zerreißprobe. Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch sagte im Herbst 2013 die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU kurzfristig ab. Monatelange Proteste gegen diese Entscheidung, die auf dem zentralen Kiewer Platz der Unabhängigkeit („Maidan“) in Gewalt eskalierten, führten zur Flucht des Präsidenten und zur Machtübernahme durch die Opposition. Russland reagierte mit der Annexion der Krim und der indirekten Unterstützung bewaffneter prorussischer Separatisten in der Ostukraine.

Nach dem Sturz des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch am 22. Februar 2014 formierte sich auf der Krim eine Bewegung für die Unabhängigkeit der Region, und separatistische Kräfte übernahmen schließlich die Kontrolle über die dortige Staatsverwaltung. Russland hatte zunächst jede Beteiligung an dieser Aktion abgestritten, vergab aber später Staatsorden

**Eurasische Wirtschaftsunion**

Als die drei Staatsmänner auf das „epochale Ereignis“ (Wladimir Putin) anstießen, war nur Wasser in den Gläsern, als wollte der kasachische Gastgeber, Präsident Nursultan Nasarbajew, die Euphorie etwas dämpfen. Unter ansonsten großem Aplomb wurde [...] [am 29. Mai 2014] die Eurasische Wirtschaftsunion Russlands, Weißrusslands und Kasachstans geschaffen. Vom 1. Januar 2015 an soll sie den bisherigen Verbund der drei Länder, die Zollunion, auf eine höhere Stufe der Integration wuchten. Sie sieht die Freiheit des Handels, der Dienstleistungen, des Kapitals und der Arbeit und eine gemeinsame Energie- und Kartellpolitik vor. Der Europäischen Union, den USA und auch China, so scheint es, erwächst ein neuer Konkurrent mit 170 Millionen Menschen, mehr als 2,2 Billionen Dollar Wirtschaftsleistung und einem Fünftel der globalen Gasreserven. Manche fürchten gar das Wiedererstehen der Sowjetunion in modernisiertem Outfit.

Doch die Eurasische Wirtschaftsunion ist weder zu dämonisieren noch zu belächeln. Sie ist noch schwächlich: Der Handelsumsatz der drei Länder untereinander betrug im vergangenen Jahr 64 Milliarden Dollar. Russlands Handel mit Europa lag dagegen fast um das Sechsfache höher. Zudem wurde der gemeinsame Hauptmarkt für Gas und Öl von der Liberalisierung bis zum Jahr 2025 ausgenommen.

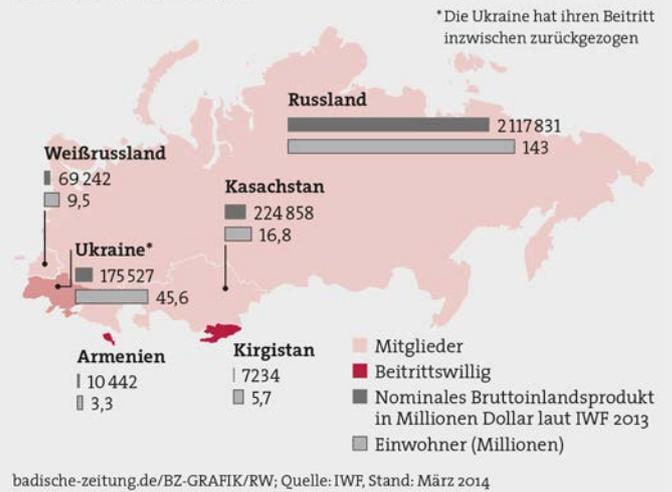
Aber die Wirtschaftsunion hat das Potential zum ersten erfolgreichen Integrationsprojekt früherer Sowjetrepubliken zu werden. Die GUS ist scheinot, und die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit scheut vor allem den Ernstfall der gegenseitigen militärischen Hilfeleistung. Nun kommt die Wirtschaftsunion – mit Karacho. [...]

Die Eurasische Wirtschaftsunion ist mit der Europäischen Union nicht wirklich vergleichbar. Sie orientiert sich in ihrer Struktur zwar mit einer übergeordneten Kommission an der EU, der Wiktor Chris-

tenko, Russlands früherer Minister für Industrie und Handel, vorsitzt. Aber es schließen sich nicht wie in Europa mehrere Schwergewichte auf gleicher Basis zusammen, um sich gemeinsam zu entwickeln. Es ist keine Modernisierungsunion, die vor allem für Transparenz und Rechtsstaatlichkeit eintritt, sondern ein Länderklub, der dem Machterhalt der regierenden Eliten dienen soll. Die innere Verteilung der Ausfuhrzölle der Union unterstreicht die wirtschaftliche Schiefelage: Russland erhält 87,97 Prozent, Kasachstan 7,33 und Weißrussland 4,7. [...]

Johannes Voswinkel, „Sowjetunion light“, in: ZEIT ONLINE vom 30. Mai 2014

**Von der Zollunion zur Eurasischen Wirtschaftsunion**



Gegenstück zur Europäischen Union: Am 29. Mai 2014 unterzeichnen in der kasachischen Hauptstadt Astana (v. li. n. re.) die Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, Weißrusslands, Alexander Lukaschenko, und Russlands, Wladimir Putin, das Gründungsdokument zur Eurasischen Wirtschaftsunion.



ulstein bild - Novosti

Nach der Absage der ukrainischen Regierung an ein Assoziierungsabkommen mit der EU, das von Russland abgelehnt wird, kommt es im Herbst 2013 zu Massenprotesten in Kiew und dem Sturz der Regierung.



ulstein bild - Reuters/Sergei Karpukhin

Auf der Krim übernehmen Separatisten die Macht. Aufgrund vieler Manipulationen und fehlender internationaler Wahlbeobachter ist das tatsächliche Ergebnis des umstrittenen Unabhängigkeitsreferendums vom 16. März 2014 nicht mehr feststellbar.



ulstein bild - Novosti

Teilnehmer einer Demonstration in Wolgograd unterstützen am 18. März 2014 die Ergebnisse des Krim-Referendums. „Russland und die Krim – wir [sind] eine Kraft“

an Soldaten für deren Verdienste bei der Vorbereitung der Annexion. Schon am 16. März 2014 folgte ein hastig angesetztes Referendum, dessen Durchführung offensichtlich manipuliert wurde. Die Wahlbeteiligung wurde mit 83 Prozent angegeben, wobei 97 Prozent für den Beitritt zur Russischen Föderation gestimmt haben sollen. Der Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation, ein von diesem eingerichtetes Beratungsgremium, stellte in einem Bericht zu „Problemen der Bewohner der Krim“ später fest, dass „nach Meinung praktisch aller befragten Experten und Bürger [...] auf der Krim nach verschiedenen Daten für die Vereinigung mit Russland 50-60 Prozent der Wähler stimmten, bei einer Wahlbeteiligung von 30-50 Prozent.“

Die internationale Kritik an der Annexion der Krim bezog sich aber weniger auf die Manipulationen bei der Durchführung der Referenden. Sie richtete sich vielmehr gegen die Verletzung des Prinzips der territorialen Integrität, das für Änderungen der Staatsgrenzen die Zustimmung der jeweiligen Zentralregierung verlangt. Im Fall der Krim ging es nicht nur darum, dass die Unabhängigkeit einer Region gegen den Willen des betroffenen Staates anerkannt wurde, sondern um die Eingliederung fremden Territoriums in den eigenen Staat. Die breite internationale Ablehnung des Krim-Referendums dürfte deshalb auch mit der Befürchtung zu tun haben, dass hier ein neuer Präzedenzfall für Territorialkriege geschaffen wurde. Erschwerend kommt hinzu, dass Russland mit der Unterzeichnung des Budapester Memorandums 1994 die bestehenden Grenzen der Ukraine akzeptiert hatte.

Dementsprechend stimmten bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 27. März 2014 auch nur elf von insgesamt 169 Staaten gegen eine Resolution, die das Referendum auf der Krim für illegal erklärte.

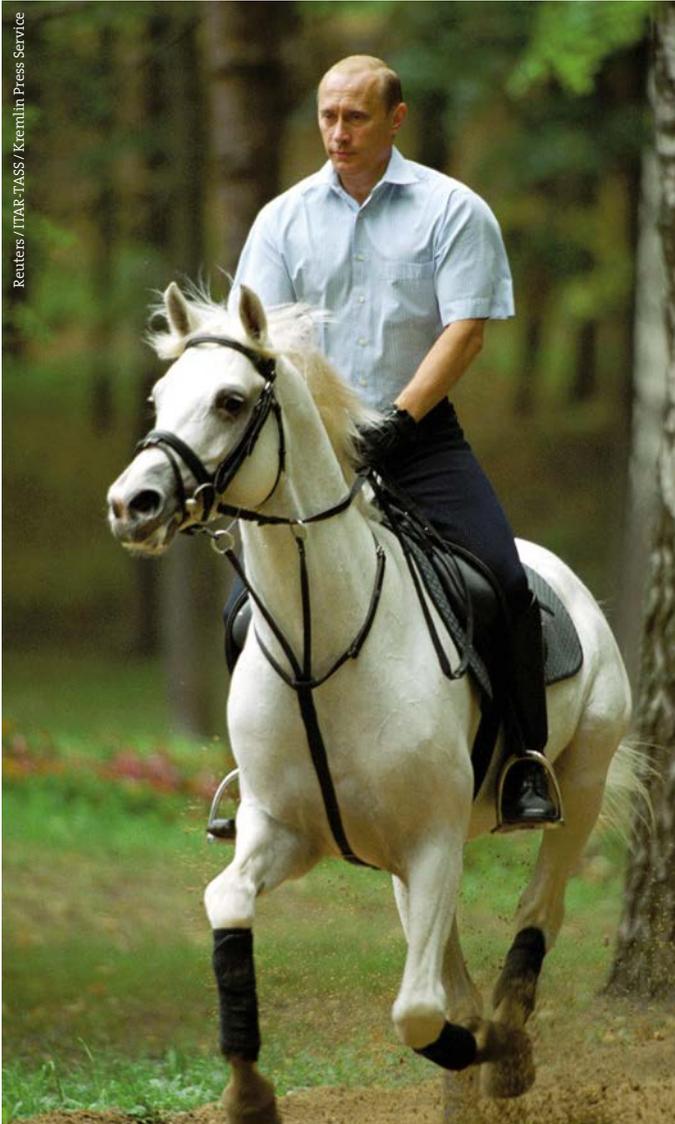
Anstatt die regionale Integration zu fördern, führte die Eurasische Wirtschaftsunion so zu einer Eskalation der Konflikte. Zum Verständnis dieser Entwicklung ist eine Analyse der Strategie des russischen Präsidenten hilfreich.

## Putins Balanceakt

In der Krise der 1990er-Jahre wurde Putins Vorgänger, Präsident Boris Jelzin, als hilflos und handlungsunfähig wahrgenommen. Zentrale Reformprojekte wurden vom Parlament blockiert. Großunternehmer mit politischen Verbindungen, sogenannte Oligarchen, verdienten in der Krise ein Vermögen und wurden als graue Eminenzen hinter dem Präsidenten gesehen. Jelzin selbst verbrachte einen großen Teil seiner zweiten Amtszeit (1996-99) im Krankenhaus und galt als Alkoholiker.

Wladimir Putin, der als Jelzins ausgewählter Nachfolger 1999 Ministerpräsident und 2000 Präsident wurde, präsentierte sich von Anfang an als das genaue Gegenteil. Er betonte seine körperliche Fitness und gab sich in der Politik dynamisch und durchsetzungsfähig. Mit dieser Strategie wurde er schnell populär und konnte die Präsidentenwahl im Jahr 2000 direkt im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit gewinnen.

Zur Sicherung politischer Macht und breiter Popularität entwickelte Putin drei Strategien: Erstens schaltete er rivalisierende Machtzentren in der Politik, vom Parlament über die Regionen bis zu den Oligarchen und auch regierungskritischen Menschenrechtsorganisationen, systematisch aus und ordnete sie in die – von ihm so benannte – Vertikale der Macht ein, an deren Spitze er als Präsident stand. Er betonte in



Wladimir Putin zeigt sich seit Beginn seiner Herrschaft der russischen Bevölkerung gern als starker, sportlich-aktiver Mann, hier außerhalb von Moskau 2002.



Gegen vermeintliche Gegner geht der Kreml hart vor. Michail Chodorkowski, Chef des Yukos-Konzerns, wird – als er politische Ambitionen zeigt – wegen Wirtschaftsverbrechen zu langjähriger Lagerhaft verurteilt.



Protest in Moskau im Juli 2014 für Versammlungsfreiheit und Demonstrationsrecht, beides in der Verfassung garantiert, aber in Russland zunehmend unterhöhlt.

öffentlichen Auftritten regelmäßig seine Bereitschaft, Verantwortung für Russland zu übernehmen, und versprach schnelle und durchgreifende Erfolge. In der Wahrnehmung der Bevölkerungsmehrheit war die Wiederherstellung von Ordnung in Politik und Gesellschaft ein großer Erfolg Putins.

Zweitens begann Putin in seiner ersten Amtszeit eine Reihe großer Wirtschaftsreformen, für die er wirtschaftsliberale Technokraten in die Regierung holte. Es ist umstritten, inwieweit die Reformen oder aber einfach der Anstieg der Weltmarktpreise für Erdöl zum russischen Wirtschaftsboom führten. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung sah Putin jedenfalls als Garanten einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Im Verlauf der ersten beiden Amtszeiten Putins wuchs das russische Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt jedes Jahr um sieben Prozent. Der monatliche Durchschnittslohn stieg von umgerechnet etwa 62 Euro (1999) auf 475 Euro (2008). Die Arbeitslosenquote halbierte sich auf sechs Prozent.

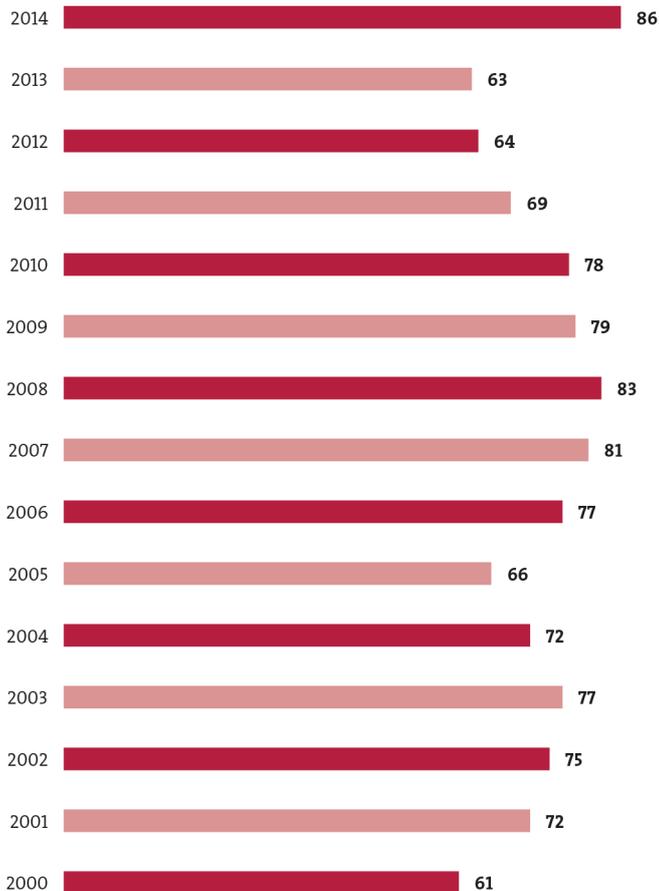
Drittens brachte Putin in den ersten Jahren als Präsident alle großen landesweiten Fernsehsender unter zumindest indirekte staatliche Kontrolle. Diese Kontrolle wurde systematisch genutzt, um Putin als durchgreifenden und fürsorglichen Landesvater zu präsentieren. Unliebsame Themen und Oppositi-

onspolitiker wurden hingegen oft weitgehend ignoriert oder nur einseitig dargestellt.

Im Ergebnis wurde Putin durchgehend von einer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, wie auch die Umfragen des renommierten unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum zeigen. Die Zustimmung zu seiner Amtsführung fiel nie unter 60 Prozent. Die Bevölkerung sah dabei durchaus die Schwächen der Politik Putins, etwa mangelnde Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung, die auch für das Versagen großer Reformprojekte verantwortlich waren. Häufig wurden diese Schwächen aber dem politischen System, der Staatsverwaltung, den Gerichten oder den Parteien angelastet, die weiterhin kaum Vertrauen genossen. Gleichzeitig hatte Putins Ausschaltung alternativer Machtzentren dazu geführt, dass es in der Politik keine echten Konkurrenten mehr gab und Putin vielen Skeptikern in der Bevölkerung zumindest als kleinstes Übel erschien.

Diese „Putinsche Mehrheit“ begann mit dem Ende seiner zweiten Amtszeit ab 2008 zu bröckeln. Ursache hierfür war, dass die beiden ersten oben genannten Strategien seiner Machtsicherung an Wirkung verloren. Dass Putin in seiner ersten Amtszeit den politischen Entscheidungsprozess unter seine Kontrolle

## Zustimmung zur Amtsführung Wladimir Putins (in Prozent)



Anm: Angegeben sind jeweils die Werte für Mai/Juni.

Quelle: Lewada-Zentrum (<http://www.levada.ru/print/26-06-2014/iyunskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya>)

gebracht hatte, wurde zunehmend zu einer Belastung. Denn die Bevölkerung erwartete nun, dass politische Kontrolle in erfolgreiche Reformen umgesetzt würde. Die von Putin gegen Ende seiner zweiten Amtszeit groß angekündigten fünf nationalen Projekte, die mit Milliardenbeträgen die Entwicklung des Landes voranbringen sollten, scheiterten aber zu großen Teilen an einer ineffizienten und korrupten Staatsverwaltung. Gleichzeitig brach die russische Wirtschaft im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 dramatisch ein. Von 2009 bis 2012 wuchs die russische Wirtschaft im Durchschnitt nur um ein Prozent pro Jahr. Der Versuch von Dmitrij Medwedew, dem von Putin persönlich ausgewählten Präsidenten, gemeinsam mit Putin als Ministerpräsidenten die russische Wirtschaft aus ihrer Abhängigkeit von Erdöl- und Erdgasexporten zu lösen und neues Wirtschaftswachstum durch Modernisierung und Innovationsförderung zu erreichen, brachte keine durchgreifenden Erfolge.

Als Putin im Herbst 2011 ankündigte, erneut als Präsident kandidieren zu wollen, und bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 Wähler mit Handy-Aufnahmen im Internet Wahlbetrug dokumentierten, kam es zur bisher größten Protestwelle gegen Putin. 2011 und 2012 fanden regelmäßig Putin-kritische Massendemonstrationen statt.



Ende 2008 nehmen die kritischen Stimmen gegenüber Putin zu, auch weil zugesagte Reformen steckenbleiben. 2010 verlangen Oppositionsgruppen auf dem Moskauer Puschkin-Platz den Rücktritt des damaligen Premierministers, ...



... aber Putin gelingt es, die Mehrheit der Russinnen und Russen zurückzugewinnen. Aktivisten der Pro-Kreml-Bewegung „Junge Garde“ am 1. Mai 2014 in Sankt Petersburg

### Putins Image

Putin symbolisiert die Einheit der Patrioten für eine Stärkung des russischen Staates in Zeiten der inneren und äußeren Gefährdung. Die greifbaren Erfolge, die sich im Laufe seiner Amtszeit einstellten, verstärken diesen Diskurs und machen Putin zum Hoffnungsträger derer, die die Not des russischen Staates mit ihrer individuellen Not gleichsetzen.

Die Konzeption, für die Putin steht, ist ebenso einfach, wie die Diagnose: Da die Staatlichkeit Bedingung für das Erreichen aller anderen politischen und ökonomischen Ziele ist, gilt es, den russischen Staat zu stärken. Diesem Hauptziel ordnen sich alle anderen Aspekte unter. Denn ohne einen starken Staat (und Putin betont vielfach, dass der russische Staat anders als stark nicht existieren kann) können weder partikuläre Interessen noch einzelne politische Ziele erreicht werden.

Der Putinsche Diskurs polarisiert die politische Landschaft – auf der einen Seite stehen, so die Vorstellung, alle Patrioten, die für Russlands Rettung durch nationale Einheit sind. Auf der anderen Seite stehen Menschen, die verächtlich sind, ihre Partikularinteressen in der Zeit der Not nicht dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Auszüge aus Jakob Fruchtmann, „Putins Image: Präsident der Einheit in der Not“, in: Russland-Analysen Nr. 15 (13.2.2004)

## Imperialpolitik

[...] Betrachtet man [die Traditionen und Muster der imperialen Politik Russlands] [...], dann wird ersichtlich, dass bereits jahrhundertlang und über unterschiedliche Herrschaftsformen hinweg ein Missionsgedanke und die Minderheitenfrage immer wieder der Legitimierung imperialer Expansion dienen. [...] Im Moskauer Reich wirkte die Kirche maßgeblich am Entstehen der imperialen Staatsideologie mit, indem sie zur Erneuerung des christlich-orthodoxen Kaisertums Mitte des 16. Jahrhunderts mit Iwan IV., dem „Schrecklichen“, als Zaren beitrug. [...] Im 19. Jahrhundert erfuhr die Symbolpolitik des russischen Imperiums durch die Entwicklung des Panslawismus, der Vision einer Gemeinschaft aller Slawen auf der Grundlage ihrer kulturellen und sprachlichen Einheit, eine bedeutsame Erweiterung. [...] Die religiöse Mission als Symbolpolitik des russischen Imperiums wurde durch den bolschewistischen Umsturz vom Oktober 1917 in die des Kommunismus leninscher Prägung umgewandelt.

[...] Die Sowjetunion wurde als das „Vaterland des internationalen Proletariats“ definiert, der kommunistische Staatstypus nach marxistisch-leninistischer Lehre als höchstes Produkt menschlichen Fortschritts ausgegeben. Diese Auffassung wurde, vom bolschewistischen Herrschaftsbereich ausgehend, als eine neue Art von Zivilisierungsmission verbreitet, die man mit Hilfe des zentralen Gewaltapparates und der staatlichen Propaganda durchsetzte.

Seit 1934 [...] deutete sich eine Aufwertung der russischen imperialen Traditionen an, die die Propaganda bis dahin als reaktionär abgestempelt hatte. Symbol wurde dafür der Sowjetpatriotismus. Die „Liebe zum sowjetischen Vaterland“ wurde im Laufe der Zeit immer stärker mit der großrussischen Nation verbunden, deren Ausdehnung man als Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus nahm. Hinter der sowjetkommunistischen Rhetorik griff das Regime auf alte Muster imperialer Aneignung zurück. Im Stil traditioneller Geheimdiplomatie wurde der Hitler-Stalin-Pakt am 23. August 1939 abgeschlossen.

[...] Der sowjetische Einmarsch in den östlichen Teil Polens am 17. September 1939 wurde von einer Propaganda umhüllt, in der die Rote Armee den vom „faschistischen Polen“ unterdrückten weißrussischen und westukrainischen Minderheiten, den „slawischen Brüdern“ zu Hilfe kam, als der polnische Staat „zerfiel“. Mit den sowjetischen Truppen zogen die sowjetischen Sicherheitsdienste ein, die die prokommunistischen Teile der Bevölkerung organisierten, Säuberungen und Deportationen unter den bürgerlichen Eliten – besonders der Polen – einleiteten und Einheitswahlen nach sowjetischem Vorbild durchführten, mit denen die „Zustimmung“ einer überwältigenden Mehrheit für den Anschluss der Gebiete an die Sowjetunion herbeigeführt wurde. Dieses Muster einer verdeckt gewaltsamen Angliederung wiederholte sich gegenüber den baltischen Staaten. Jede Annexion wurde propagandistisch als sowjetische Friedensmission und Schutz prokommunistischer Minderheiten ausgegeben. Dieses Muster ging unter dem Begriff „Sowjetisierung“ in die Geschichte des 20. Jahrhunderts ein. [...]

Am Ende des Zweiten Weltkrieges behielt das Stalin-Regime das Muster der scheinlegalen Aneignung bei. [...], „Sowjetisierung“ bedeutete [...], dass unter dem Etikett der „Lösung der nationalen Frage“ die ethnischen Konflikte teils durch Massenzwangsumsiedlungen und -deportationen scheinbar bewältigt, teils politisch und kulturell im Sowjetimperium „eingefroren“ wurden.

Durch die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) wurde Russland alleiniger international anerkannter



Mitglieder der militärhistorischen Gesellschaft, in Uniformen des Zweiten Weltkrieges und mit Bannern der Ukrainischen Front 1 bis 4, nehmen am 2. März 2014 in Moskau an einer Demonstration teil, die die Politik Putins befürwortet.

Rechtsnachfolger der UdSSR. Das Erbe, das ihm zufiel, enthielt [...] auch das Rüstzeug der imperialen Symbolpolitik mit ihren spezifischen Mustern. Die GUS bot seither das Potential einer besonderen imperialen Interessensphäre und wurde rasch als solche unter dem Etikett des „nahen Auslands“ deklariert. Die „vitalen Interessen“ Russlands im postsowjetischen Raum machten sich an der Regulierung der vielfältigen ethnischen Konflikte und dem Schicksal der Russen im Ausland fest. [...]

Es ist eine Politik, mit der die überkommenen ethnischen Konflikte im postsowjetischen Raum teils geschürt, teils ausgenutzt werden, um Russland als „Schutzmacht“ der Minderheiten zur militärischen Intervention zu berechtigen und den beteiligten neuen Nationalstaaten „Friedensregelungen“ zu diktieren, mit denen sie sich in die direkte Abhängigkeit von der Hegemonialmacht bringen. In keinem Fall haben diese „Friedensregelungen“ zur Regulierung der interethnischen Beziehungen nach Maßgabe der sprach- und kulturpolitischen Prinzipien der OSZE geführt. Die Schaffung und Konservierung dieser sogenannten „eingefrorenen Konflikte“ von Beginn der neunziger Jahre bis heute, [...] dienen allein dazu, den postsowjetischen Raum als Interessensphäre Russlands militärisch und politisch zu sichern.

Das Schüren, Ausnutzen und „Einfrieren“ ethnischer Konflikte erfolgte ganz nach dem tradierten sowjetischen Muster imperialer Politik. Dies geschah anfangs nur in Einzelfällen unter Verweis auf das „Schutzbedürfnis“ von Auslandsrussen in diesen Gebieten. Inzwischen wurden die Auslandsrussen in der GUS unter Präsident Putin gesetzlich zum Gegenstand auswärtiger Kulturpolitik gemacht und in seine „Außenpolitische Konzeption“ vom Februar 2013 als „soft power“ und damit als Instrument der russischen Außenpolitik aufgenommen. In Verbindung mit der nun ausdrücklich erklärten Sphäre „vitaler Interessen“ Russlands, die die GUS darstelle, werden sie zum Hebel für eine neoimperial Integration, die Russland mit dem Projekt der „Eurasischen Union“ und ihrer Vorstufe der „Zollunion“ betreibt. Gegenwärtig versucht Putin, diese Politik in der Ukraine exemplarisch zu exekutieren.

Bianka Pietrow-Ennker lehrt Osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz. Benno Ennker war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Tübingen und Lehrbeauftragter für Kultur- und Sozialgeschichte Russlands an der Universität St. Gallen.

Bianka Pietrow-Ennker und Benno Ennker, „Ein Reich mit Mission“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Mai 2014



2013 gehört Putin noch zum Kreis der G8. Am 18. Juni kommen die Regierungschefs beim G8-Gipfel in Enniskillen, Nordirland, zu ihrer 2. Sitzung zusammen.



Beim G7-Gipfeltreffen in Brüssel am 4./5. Juni 2014 dagegen fehlt er wegen seines außenpolitischen Kurses in der Ukrainekrise.



Stattdessen trifft Putin im Juli 2014 auf dem 6. Gipfeltreffen der sogenannten BRICS-Staaten in Fortaleza, Brasilien, die Regierungschefs von Indien, Brasilien, China und Südafrika (von li. n.re.).



Um eine Isolierung Russlands zu vermeiden, bemüht sich u.a. die deutsche Kanzlerin, das Gespräch nicht abreißen zu lassen. Treffen in Rio de Janeiro am 13. Juli 2014 vor dem Finale der Fußball-WM, zu dem die Regierungschefs eingeladen sind.

Viele Experten gehen davon aus, dass Putin und seine Berater in dieser Situation die strategische Entscheidung trafen, auf die „nationalistische Karte“ zu setzen, um so Unterstützung zurückzugewinnen. In der Tat brachte die international stark kritisierte Annexion der Krim Putin – auch dank massiver Propaganda im russischen Fernsehen – von seinen bisher tiefsten Umfragewerten 2013 auf neue Höchstwerte im Sommer 2014.

Der Russland-Experte Jakob Fruchtmann hat aber bereits in den frühen 2000er-Jahren darauf hingewiesen, dass nationalistische Ziele den Kern von Putins längerfristiger Vision bilden. Nachdem in den ersten beiden Amtszeiten die innenpolitische und wirtschaftliche Stärkung des Landes im Mittelpunkt gestanden hatte, folgte in Putins dritter Amtszeit als Präsident ab 2012 die Konzentration auf die Außenpolitik.

Die russische Außenpolitik begreift internationale Beziehungen vorrangig als ein Ringen der Großmächte um Einflusszonen. Dieser Konflikt gilt als Nullsummenspiel, das heißt der Gewinn der einen ist automatisch ein Verlust für die andere

Großmacht. Die Idee von Kooperation zum beiderseitigen Vorteil wird meist als naiv abgetan. Russland sieht sich selbst als Großmacht, die zum einen die ehemalige Sowjetunion (mit Ausnahme des Baltikums) als eigenen Einflussbereich beansprucht und zum anderen bei der Gestaltung der Weltordnung gehört werden muss.

Ausgehend von diesem Verständnis von Außenpolitik hat Putin sehr früh und sehr deutlich klar gemacht, dass Russland nicht bereit ist, eine Ausdehnung von NATO oder EU in die eigene Einflussosphäre zu akzeptieren. Die EU hat auf diese Warnungen nicht reagiert und den westlichen Teil der von Russland beanspruchten Interessensphäre zur eigenen Östlichen Partnerschaft deklariert.

Die daraus resultierende Ukrainekrise traf die EU offensichtlich unvorbereitet. Russland hingegen hat sehr nachdrücklich gezeigt, dass es auch bereit ist, internationales Recht zu verletzen und gewaltsame Konflikte zu unterstützen, um seinen Vormachtanspruch in der Region zu verteidigen.

## Dauerhafte Trennung

Wie die Entwicklungen des Jahres 2014 erneut gezeigt haben, ist eine Wiederherstellung der Sowjetunion, selbst in Form einer losen Integration, auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Stattdessen haben sich nach den drei baltischen Staaten nun auch die Ukraine, Moldawien und Georgien für eine enge Anbindung an die EU entschieden. Belarus und Kasachstan wiederum intensivieren durch die Eurasische Wirtschaftsunion ihre Integration mit Russland. Für die zentralasiatischen Staaten ist gleichzeitig China ein wichtiger Wirtschaftspartner geworden, und Aserbaidshan nähert sich – bis hin zum Slogan „Zwei Staaten – eine Nation“ – der Türkei.

Die Sowjetunion ist damit nicht nur auseinandergebrochen, sondern die 15 Staaten auf ihrem Territorium driften – mit etlichen gewaltsamen Konflikten – immer weiter auseinander. Die Sowjetunion lebt damit nur noch in der Sowjetnostalgie von Teilen der Bevölkerung weiter. Für die jüngeren Generationen dürfte diese Nostalgie aber zunehmend ihren Realitätsbezug verlieren.

In dieser Situation spürt Russland immer noch den „Phantom Schmerz“ des verlorenen Imperiums. Dies hat Präsident Putin zu einer Politik verleitet, die innere Geschlossenheit durch Radikalisierung erreicht und die postsowjetische Region spaltet statt zu einen.

### Der Homo Sovieticus und die Prägekraft der Vergangenheit

[...] Der Kommunismus hatte einen aberwitzigen Plan – den „alten“ Menschen umzumodeln, den alten Adam. Und das ist gelungen [...] es ist vielleicht das Einzige, das gelungen ist. In den etwas über siebzig Jahren ist im Laboratorium des Marxismus-Leninismus ein neuer Menschentyp entstanden: der Homo sovieticus. [...] [D]er Homo sovieticus, das sind nicht nur Russen, das sind auch Weißrussen, Turkmenen, Ukrainer, Kasachen. [...] Heute leben wir in verschiedenen Staaten, sprechen verschiedene Sprachen, aber wir sind unverwechselbar [...] – wir haben unsere eigenen Begriffe, unsere eigenen Vorstellungen von Gut und Böse, von Helden und Märtyrern. Wir haben ein besonderes Verhältnis zum Tod. [...] Wir stammen alle von dort, wo es einen Gulag und einen schrecklichen Krieg gegeben hat. Und die Kollektivierung, die Entkulakisierung, die Zwangsumsiedlung ganzer Völker. [...]

Es war Sozialismus, und es war einfach unser Leben. [...]

Im Grunde sind wir Menschen des Krieges. Immer haben wir entweder gekämpft oder uns auf einen Krieg vorbereitet. Etwas anderes kannten wir nicht. Darauf ist unsere Psyche ausgerichtet. Auch im friedlichen Leben war alles militärisch organisiert. Ein Trommelwirbel, die Fahne wird entrollt [...] und das Herz hüpfte in der Brust. [...] Die Menschen bemerkten ihre Sklaverei gar nicht, sie liebten sie sogar. Auch ich erinnere mich: Nach der Schule wollte sich unsere ganze Klasse als Neulandfahrer verpflichten, wir verachteten jeden, der sich weigerte; wir bedauerten sehr, dass Revolution und Bürgerkrieg, dass das alles ohne uns stattgefunden hatte. [...]

Mein Vater erzählte oft, er habe nach dem Raumflug von Juri Gagarin angefangen, an den Kommunismus zu glauben. Wir waren die Ersten! Wir können alles! So haben er und meine Mutter auch uns erzogen. Ich war [...] Pionierin und Komso-molzin. Die Enttäuschung kam später.

Nach der Perestroika warteten alle auf die Öffnung der Archive. Sie wurden geöffnet. Und wir erfuhren vieles aus der Geschichte, das man vor uns geheim gehalten hatte [...]

„Wir müssen neunzig der hundert Millionen, die Sowjetrussland bevölkern, für uns gewinnen. Mit den Übrigen ist nicht zu reden – sie müssen vernichtet werden.“ (Sinowjew [Politbüromitglied 1921-1926; siehe izpb 322 – Anm. der Red.], 1918)

„Mindestens 1000 notorische Kulaken und Reiche aufhängen (unbedingt aufhängen, damit das Volk es sieht) [...] ihnen alles Getreide wegnehmen, Geiseln bestimmen. [...] Dafür sorgen, dass das Volk im Umkreis von Hunderten Werst das sieht und zittert [...].“ (Lenin, 1918)

„Moskau verhungert buchstäblich.“ (Professor Kusnezow an Trotzki) „Das ist kein Hunger. Als Titus Jerusalem einnahm, aßen jüdische Mütter ihre eigenen Kinder. Wenn ich eure Mütter dazu bringe, die eigenen Kinder zu essen, dann können Sie kommen und sagen: Wir hungern.“ (Trotzki, 1919)

Die Menschen lasen das alles in Zeitungen und Zeitschriften und verstummten. Ein so unvorstellbares Grauen! Wie sollten sie damit leben? Viele nahmen die Wahrheit auf wie einen Feind. Und auch die Freiheit. [...]

Ich würde die Sowjetmenschen in vier Generationen einteilen: die Stalin-, die Chruschtschow-, die Breschnew- und die Gorbatschow-Generation. Ich gehöre zur letzten. Uns fiel es leichter, den Zusammenbruch der kommunistischen Idee zu akzeptieren, denn wir haben die Zeit nicht mehr erlebt, da die Idee noch jung und stark war, noch die unverbrauchte Magie fataler Romantik und utopischer Hoffnungen besaß. Wir sind unter den Kremlgreisen aufgewachsen [...]. Das große Blutvergießen des Kommunismus war schon vergessen. Das große Pathos war allgegenwärtig, aber ebenso das Wissen darum, dass sich die Utopie nicht in die Wirklichkeit umsetzen lässt. [...]

Swetlana Alexijewitsch, Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus, © 2013 Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag München, S. 9 ff.

## Zeittafel

**5. März 1953** Tod Stalins in Folge eines Schlaganfalls; Malenkow wird Vorsitzender des Ministerrats, Berija Chef des Innenressorts und der Staatssicherheit und Molotow Außenminister, Chruschtschow wird zum ZK-Sekretär ernannt

**27. März 1953** Massenamnestie: 1,2 Millionen Gefangene werden aus den Besserungsarbeitslagern entlassen

**26. Juni 1953** Berija wird verhaftet und (im Dezember) hingerichtet

**16./17. Juni 1953** Arbeiterproteste und Volksaufstand in der DDR, Niederschlagung durch sowjetische Truppen

**September 1953** Chruschtschow wird vom ZK-Plenum zum „Ersten Sekretär“ der Partei gewählt

**Februar 1955** Malenkow wird als Vorsitzender des Ministerrats abgesetzt, Nachfolger wird Bulganin

**14. Mai 1955** Unterzeichnung des Warschauer Pakts

**18.-23. Juli 1955** Gipfeltreffen in Genf: Die vier Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich beraten über die Deutsche Frage

**14.-25. Februar 1956** XX. Parteitag der KPdSU: Verdammung Stalins, „Geheimrede“ Chruschtschows, Verkündung des 6. Fünfjahrplans (1956-1960)

**17. April 1956** Auflösung der Kominform

**28. Juni 1956** Arbeiteraufstand in Posen (Polen), Niederschlagung durch das Militär

**23./24. Oktober 1956** Proteste und Volksaufstand in Ungarn, Niederschlagung durch das sowj. Militär

**1957** Beginn des sowj.-chinesischen Zerwürfnisses

**Juli 1957** Malenkow, Molotow, Kaganowitsch und Schepilow werden aus dem ZK ausgeschlossen

**September 1957** 6. Fünfjahrplan wird aufgegeben, weil Planziel nicht erreicht wird

**Oktober 1957** Sowjetischen Raketenkonstrukteuren gelingt es, mit einer Langstreckenrakete den Satelliten Sputnik in den Orbit zu schießen

**Frühjahr 1958** Bulganin wird als Vorsitzender des Ministerrats abgesetzt, Chruschtschow übernimmt seinen Posten (Ende der kollektiven Führung)

**September 1958** Ausschluss Bulganins aus dem ZK

**27. November 1958** Berlin-Ultimatum: Chruschtschows Forderung nach einer entmilitarisierten „Freien Stadt Berlin“ scheitert am westlichen Widerstand

**27. Januar - 5. Februar 1959** XXI. Außerordentlicher Parteitag der KPdSU: Demonstration der Machtstellung Chruschtschows, beginnende Auseinandersetzung mit Peking

**Januar 1960** Chruschtschow verkündet Verringerung der Truppenstärke

**7. Mai 1960** Breschnew wird Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR

**Juni 1960** Ostblock-Konferenz in Bukarest: Auseinandersetzungen zwischen russischen und chinesischen Kommunisten

**April 1961** Sowjetischer Kosmonaut Juri Gagarin als erster Mensch im Weltall

**4. Juni 1961** Treffen des US-Präsidenten John F. Kennedy mit Chruschtschow in Wien

**13. August 1961** Deutschland: Beginn der Errichtung der Berliner Mauer

**27.-31. Oktober 1961** XXII. Parteitag der KPdSU: Annahme des neuen Parteiprogramms, Änderung des Parteistatuts, Kritik an China

**1. Juni 1962** Massenproteste und Kundgebungen in Nowotscherkask

**Oktober 1962** Kuba-Krise

**14. Oktober 1964** Absetzung Chruschtschows

**29. März - 8. April 1966** XXIII. Parteitag der KPdSU: Beschluss, das Präsidium wieder Politbüro und den Ersten Sekretär wieder Generalsekretär zu nennen; Breschnew proklamiert „Vertrauen in die Kader“ und „Stabilität in den Kadern“ als Leitlinien

**21. August 1968** Militärische Intervention des Warschauer Pakts unter Führung der UdSSR in der Tschechoslowakei, Ende des reformkommunistischen Experiments, des „Prager Frühlings“

**1969** Schwere sowjetisch-chinesische Grenzzusammenstöße

**August 1970** Anerkennung der bestehenden deutschen Grenzen in Moskau

**3. September 1971** Unterzeichnung des Berlin-Abkommens zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges: Sicherung der westlichen Zufahrtswege und Anerkennung der bestehenden politischen Verhältnisse

**26. Mai 1972** Unterzeichnung des ABM-Vertrags zwischen den USA und der UdSSR im Rahmen der *Strategic Arms Limitations Talks* (SALT) zur Rüstungsbeschränkung

**3. Juli 1973** Eröffnungssitzung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki

**15. März 1974** Breschnew verkündet Baubeginn der Baikal-Amur-Magistrale (BAM), einer Entlastungstrasse für die Transsibirische Eisenbahn

**1. August 1975** Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki durch 35 Staatschefs

**1977** Breschnew wird formales Staatsoberhaupt der UdSSR

**7. Oktober 1977** Annahme der neuen Verfassung durch den Obersten Sowjet der UdSSR

**18. Juni 1979** Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags durch US-Präsident Jimmy Carter und den Generalsekretär der KPdSU Breschnew in Wien

**25. Dezember 1979** Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan

**10. November 1982** Tod Breschnews; Andropow tritt seine Nachfolge an

**9. Februar 1984** Tod Andropows; Tschernenko tritt seine Nachfolge an

**10. März 1985** Tod Tschernenkos

**11. März 1985** Gorbatschow wird zum Generalsekretär des ZK der KPdSU gewählt

**19.-20. November 1985** Gipfeltreffen von US-Präsident Ronald Reagan und Gorbatschow in Genf

**25. Februar - 6. März 1985** XXVII. Parteitag der KPdSU: Programm der Perestrojka wird bestätigt

**26. April 1986** Explosion des Atomreaktors in Tschernobyl

**11./12. Oktober 1986** Treffen von Reagan und Gorbatschow in Reykjavik zu Abrüstungsgesprächen

**1. Januar 1987** Beginn der staatlichen Förderung von *Joint Ventures* mit westlichen Firmen

**8. Dezember 1987** Unterzeichnung des „INF-Vertrags“ über den Abbau von Mittelstreckenraketen in Europa durch Gorbatschow und Reagan

**Februar 1988** Beginn des armenisch-aserbaidischen Konflikts um Bergkarabach

**1. Oktober 1988** Gorbatschow wird Vorsitzender des Obersten Sowjets und damit Staatsoberhaupt der Sowjetunion

**1989** Bekenntnis Gorbatschows zum Massaker von Katyn und zur Existenz des Hitler-Stalin-Paktes

**6. Februar 1989** Verhandlungen am Runden Tisch in Warschau (Polen) beginnen

**15. Februar 1989** Abzug der letzten sowjetischen Soldaten aus Afghanistan

**März 1989** Beginn des Bergarbeiterstreiks in Donezk

**26. März 1989** Erste freie Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten

**4. Juni 1989** Wahlen in Polen nach Wiederherstellung des Zweikammerparlaments

**Juli/August 1989** Ausreisewillige besetzen die Botschaften in Prag, Warschau und Budapest

**11. September 1989** DDR-Flüchtlinge dürfen offiziell aus Ungarn ausreisen

**16. Oktober 1989** Leipziger Montagsdemonstration mit 120 000 Teilnehmern (Losung „Wir sind die Mehrheit Wir sind das Volk!“)

**23. Oktober 1989** Ausrufung der Republik Ungarn

**November 1989** „Samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei

**9. November 1989** Erklärung von Günter Schabowski, Mitglied des SED-Politbüros, zur Öffnung der Berliner Mauer

**27. November 1989** Beschluss über die ökonomische Unabhängigkeit der baltischen Republiken

**9. Dezember 1989** Das Plenum des ZK beschließt den allmählichen Übergang zur Marktökonomie

**24. Januar 1990** Interner Beschluss des Politbüros der KPdSU in Moskau, dass die Sowjetunion der deutschen Wiedervereinigung zustimmt

**28. Januar 1990** Rumänien: Verhandlungen am Runden Tisch

**März 1990** Beschluss des Kongresses der Volksdeputierten über die Streichung der „führenden Rolle der KP“ aus der sowjetischen Verfassung; der Oberste Sowjet der Litauischen SSR erklärt „die Wiederherstellung der Unabhängigkeit“ der Republik

**11. März 1990** Litauen erklärt seine Unabhängigkeit

**15. März 1990** Sonderkongress der Volksdeputierten wählt Gorbatschow zum ersten Präsidenten der UdSSR

**25. März 1990** Freie Parlamentswahlen in Ungarn

**20. Mai 1990** Freie Parlaments- und Präsidentenwahlen in Rumänien

**12. Juni 1990** Der russische Kongress verabschiedet die Verkündung der Unabhängigkeit Russlands

**Juni 1990** Freie Wahlen in Tschechien, der Slowakei und Bulgarien

**2.-13. Juli 1990** XXVIII. Parteitag der KPdSU: Gorbatschow wird zum letzten Mal zum KP-Chef gewählt, vollkommene Umgestaltung des Politbüros und Vollzug der Trennung zwischen Partei- und Regierungsämtern

**12. September 1990** Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags zur deutschen Einigung in Moskau

**15. Oktober 1990** Gorbatschow erhält den Friedensnobelpreis

**9. April 1991** Unabhängigkeitserklärung Georgiens

**12. Juni 1991** Jelzin wird zum Präsidenten Russlands gewählt

**Juli 1991** Auflösung des Warschauer Pakts

**August 1991** Putschversuch gegen Gorbatschow

**20. August 1991** Unabhängigkeitserklärung Estlands

**21. August 1991** Lettland erklärt seine Unabhängigkeit

**24. August 1991** Gorbatschow tritt als Generalsekretär der KPdSU zurück; Unabhängigkeitserklärung der Ukraine

**26. August 1991** Ausrufung der Republik Belarus

**27. August 1991** Moldawien erklärt seine Unabhängigkeit

**31. August 1991** Unabhängigkeitserklärungen von Kirgistan und Usbekistan

**9. September 1991** Tadschikistan erklärt seine Unabhängigkeit

**21. September 1991** Unabhängigkeitserklärung Armeniens

**18. Oktober 1991** Aserbaidshan erklärt seine Unabhängigkeit

**27. Oktober 1991** Turkmenistan erklärt seine Unabhängigkeit

**16. Dezember 1991** Unabhängigkeitserklärung Kasachstans

**21. Dezember 1991** Unterzeichnung des Gründungsdokuments der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch die Führer von elf Sowjetrepubliken in Alma-Ata

**25. Dezember 1991** Gorbatschow erklärt seinen Rücktritt als Präsident der Sowjetunion

**31. Dezember 1991** Auflösung der Sowjetunion

## Literaturhinweise

### Quellen

Chruschtschow erinnert sich, hg. von Strobe Talbott, Reinbek 1971, 598 S.

Chruschtschow, Sergej: Geburt einer Supermacht. Ein Buch über meinen Vater, Klitzschen 2003, 616 S.

Eggeling, Wolfgang (Hg.): Die sowjetische Literaturpolitik zwischen 1953 und 1970, Bochum 1994, 851 S.

Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996, 527 S.

Knoll, Viktor (Hg.): Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953, Berlin 1993, 364 S.

### Literatur

Alexijewitsch, Swetlana: Secondhand-Zeit. Leben auf den Trümmern des Sozialismus, Berlin/München 2013, 570 S.

Altrichter, Helmut: Kleine Geschichte der Sowjetunion, 4. Auflage, München 2013, 271 S.

Belge, Boris / Deuerlein, Benjamin (Hg.): Goldenes Zeitalter der Stagnation?: Perspektiven auf die sowjetische Ordnung der Breznev-Ära, Tübingen 2014, 320 S.

Dobson Miriam: Khrushchev's cold summer: Gulag returnees, crime, and the fate of reform after Stalin, Ithaca, NY, 2009, 264 S.

Filtzer, Donald: Die Chruschtschow-Ära, Mainz 1995, 104 S.

Gabowitsch, Mischa: Putin kaputt!? Russlands neue Protestkultur, Berlin 2013, 441 S.

Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 5, 2 Halbbände, hg. von Stefan Plaggenborg: 1945-1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Lieferung ¾, Stuttgart 2002

Harrison, Hope M.: Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach, Bonn 2011, 505 S.

Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, 1206 S.

Huber, Mária: Moskau, 11. März 1985. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums, München 2002, 317 S.

Huhn, Ulrike: Glaube und Eigensinn. Volksfrömmigkeit zwischen orthodoxer Kirche und sowjetischem Staat, 1941 bis 1960, Wiesbaden 2014, 363 S.

Klein, Margarete / Richter, Solveig: Russland und die euro-atlantische Sicherheitsordnung. Defizite und Handlungsoptionen, SWP-Studien 2011/S 34, Dezember 2011, 34 S., im Internet abrufbar unter: [http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011\\_S34\\_kle\\_rsv\\_ks.pdf](http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2011_S34_kle_rsv_ks.pdf)

Lehmann, Maike: Eine sowjetische Nation. Nationale Sozialismusinterpretationen in Armenien seit 1945, Frankfurt am Main 2012, 442 S.

Levada, Jurij A.: Die Sowjetmenschen 1989-1991. Soziogramm eines Zerfalls. Deutsch von Ulrike Amtmann, Berlin 1992, 336 S.

Neutatz, Dietmar: Träume und Alpträume. Eine Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert, München 2013, 688 S.

Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.): Länderbericht Russland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2010, 581 S.

Slezkine, Yuri: Das jüdische Jahrhundert, Göttingen 2006, 420 S.

Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen, Zürich 2005, 584 S.

Stökl, Günther: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 6. Auflage, Stuttgart 1997, 961 S.

Taubman, William: Khrushchev. The man and his era, London 2004, 871 S.

Torke, Hans-Joachim: Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991, München 1993, 399 S.

Yurchak, Alexei: Everything was forever, until it was no more. The last Soviet generation, Princeton, NJ 2006, 331 S.

Zubkova, Elena: Russia after the War. Hope, Illusions, and disappointments, 1945-57, Armonk, N.Y., 1998, 238 S.

### [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Länder-Analysen der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

## Die Autorinnen und der Autor

**Prof. Dr. Susanne Schattenberg** ist Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Zu ihren Forschungsgebieten gehören der Stalinismus, die Kulturgeschichte der Außenpolitik und die Sowjetunion nach 1953. Aktuell arbeitet sie an einer Breschnew-Biografie.  
*Kontakt: [schattenberg@uni-bremen.de](mailto:schattenberg@uni-bremen.de)*

**Dr. Ulrike Huhn** ist Historikerin und Germanistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Kürzlich erschien ihre Monografie zur Russisch-Orthodoxen Kirche und Volksfrömmigkeit in der Sowjetunion.  
*Kontakt: [ulrike.huhn@uni-bremen.de](mailto:ulrike.huhn@uni-bremen.de)*

**Dr. Maike Lehmann** ist Juniorprofessorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Köln. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Nationalitätenpolitik, Fragen der sowjetischen Identität (Bsp. Armenien) und die transnationalen Netzwerke von Dissidenten und westlichen Intellektuellen in der späten Sowjetunion.  
*Kontakt: [m.lehmann@uni-koeln.de](mailto:m.lehmann@uni-koeln.de)*

**Dr. Alexandra Oberländer** ist assoziierte Wissenschaftlerin an der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen und lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihr aktuelles Forschungsprojekt lautet „Wer nicht arbeitet, soll nicht essen: Eine Kulturgeschichte der Arbeit in der späten Sowjetunion“.

*Kontakt: [oberlaendera@uni-bremen.de](mailto:oberlaendera@uni-bremen.de)*

**PD Dr. Heiko Pleines** leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa und lehrt vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte sind nichtdemokratische politische Regime und die Rolle von nichtstaatlichen Akteuren in politischen Entscheidungsprozessen.

*Kontakt: [pleines@uni-bremen.de](mailto:pleines@uni-bremen.de)*

**Manuela Putz** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa und promoviert an der Universität Bremen zu politischer Haft und oppositionellem Selbstverständnis im Poststalinismus. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Dissens, alternative Literatur und Kunst in der Sowjetunion und der Emigration sowie Erinnerungskulturen im heutigen Russland.

## Impressum

### Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309, Internetadresse: [www.bpb.de/izpb](http://www.bpb.de/izpb), E-Mail: [info@bpb.de](mailto:info@bpb.de)

### Redaktion:

Christine Hesse (verantwortlich/bpb), Jutta Klaeren, Magdalena Langholz (Volontärin)

### Gutachten und redaktionelle Mitarbeit:

Prof. Dr. Dietmar Neutatz, Lehrstuhl für Neuere und Osteuropäische Geschichte, Historisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Prof. Dr. Tanja Pentter, Professur für Osteuropäische Geschichte am Zentrum für Europäische Geschichts- und Kulturwissenschaften (ZEGK) der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Milena Rommel, Würzburg; Alwin Schuster, Nürnberg; Verena Waeger, Köln

### Titelbild:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth; unter Verwendung von fotolia (Dmitry, kushniras, Nadiyka, olgavolodina, Sailorr); ullstein bild (Archiv Gerstenberg, Heritage Images / Stapleton Historical Collection)

### Kartenteil:

mr-kartographie, 99867 Gotha

### Umschlag-Rückseite:

KonzeptQuartier® GmbH, Fürth

### Gesamtgestaltung:

KonzeptQuartier® GmbH, Art Direktion: Linda Spokojny, Schwabacher Straße 261, 90763 Fürth

### Druck:

STARK Druck GmbH + Co. KG, 75181 Pforzheim

### Vertrieb:

IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

### Erscheinungsweise:

vierteljährlich

ISSN 0046-9408, Auflage dieser Ausgabe: 500 000

### Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

September 2014

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Der Umwelt zuliebe werden die Informationen zur politischen Bildung auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



## Anforderungen

bitte schriftlich an

Bundeszentrale für politische Bildung c/o IBRo, Kastanienweg 1, 18184 Roggentin  
Fax: 03 82 04/66-273 oder E-Mail: [bpb@ibro.de](mailto:bpb@ibro.de)

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

**Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnementmodalitäten** bitte melden an [informationen@abo.bpb.de](mailto:informationen@abo.bpb.de)

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o.g. bpb-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Info-telefon der bpb unter Tel.: 02 28/99 515-115 Montag bis Donnerstag zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr und freitags zwischen 8.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Verfügung.



# Das Sowjetimperium und sein Erbe



Wer die Gegenwart Russlands begreifen will,  
muss seine Vergangenheit kennen.  
Mehr erfahren in Print und Online unter [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

